Nr. 27. 16. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 1. Februar 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

New-York, 20. Januar 1899.

Seit 1890 hat die „Sozialistische Arbeiter-Partei" erhebliche Fortschritte gemacht, zum guten Theile dank dem sogenannten australischen Wahlsysteme, das den Wahlkampf für eine neue kleine Partei erleichterte. Im vorigen Herbst konnte die Partei in 22 von den 48 Staaten der Union in die Wahl eintreten. Sie erhielt insgesammt über 80 000 Stimmen. Das ist freilich noch sehr wenig, aber auch die Partei der Abolitionisten (Sklavenbefreier) erhielt 1840, als sie zum ersten Male einen Präsidentschafts-Kandidaten aufstellte, nur 7000 Stimmen unter fast 2½ Millionen Stimmen, und 23 Jahre später wurde doch die Sklaverei vom Boden der Vereinigten Staaten vertilgt.

Seit einigen Jahren giebt es nun noch eine „Sozialdemokratische Partei", die allgemein nach ihrem Gründer die Debs'sche Sozialdemokratie genannt wird und von der im Folgenden hauptsächlich berichtet werden soll. Eugen Debs war der Präsident der „American Railway Union", einer Organisation, welche alle Zweige des Eisenbahndienstes umfaßte und zu der älteren Organisation der Lokomotivführer und Ingenieure, die zu den sogenannten „aristokratischen" Arbeiter-Körperschaften gehörte und bei jeder Gelegenheit einen Mangel an Solidarität zeigte, in einem gewissen Gegensatz stand.

Als im Sommer 1894 in den Pullman'schen Fabriken von Palastwagen zu Chikago jener denkwürdige Streik ausbrach, der dem echtesten Repräsentanten der kapitalistischen Interessen in den Vereinigten Staaten, dem Präsidenten Cleveland Veranlassung gab, gegen Recht und Gesetz Ver. Staaten-Truppen gegen die Streiker nach Chikago zu schicken, weil ihm die Milizen von Illinois nicht sicher genug erschienen, da war es Eugen Debs, der seine „American Railway-Union" zu einem Sympathie-Streik herausrief und den Kampf mit großer Unerschrockenheit und Zähigkeit, wenn auch gegen die vereinigte Macht des Kapitals und der Staatsgewalten vergeblich führte. Ein Jahr später mußte er wegen dieser seiner Führerschaft einige Monate im Gefängniß zubringen.

Diese Episode machte ihn nicht allein in der Arbeiterwelt sehr populär, sondern brachte ihn auch selbst zur Erkenntniß, daß mittels der rein gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter allein für dieselben kein dauernder Fortschritt zu erzielen ist. Er gründete also seine sozialdemokratische Partei, indem er zunächst die „American Railway Union" als solche bezeichnete.

Die Plattform (Programm) der Debs'schen Sozialdemokratie ist wesentlich die der „Sozialistischen Arbeiterpartei". Später gefragt, weshalb er nicht mit seinen Anhängern einfach der letzteren beitrete, gab Debs an, daß er von den Organen derselben angegriffen worden sei. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß seine selbständige Gründung in zwei Ursachen zu suchen ist. Zunächst erschien ihm, dem nur rasche Erfolge achtenden Amerikaner, der Fortschritt der „Sozialistischen Arbeiterpartei" zu langsam; er schrieb dies der Thatsache zu; daß dieselbe — damals wenigstens — hauptsächlich aus „Fremden" bestand und von solchen geleitet wurde. Dann aber hing er noch an einer amerikanischen Lieblings-Idee, welche auch in der Plattform seiner Partei zum Ausdruck kam: er wollte nämlich durch co-operative (genossenschaftliche) Kolonisation auf dem Boden der Vereinigten Staaten die zukünftige Gesellschaft vorbereiten und er wußte, daß er das im Rahmen der „Sozialistischen Arbeiterpartei", welche sich wiederholt gegen alle dergleichen Experimente ausgesprochen hatte, nimmermehr thun konnte. Es kam nun, wie es kommen mußte. An die neue politische Organisation hingen sich alle möglichen zweifelhaften politischen Existenzen, Landspekulanten und dergleichen, welchen nichts an der Partei und nichts am Sozialismus lag, sondern die nur hofften, bei dieser Gelegenheit ein Geschäft zu machen. Da Debs eine durchaus ehrliche Natur ist und da er außerdem, wie das seine späteren Reden im Vergleich zu den früheren bewiesen, in der sozialistischen Erkenntniß Fortschritte machte, so konnte das Zusammenarbeiten mit den oben gekennzeichneten Elementen nicht lange währen. Auf der vorjährigen Konvention der Partei kam es zum Krach. Die „Kolonisatoren" gingen ihrer Wege und sind seitdem eigentlich von der politischen Bildfläche verschwunden; Debs aber organisirte mit den ihm treu verbliebenen sozialistischen Elementen seine Partei und trat im vorigen Herbst an vereinzelten Stellen der Union in den Wahlkampf ein.

Die Gesammtzahl der von der „Sozialdemokratischen Partei" abgegebenen Stimmen ist nicht festzustellen, übersteigt aber sicherlich nicht 12 000. Die Hauptpunkte sind Massachusetts mit 3749, Wisconsin mit etwa 2000 Stimmen und Chicago. In der (alten) Stadt New-York hatten sie in drei Distrikten Kandidaten für die Assembly (also Abgeordnete für das Unterhaus der Legislatur) aufgestellt und erzielten insgesammt etwa 1400 Stimmen.

Aber — Ironie des Schicksals! — ein großer Theil der Leiter der Debs'schen Wahlkampagne bestand aus „Fremden", aus Männern, die in der Schule der deutschen Sozialisten ihre Lektion gelernt hatten. Und das kam so.

Seit der Austreibung der Juden aus Rußland — wie man wohl die Behandlung, die ihnen dort seit den letzten 15 Jahren zu theil wurde, nennen kann, — ist die Einwanderung der russischen und polnischen Juden eine ganz enorme geworden. Man schätzt die Zahl derselben in der Stadt New-York auf 200 000. Der größte Theil derselben versteht, schreibt und liest nur „Yiddisch", einen deutsch-jüdischen Jargon, der in Druck und Schrift durch hebräische Buchstaben zum Ausdruck kommt. Es wird nun eine Idee von der Zahl der hier ansässigen Juden, welche sich in der Stadt New-York fast sämmtlich auf der Ostseite, in dem ehemals deutschen Viertel, angesiedelt haben, geben, wenn konstatirt wird, daß hier fünf Tageblätter, darunter zwei sozialistische, in „Yiddisch" erscheinen.

Es konnte nicht fehlen, daß aus dieser, zum überwältigenden Theile der ärmsten Lohnarbeiterschaft angehörigen Bevölkerung, der „Sozialistischen Arbeiterpartei" zahlreiche Proselyten zuströmen mußten. Viele von ihnen waren schon in der nihilistischen Bewegung Rußlands thätig gewesen, vor allem aber trieb der den Juden eigenthümliche glühende Drang nach Freiheit und Wissen sie zu Hunderten in die Reihen der Sozialisten, wo sie bald eine thatkräftige, opferwillige und lernbegierige Truppe bildeten. Vor einigen Jahren waren sie so weit, neben ihren Wochen- und Monatsschriften auch eine sozialistische Tageszeitung in „Yiddisch", das „Abendblatt" zu gründen, welches sofort einen großen Leserkreis fand. Es war der Streit um die Kontrolle dieses Blattes, welcher eine Spaltung der jüdisch-sozialistischen Bewegung verursachte. Die Opposition gründete ein Gegen-Blatt, den „Vorwärts", und als nun die „Sozialistische Arbeiter-Partei" durch ihre offizielle Behörde, infolge einer Urabstimmung innerhalb der Partei, für die alten jüdischen Preßorgane Partei ergriff und thatsächlich die Opposition aus der Partei hinausdrängte, wandten sich die nun tödtlich Verfeindeten der Debs'schen Sozialdemokratie zu, unter ihnen unzweifelhaft die damals besten Redner und Schreiber der jüdischen Bewegung.

Aber auch noch von anderer Seite sollten den Debsianern Bundesgenossen zuströmen. Bis zum Jahre 1895 hatten die Sozialisten innerhalb der Gewerkschaften und innerhalb der großen Zentralkörperschaften der „Knights of Labor" (Ritter der Arbeit) und der „Federation of Labor" (Bund der Arbeit) versucht, dieselben durch allmälige Agitation unter ihre Kontrolle zu bekommen. Im Jahre 1895 gaben sie diese Versuche, als hoffnungslos, auf und gründeten eine neue Zentral-Körperschaft, die sie vollständig unter ihrer Herrschaft hatten, die „Socialist Trades- and Labor-Alliance" (Sozialistischer Gewerbe- und Arbeits-Bund), von ihren Gegnern, die Anfangsbuchstaben der Hauptworte, englisch ausgesprochen, zusammenziehend, die „Estiela" (es-s-ti-t-el-l-a) genannt. Diese neue Organisation sollte möglichst alle Gewerbe umfassen und den alten konservativen Gewerkschaften möglichst den Boden entziehen. Ob das Experiment schließlich glücken wird, muß der Zukunft überlassen bleiben; vorläufig trat aber ein, was besonnene Beobachter vorausgesehen hatten. Es kam zu allen möglichen Reibereien und Kämpfen zwischen Parteigenossen, welche selbst beim besten Willen ihre Gewerkschaften nicht verlassen konnten, weil ihnen die neue, naturgemäß noch sehr schwache Organisation keinen Rückhalt bieten konnte, und anderen Parteigenossen, welche schon zur „Alliance" oder überhaupt zu keiner Gewerkschaft gehörten. Die Diskussionen innerhalb der Partei über das Zweckmäßige oder Verderbliche der „Alliance", obgleich die Gründung derselben auf der letzten Parteikonvention mit überwältigender Majorität gebilligt worden war, wollten nicht aufhören und nahmen oft einen erbitterten Charakter an. Die Folge davon war, daß abermals eine Anzahl von Parteigenossen, englisch Sprechende und Deutsche, aus der Partei hinausgedrängt wurden oder dieselbe verließen, oft wie es schien, aus persönlichen oder anderen Ursachen, während doch alledem die Alliance-Frage zu Grunde lag. Und auch diese, von denen manche sich unzweifelhaft Verdienste um die Partei erworben hatten, wandten sich der Debs'schen Sozialdemokratie zu.

Endlich gelang es Debs selbst, der ein tüchtiger Redner ist, auf seinen Agitationsreisen so manchen Anhänger der „Sozialistischen Arbeiterpartei" in sein Lager hinüberzuziehen. In Haverhill, einer gewerbreichen Stadt von etwa 50 000 Einwohnern, im Staate Massachusetts, hatte die „Sozialistische Arbeiterpartei" eine starke Sektion, deren Agitation es schließlich gelang, einen der Ihrigen, James Carey, in den Stadtrath zu wählen. Als Debs in Haverhill sprach, machte er auf Carey einen solchen Eindruck, daß er zur Debs'schen Sozialdemokratie übertrat und den größten Theil der Sektion veranlaßte, dasselbe zu thun. Einer Aufforderung der loyal gebliebenen Sektion, sein Mandat niederzulegen, leistete er nicht Folge, und seitdem ist die Debs'sche Sozialdemokratie in Haverhill vorherrschend. Bei den letzten Novemberwahlen erfocht sie nun dort einen Sieg, welcher die Debsianer für die kleine Stimmenzahl, die sie sonst im Lande abgegeben, einigermaßen entschädigte. Sie erwählte ihren Mayors-Kandidaten, Chaje, sechs Stadträthe und zwei Abgeordnete für die Legislatur des Staates Massachusetts.

Der „erste sozialistische Mayor in den Vereinigten Staaten" war natürlich für die gesammte Presse, welche im Allgemeinen zwischen den beiden Parteien keinen Unterschied macht, ein sensationelles Thema, welches sie ausbeutete und dadurch der Debs-Partei die mächtigste Attraktion (Anziehungskraft) verschaffte, die es hier zu Lande giebt, nämlich den Glanz des Erfolges.

Die Debs'sche Sozialdemokratie verfügt bis jetzt über folgende Preßorgane: das offizielle Wochenblatt „Social-Democrat" (englisch); in New-York das deutsche Wochenblatt „Groß-New-Yorker Arbeiterzeitung" und das Tageblatt „Vorwärts" (jüdisch); in Milwaukee das deutsche Wochenblatt „Vorwärts"; in St. Louis die in Deutsch und Englisch erscheinende, von Jacob Franz redigirte Brauerzeitung, das offizielle Organ des Brauarbeiterbundes, und außerdem noch vielleicht ein paar englische Wochenblätter, wie die „Coming Nation", welche sich den Debsianern zuneigen. Als Partei fehlt den Letzteren durchaus die feste Struktur, welche die Gewähr für ein weiteres organisches, wenn auch langsames Wachsthum bietet. Es ist sehr die Frage, ob dieselbe durch vereinzelte Siege, wie der Haverhill'sche, auch nur bis zu einem gewissen Grade ersetzt werden kann.

Obgleich die „Sozialistische Arbeiter-Partei" augenblicklich nur einen einzigen Vertreter im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten in einer offiziellen Körperschaft besitzt (M. Ruther, Stadtrath in Holyoke, Massachusetts), so bietet doch ihre geschlossene, seit langen Jahren fest gegründete und sich langsam aber stetig ausbreitende Organisation die Garantie, daß sie — von allen anderen Momenten abgesehen — das Medium sein wird, durch welches die sozialistischen Forderungen sich in den Vereinigten Staaten Bahn brechen werden.

* * *

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar.

Der Reichstag

würde heute auch mit Kiautschou ohne jegliche Debatte fertig geworden sein, wenn nicht Bebel durch seine scharfe Kritik eine Debatte hervorgerufen hätte, in die auch Richter gezogen wurde. An ein aussichtsvolles Ankämpfen gegen die Forderungen für die chinesische Kolonie war bei der Haltung des Zentrums und bei den Illusionen, die betreffs unserer Stellung in China unzweifelhaft weit verbreitet sind, nicht zu denken. Die Kritik Bebel's setzte hauptsächlich an den engherzigen militaristischen Bureaukratismus an, der die Behörden in Kiautschou erfülle und der jeden gesunden Aufschwung verhindere. Ueberdies sei das Klima der Kolonie sehr schlecht, die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle unter den Truppen und den sonstigen Europäern erschreckend groß. Die schlimmsten Bedenken aber errege die Ungewißheit darüber, was aus Kiautschou gemacht werden solle. In der Denkschrift wird gesagt: ein maritimer Stützpunkt. Doch was heißt das? Kohlenstation und Haltestelle zur Reparatur und Verproviantirung von Schiffen, oder heißt es: Kriegshafen? Ist dies der Fall, so wäre die nothwendige Folge, die Schaffung einer neuen Flotte, denn die Flotte, welche nach dem vorjährigen Flottenplan konstruirt werde, sei ausdrücklich für die Sicherung der deutschen Küsten und Meere bestimmt. Für eine weltpolitische Stelle in Ostasien reiche sie nicht aus — der Reichstag habe sich also vorzusehen, sonst öffnet er mit den Bewilligungen für Kiautschou eine Hinterthür, durch welche eine neue Flottenvorlage einschlüpfen werde — Befürchtungen, die auch der Abg. Richter theilte.

Der Marineminister Tirpitz gab nur ausweichende Antworten. Das Klima angehend, so theilte er statistische Zahlen mit, die beruhigend wirken sollten, jedoch nicht die neuere Zeit umfaßten, um welche es sich hauptsächlich handelt.

Durch besonderen Flotten-Enthusiasmus zeichneten sich die zwei Grafen Oriola und Arnim aus. Eine Bemerkung des letzteren über die Zukunftsmalerei, die in einem Artikel der „Cosmopolis" von Liebknecht getrieben sein sollte, veranlaßten diesen zu einer kurzen Abwehr, die sich auch auf einige andere im Laufe der Debatte gefallene Aeußerungen erstreckte, z. B. die, daß es im Ausland als unpatriotisch gelte, die heimischen Zustände scharf zu kritisiren.

Morgen Schwerinstag. Jesuitenantrag; Rickert'scher Wahlgesetz-Antrag u. s. w.

Abgeordnetenhaus.

Auch heute verlief die Debatte über den Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung im Allgemeinen ruhig und sachlich. Selbst die Oberagrarier Gamp (frk.) und v. Wendel-Steinfels (k.) befleißigten sich einer gewissen Mäßigung und brachten im Vergleich zu früheren Jahren recht bescheidene Wünsche vor. Tarifermäßigungen für landwirthschaftliche Produkte und Düngemittel, namentlich für Obst und Thomasmehl, Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaft, Förderung der Haushaltungsschulen, Mittel zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, Förderung des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens u. a. m. Das sind im Wesentlichen die Forderungen dieser beiden Redner. Von den „großen Mitteln", dem Antrag Kanitz und der Silberwährung, war auch nicht mit einem Worte die Rede. Auch der neue Bundesvorsitzende, Frhr. v. Wangenheim, zeigte sich von einer Genügsamkeit, die ihm die echten Bundesbrüder vielleicht übel nehmen werden; er mußte sogar offen anerkennen, daß es der Landwirthschaft jetzt besser geht, als früher, wenngleich er sich nicht der Befürchtung erwehren konnte, daß bald wieder schlechtere Zeiten hereinbrechen werden, und aus diesem Grunde erhöhte Aufwendungen für die Agrarier forderte. Vor allem trat er warm für die Erhaltung des ostelbischen Grundbesitzes ein. Darin, daß dieser Grundbesitz, der bekanntlich den Junkern ihren politischen Einfluß sichert, erhalten werden müßte, pflichtete ihm auch der Landwirthschaftsminister bei, der zu wiederholten Malen in die Debatte eingriff, ohne indeß etwas allgemein Interessirendes zu sagen.

Eine schärfere Tonart schlugen die Zentrums-Agrarier v. Grand-Ry und Herold an. Namentlich letzterer klagte über die Noth der Landwirthschaft, die bei den heutigen niedrigen Preisen (!) und hohen Arbeitslöhnen (!) nicht bestehen könne, und deren Blüthe erst nach Ablauf der Handelsverträge wieder anbrechen würde.

Von freisinniger Seite betheiligte sich Abg. Goldschmidt an der Debatte, der, wie alle parlamentarischen Neulinge, von den Junkern fortgesetzt durch unartikulirte Zwischenrufe unterbrochen wurde.

Das wichtigste aus der heutigen Sitzung war eine Rede des Finanzministers Dr. v. Miquel, in der er auf die Harmonie zwischen Landwirthschaft und Industrie hinwies. Vor noch nicht zwei Jahren hat Miquel zum ersten Male seinen Sammelruf im Hause erschallen lassen. Die Folge davon war, daß die Junker auf der einen, Zentrum und Nationalliberale auf der anderen Seite, die sich eben noch aus Anlaß der lex Recke aufs heftigste bekämpft hatten, sich versöhnt in den Armen lagen und den bekannten Beutezug auf das Volk vorbereiteten. Was bezweckt der Vielgewandte mit seinem neuen Sammelruf? Die reaktionäre Einigkeit, die gegenwärtig herrscht, zwingt zur erhöhten Wachsamkeit.

Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Ein schöner Traum.

Wer, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, gleichviel welcher Klasse, welchem Stand, welchem Beruf er angehört, schaudert nicht bei dem Gedanken eines Weltkrieges in unserer Zeit der Kultur und begeistert sich nicht für den Gedanken des Weltfriedens? Die Edelsten der Dichter und Denker aller Zeiten und Völker haben die Verwirklichung dieses Gedankens erstrebt und sie im Phantasiebilde uns vorgeführt. Die ältesten der Mythen verherrlichen das goldene Zeitalter, wo die Menschen in Eintracht leben und das Lamm sich vertrauensvoll an den Wolf anschmiegt. Nur daß die Mythe — die heidnische, wie die jüdisch-christliche — diese glückliche Zeit, mit Umkehrung der geschichtlichen Wahrheit, in den Anfang der Kulturentwicklung verlegt, statt in ihr deren Vollendung zu erblicken. Nicht in der Vergangenheit liegt das Paradies, sondern in der Zukunft. Allein ob Vergangenheit oder Zukunft — das goldene Zeitalter des Friedens ist einer der schönsten Träume, welche die Menschheit geträumt hat. Im Laufe der Zeiten und mit dem Wachsthum der Kultur ist der Gedanke des ewigen Friedens aus dem Reich der Träume in das der Wirklichkeit getreten, ist zum Ziel und Programmpunkt einer politischen Partei geworden, welche in sämmtlichen Staaten der Welt um die

Herrschaft ringt und in Deutschland weitaus die größte aller politischen Parteien ist. Diese Partei, welche die Dinge nicht nach dem Schein, welche sie nach dem Wesen und dem Ursprung beurtheilt, faßt den Krieg als die organische, naturnothwendige Folge unserer wirthschaftlichen Verhältnisse auf, nicht als willkürliche Verbrechen einzelner Menschen oder Gruppen von Menschen — sie sucht die Ursache im System, nicht in Personen, und sucht das System zu beseitigen, in welchem der Krieg wurzelt. Diese Partei ist die internationale Sozialdemokratie — ihr Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch die Menschen, ist Kampf für den Weltfrieden — Krieg gegen den Krieg. Die Sozialdemokratie ist deshalb im wahrsten Sinne des Worts eine Friedenspartei — richtiger, da es keine zweite Partei mit gleichen oder auch nur ähnlichen Zielen giebt: die Friedenspartei. Der Weltfriede, den wir erstreben, ist kein Traum, er ist wirkliches, der Verwirklichung sich näherndes Kampfziel.

Keine andere Partei hat, wir wiederholen es, das gleiche Kampfziel. Wohl aber leben in allen Kulturländern ideal veranlagte Menschen, die im Reiche der Phantasie mehr zu Haus sind als auf dem harten Boden der Thatsachen, und die, neben anderen Idealen, auch das des Weltfriedens haben. Für diese Idealmenschen ist der Weltfriede ein Traum. Gewiß ein schöner Traum — doch was nützt die Schönheit eines Traumes, wenn der Träumer nicht die Vorbedingungen der Verwirklichung will?

Daß die Internationale Friedensgesellschaft den Zweck will ohne die Mittel und sich vollständig vom Boden der Thatsachen getrennt hat, das zeigte sich recht deutlich in der Versammlung, welche die Gesellschaft am Montag in Berlin abhielt. Die Hauptrednerin, Frau v. Suttner, eine Frau, die der allgemeinsten Sympathien sicher ist, legte uns dar, daß die Friedensbewegung jetzt in ein neues Stadium gelangt sei: in das der Verwirklichung. Und wodurch? Durch das Manifest des Zaren. „Einer der mächtigsten Monarchen hat die Sache jetzt in die Hand genommen." Und sie erzählte uns, wie ernst es dem Zaren sei, wie von seiner hohen Mission durchdrungen er sich geäußert habe.

Nun — Frau v. Suttner möge doch einmal lesen, was Robert Owen über seine Unterredungen mit Alexander I., Friedrich Wilhelm III., Franz I., den drei Monarchen der Heiligen Allianz, und mit Metternich, dem Pontifex Maximus der Heiligen Reaktions-Allianz, gesagt hat. Sie wird finden, daß es zum Theil wörtlich die gleichen schönen Redensarten waren, mit denen sie selber vom Minister des Zaren Nikolaus beglückt worden ist. Rußland ist gegenwärtig der Hauptfriedensstörer — es rüstet am meisten, und drängt zu den meisten Rüstungen. Das nimmt dem Zarenmanifest jede praktische Bedeutung. Wie kann der Hauptträger der internationalen Reaktion ein hohes Kulturwerk verrichten? Der Abgeordnete Barth, welcher in derselben Versammlung sprach, begriff auch, daß der Glaube an die Botschaft des Zaren und folglich auch an deren Wirkung ein sehr geringer sei, und er forderte deshalb eine Volksbewegung — für den Zaren! Eine Volksbewegung für den Hort der internationalen Reaktion, deren Lebensbedingung der Krieg und die Kriegsgefahr, und deren letzte Stütze der Militarismus ist!

Der schöne Traum fängt an, nicht mehr schön zu sein.

Nr. 3.

Väterchen geht unter die — Journalisten: seine Friedensnoten gewinnen den Charakter einer periodischen Druckschrift. „Daily Chronicle" berichtet, der „Voss. Ztg." zufolge, aus Rom, die russische Regierung habe an ihre Vertreter im Auslande eine neue Note über das Konferenz-Programm gerichtet, die gewisse kritische Bemerkungen über dieses Programm beantwortet. Die Note werde den europäischen Regierungen diese Woche unterbreitet und wahrscheinlich auch dem Vatikan übermittelt werden.

Die Regierungen werden gut thun, auf die Rundschreiben zu abonniren; dann gewöhnen sie sich leichter an diese peinlichen Ueberraschungen.

Die Zähigkeit der russischen Diplomatie aber, die von ihren Kollegen eine undiplomatische, unverhüllte, unheuchlerische Meinungsäußerung statt des blöden „Sympathisch-Gegenüberstehens" zu erpressen sucht, verräth eine staatsmännische Geschicklichkeit, der man eine gewisse Bewunderung nicht versagen kann. —

* * *

Deutsches Reich.

In Ungnade gefallen

ist bei der Majestät von Saarbrücken der Marinesekretär **Tirpitz**, der unvorsichtiger Weise im Reichstag am Montag verfassungsmäßig zu denken wagte, und, wenn auch in der schüchternsten Form, den Tagesbefehl des Ober-Werftdirektors von Wietersheim mißbilligte. „Ich bin der Ansicht, daß die Werft bei den Wahlen nicht in der Weise hätte hervortreten dürfen. Diese Ansicht habe ich auf der Werft zum Ausdruck gebracht." Das war Alles, was Tirpitz zur Kritik eines schweren Angriffs auf die Wahlfreiheit sagte, und dieser bescheidene Einwand genügte schon, um Stumm's ganzen Zorn hervorzurufen.

Herr v. Stumm winkt und die „Norddeutsche Allg. Zeitung" kommt eiligst mit der Bannbulle, die Herrn Tirpitz aus der Reihe der mit den ministeriellen Ehrenrechten ausgestatteten Staatsdiener streichen soll. Das Regierungsblatt schreibt:

„Was das Eingreifen des Herrn Ober-Werftdirektors in den Wahlkampf anbetrifft, so wird es zunächst Sache der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages sein, auf grund des ihr vorzulegenden Materials zu prüfen, ob die Wahl des freisinnigen Abg. Rickert wegen ungehöriger Wahlbeeinflussung mit allen rechtlichen Folgen aufzuheben sei oder nicht. Der in Rede stehende praktische Einzelfall kommt hier nicht weiter in Betracht. Wohl aber muß schon jetzt mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden **gegen eine Auffassung, die den verantwortlichen Leitern der staatlichen Betriebe das Recht bestreitet, auf die politische Gesinnung der Angestellten** selbst dann **einzuwirken**, wenn eine sozialistische Propaganda sich der Letzteren zu bemächtigen droht. Die Verwaltungsorgane der Regierung handeln lediglich pflichtgemäß, wenn sie den auf Untergrabung jeder staatlichen Autorität und auf Zertrümmerung der Grundlagen unserer nationalen und sozialen Institutionen gerichteten agitatorischen Umtrieben mit Nachdruck entgegentreten. Anderenfalls wäre der internationalen Umsturzbewegung die Bahn zu uneingeschränkter Bethätigung und zur Festigung ihrer Herrschaft freigegeben."

Diese „staatsgefährliche" Auffassung hat nun Herr Tirpitz allerdings, wenn auch nur versehentlich und schüchtern, vertreten. Das kann unmöglich geduldet werden! Wie, ein Werftdirektor sollte nicht einmal das Recht haben, „seinen" Arbeitern einen „Rath" zu ertheilen — das wäre ja der Anfang der Revolution! So grollt die „Post" und belehrt den unglücklichen Marineminister, daß es zu „wünschen gewesen" wäre, „der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts hätte deutlicher zu erkennen gegeben, daß seine Erinnerung gegen das Verfahren des Ober-Werftdirektors v. Wietersheim sich wesentlich auf die gewählte Form bezog, und daß er zugleich das Recht der Werftbeamten, den Arbeitern so gut Rath zu ertheilen, wie anders Arbeitgeber, gewahrt hätte."

Wir fürchten, Herrn Tirpitz' Zukunft wird nicht lange mehr auf dem Wasser liegen. —

Nur im Reichstags-Restaurant, nicht aber im Sitzungssaal darf über den Kaiser gesprochen werden, diese verfassungsrechtliche Anschauung scheint die „Konservative Korrespondenz" in einer Erwiderung auf unsere neuliche (übrigens konservativer Fähigkeit unzugängliche) Satire: „Ballestrem contra Ballestrem" vertreten zu wollen. Wir nehmen mithin an, daß das erwähnte Organ Widerspruch erheben würde, falls der Reichstags-Präsident bei irgend einer Gedenkfeier im Reichstag selbst eine Kaiserrede von gleicher Taktlosigkeit halten würde, während er nichts einzuwenden haben würde, wenn Herr v. Ballestrem im Reichstags-Restaurant gelegentlich eine nicht verherrlichende Betrachtung über die Persönlichkeit des Kaisers für gut befinden würde. Die Meinungsfreiheit, die im Sitzungssaal verpönt ist, ist im Restaurant willkommen. „Dies Geschlecht kann sich nicht anders freuen als bei Tisch" — der ingrimmige Spottvers Wallenstein's läßt sich für heutige Verhältnisse dahin erweitern, daß wir auch nirgends frei reden können als bei Tisch. —

Als Gefangene brachte der Dampfer „Lesbos" der „Frankf. Zeitung" zufolge nach Hamburg **sechs Matrosen** mit, welche während der Orientreise des Kaisers von den ihn begleitenden Kriegsschiffen desertirt waren, und als sie in Noth geriethen, sich selbst gestellt hatten. Die Deserteure wurden der Militärbehörde überliefert.

Man erinnert sich an die schweren Mißstände, unter denen die Kesselbedienungsmannschaft des kaiserlichen Begleitschiffes bei der Orientreise furchtbar zu leiden hatte. Was mag die 6 Matrosen zum Desertiren getrieben haben? —

Einer der reaktionärsten und deshalb einflußreichsten Köpfe im Kultusministerium, der Staatssekretär v. Weyrauch, hat seine Demission erbeten, weil er an Rheumatismus leidet. An seine Stelle tritt vielleicht Dr. Irmer, der auf dem Gebiet der Geistfeindlichkeit den Verlust zu ersetzen vollauf befähigt sein dürfte. —

Stöcker und Stumm liegen sich wieder in den Haaren, zum Glück aber auch am Boden. Der Stumm sagt dem Stöcker in der „Post", er — der Stöcker — habe neulich im Reichstag seinen „Schwanengesang" gehalten, worauf wuthentbrannt der Stöcker dem Stumm im „Reichsboten" erwidert: er — der Stumm — thäte besser, sich über Andere nicht lustig zu machen, denn er (der Stumm) sei im Reichstag völlig vereinsammt, und ein todter Mann. Ach wie lieblich ist doch dieser Streit der zwei echt christlichen, einzig wahren Stützen des Throns und Altars! Und wie er uns an jenen Streit des Rabbi und Mönch gemahnt! Welcher Recht hat? Ach, es will uns schier bedünken — daß sie einander werth sind. Todt aber ist Stumm nicht — das Glück hat er nicht — er ist im Reichstag komische Person. —

Aus dem neuen Postgesetz erfährt die „Magdeb. Zeitung" folgende Einzelheiten: Grundsätzlich sollen die geschlossenen Briefe innerhalb eines Ortes ausschließlich durch die Reichspost befördert werden. Die Reichspost soll das gesetzliche Recht bekommen, die Fortführung der Privatbeförderung geschlossener Briefe von ihrem Willen abhängig zu machen. Diese Beförderung soll unter Aufsicht der Postverwaltung stehen, die ihre Fortführung genehmigen oder verweigern kann; auch kann jeder Zeit der Widerruf der Genehmigung erfolgen, ohne daß eine Entschädigung gezahlt wird. Die Abfindung ist so gedacht, daß man den Gewinn, der aus der Beförderung geschlossener Briefe entsteht, in vier- bis achtfachem Betrage entschädigt. Dabei soll aber auch die Zeit des Bestehens der Privatbeförderungsanstalt in Betracht gezogen werden. Ein fester Termin ist für das Inkrafttreten der Novelle noch nicht in Aussicht genommen, da man voraussichtlich mit dem Enteignungsverfahren bei verschiedenen Privatanstalten zu rechnen hat. Für Entschädigungskosten sind 6—7 Millionen Mark in Aussicht genommen. —

Die bedingte Begnadigung. Wie bereits kurz mitgetheilt, ist dem Reichstage von Seiten des Reichs-Justizamts eine Zusammenstellung der in den größeren deutschen Bundesstaaten geltenden Bestimmungen über die bedingte Begnadigung und die Ergebnisse der bisherigen Anwendung dieser Vorschriften zugegangen. Die Gesammtzahl der Fälle, in welchen bis zum 1. Dezember 1898 in den Bundesstaaten, für welche Erhebungen vorliegen, eine Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf spätere Begnadigung bewilligt worden ist, beträgt danach 15 063. Davon entfallen 10 075 (etwas über zwei Drittel) auf Preußen. Im Uebrigen vertheilen sich die Fälle auf die einzelnen Bundesstaaten folgendermaßen: Bayern 1938, Sachsen 814, Württemberg 560, Baden 671, Hessen 93, Mecklenburg 192, Oldenburg 68, Elsaß-Lothringen 618; Summa 4988. Beträchtliche Abweichungen in der Häufigkeit der Anwendung sind hiernach nicht zu bemerken. Denn die verschiedene Höhe der absoluten Zahlen entspricht im Wesentlichen den Bevölkerungsverhältnissen der in Betracht kommenden Bundesstaaten. — Nach allen von den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Anordnungen soll bei der Bewilligung von Strafaufschub vornehmlich das Vorleben des Verurtheilten in Betracht gezogen werden. In Baden ist es schlechthin Voraussetzung der Gewährung des Strafaufschubs, daß der Verurtheilte noch keine Freiheitsstrafe verbüßt hat. Auch in Bayern und Württemberg wird diese Voraussetzung wenigstens als Regel gefordert. In den anderen Bundesstaaten, insbesondere in Preußen, sollen vornehmlich nur erstmalig verurtheilte Personen berücksichtigt werden.

Die Zahl der Jugendlichen überwiegt bei Weitem. In Preußen kamen von 10 983 Gesuchen 8326 auf Personen unter 18 Jahren. In Preußen werden vornehmlich nur erstmalig verurtheilte Personen berücksichtigt. In Betreff der Art und der Höhe der Strafen überwiegen bei Weitem die Gefängnißstrafen. Das Höchstmaß, für welches eine bedingte Begnadigung stattfindet, beträgt für Preußen sechs Monate Gefängniß.

Mittellandkanal. Aus Münster wird berichtet: Der Provinzial-Landtag beschloß, die beanspruchte Garantie für den Mittellandkanal und für die Kanalisirung der Weser von Minden bis Hameln zu übernehmen. —

Braunschweig, 31. Januar. In der heutigen Sitzung des Landtages ist zwischen diesem und der Regierung eine Vereinbarung über die Grundzüge des neuen Wahlgesetzes zu stande gekommen. —

Im Gefängniß umgekommen. Einen empörenden Vorfall meldet man der „Metzer Zeitung" aus dem Kreise Diedenhofen. In dem westlich von der Eisenbahn-Station Großhettingen ziemlich abgelegenen Dorfe Oettingen wurde am Montag Vormittag voriger Woche durch die Gendarmerie ein Landstreicher ermittelt, der sich bei näherem Zusehen als krank erwies. Der Gendarm übergab den armen Teufel zur einstweiligen Unterbringung dem Ortspolizeidiener, der ihn im Ortsgewahrsam einsperrte. Aus unaufgeklärten Gründen fand aber der Polizeidiener erst Mittwoch früh Zeit und Gelegenheit, sich nach seinem Häftling umzusehen, und als er das Arrestlokal betrat, fand er denselben todt vor. Auffallender als dieses aber, wenn nicht gerade merkwürdig, mußte es erscheinen, daß man in der Zelle neben dem Verstorbenen Eßwaaren, Kuchen, Speck und Brot, vorfand. Hatte der Aermste nun nicht mehr die Kraft besessen, nach den Speisen zu greifen, oder hat man ihm dieselben erst gebracht, als er bereits verhungert, vielleicht auch erfroren war, — diese Fragen konnten bisher nach den am Orte gemachten Erhebungen nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Die Staatsanwaltschaft von Metz hat sich unterdessen des seltsamen Falles angenommen. —

Deutsch-französische Freundlichkeiten. Dem Pariser „Journ." zufolge trafen am Montag früh in Oran die deutschen Schulschiffe „Charlotte" und „Stosch" ein. Nachdem Salutschüsse ausgetauscht worden waren, kamen Vertreter der französischen Behörden an Bord der deutschen Schiffe und wechselten mit den Schiffskommandanten höfliche Begrüßungsworte. Den Mannschaften wurde gestattet, im Laufe des Tages in kleinen Gruppen ans Land zu gehen. Die Schulschiffe werden nach einem dreitägigen Aufenthalt am hiesigen Orte nach Algier gehen.

Ein gefährliches Land. Prinz Heinrich beabsichtigte von China aus einen Abstecher nach Japan zu unternehmen. Dieser Plan mußte aufgegeben werden, da nach einer Meldung des „Ostafrikanischen Lloyd" die japanische Regierung auf eine vorläufige Anfrage hat durchblicken lassen, daß sie nicht im stande sei, für die persönliche Sicherheit des Prinzen zu bürgen.

Trotz oder wegen der gepanzerten Faust? —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 31. Januar. Die Liga zur Vertheidigung der Menschen- und Bürgerrechte veröffentlicht ein Manifest, in welchem sie erklärt, von der **offenbaren Unschuld Dreyfus'** überzeugt, protestire sie mit allen Kräften gegen die beabsichtigte Verletzung der Grundsätze der Gerechtigkeit und des Rechts. Weiter heißt es, einer Gerichtsbehörde am Vorabend der Urtheilsfällung die Rechtsprechung aus den Händen nehmen, sei gleichbedeutend damit, daß man einen Bürger seinen gesetzmäßigen Richtern entziehe und einen wesentlichen Artikel der Menschen- und Bürgerrechte sowie die Rechte der Vertheidigung verletze. Gerechtigkeit würde es dann nicht mehr geben. —

Beaurepaire fährt fort, in seinen Artikeln im „Echo de Paris" die Richter der Kriminalkammer zu verdächtigen; er betrachtet die Gesetzesvorlage des Ministeriums nur als eine Abschlagszahlung. —

England.

London, 31. Januar. Balfour gab gestern in einer Rede zu Manchester der Ueberzeugung Ausdruck, daß Englands Rüstungen die größten Sicherheiten für den allgemeinen Frieden gewähren. Vor wenigen Monaten sei man auf dem Kontinent der Meinung gewesen, England müsse sich in Alles fügen, jetzt glaube man, England suche mit Ungestüm einen Streit vom Zaune zu brechen. Beide Auffassungen seien durchaus ungerechtfertigt. Was immer aber für Mißverständnisse England gegenüber in Europa vorhanden sein mögen, er, Balfour, sei der festen Ueberzeugung, daß England in den Vereinigten Staaten Verständniß finde und dieses Einverständniß sei die beste Sicherung des Weltfriedens. —

Italien.

Rom, 30. Januar. Der Ministerpräsident Pelloux wird in der Deputirtenkammer Gesetzentwürfe einbringen über Vereinigungen und Versammlungen an öffentlichen Orten, über die Presse, über die öffentliche Sicherheit, über die Streiks in öffentlichen Dienstbetrieben, über die eventuelle militärische Wiederverwendung beurlaubter Militärpersonen im Betriebe der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen. —

Dänemark.

Im dänischen Landesthing stand der Gesetzentwurf über die geheime Abstimmung bei den Wahlen zur zweiten Berathung. Es wurden ein paar von Konferenzrath Hansen vorgeschlagene unwesentliche Aenderungen vorgenommen, und der Antrag dann in zweiter Lesung angenommen. Bei der dritten Lesung wurde der Antrag einstimmig angenommen. —

Rußland.

Warschau, 30. Jan. (Berl. Tgbl.) Fräulein Dr. Burbo wurde trotz der von Petersburg ausgegangenen Erlaubniß zur Rückkehr vom Auslande an der Grenze verhaftet und im 10. Pavillon hierselbst internirt. —

Asien.

Chinesischen Meldungen zufolge hat die Kaiserin-Wittwe einen Thronfolger bestimmt. Verschiedene Berichte stimmen darin überein, daß eine Palastrevolution bevorstehe. Der Kaiser ist noch immer streng von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen. Kangyi's Einfluß ist der vorherrschende; er hat auf die Kaiserin-Wittwe seine fremdenfeindlichen Vorurtheile übertragen. Der Staatsrath und das Tsung-li-Yamen werden von der Kaiserin-Wittwe jetzt thatsächlich ignorirt. —

Amerika.

Das kubanische Aufstandsheer macht auch den Amerikanern noch einige Schwierigkeiten. Der Aufstandsgeneral Gomez verlangt von den Vereinigten Staaten den Betrag von 16 Millionen Dollars zur Bezahlung seiner Truppen und lehnt es ab, die Armee zu entlassen, bevor er das Geld erhalten habe. Gomez erklärt, daß er sich an das frühere Abkommen mit den Vereinigten Staaten, wonach 3 Millionen unter die noch unter den Waffen befindlichen Kubaner vertheilt werden sollten, nicht mehr für gebunden betrachte. —

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Dienstag die Berathung des Extraordinariums des **Militäretats** fortgesetzt. Eine längere Verhandlung vertraulichen Charakters knüpfte sich an die Forderung der siebenten Rate zur Vervollständigung der wichtigeren Festungsanlagen, in Höhe von 10 Millionen. Der bisherige Gesammtbedarf betrug 83 540 000 M. Infolge vermehrten Bedürfnisses kommen 50 Millionen hinzu, so daß der Gesammtbedarf jetzt 83 540 000 M. beträgt. Bisher sind seit 1893 29 000 000 M. bewilligt. Nach den diskreten Mittheilungen der Regierungsvertreter wird die geforderte Erhöhung der Gesammtforderung, sowie die für 1899 ausgesetzte Rate bewilligt, ebenso ohne wesentliche Debatte der Rest des Extraordinariums für Preußen. — Im Etat für Sachsen werden für eine Infanteriekaserne in Kamenz 1 040 000 M. gefordert, und zwar zunächst die Rate von 400 000 M. Hier wurden 100 000 M. abgesetzt und einstweilen nur 300 000 M. bewilligt. — Für Zwickau werden zu Ersatzbauten für durch Brand zerstörte Kasernen im Ganzen 2 700 000 M. gefordert, und zwar zunächst für 1899: 900 000 M. Auf Antrag des Referenten Gröber wurden nur 800 000 M. bewilligt. — Zum Neubau eines Ochsenstalls auf dem Vorwerk Adelsdorf des Remontedepots Kalkreuth werden statt der geforderten 59 000 M. auf Antrag des Grafen Klinckowström nur 45 000 M. bewilligt. — Im württembergischen Etat werden für Stuttgart zum Neubau eines Lazareths statt 147 000 M. nur eine erste Rate von 10 000 M. bewilligt. Damit ist das Extra-Ordinarium erledigt. Mittwoch beginnt die Berathung des ordentlichen Etats.

In der sechsten Kommission des Reichstages wurde heute die Berathung der vom Abg. Rintelen beantragten Justiznovelle fortgesetzt. Zu § 62 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes, der besagt, daß vor Beginn des Geschäftsjahres auf die Dauer desselben die Geschäfte unter die Kammern vertheilt und deren Zusammensetzung bestimmt wird, schlägt Rintelen einen Zusatz vor, mit der Bestimmung, daß zu Mitgliedern der Strafkammern und Schwurgerichte, sowie zu deren Vertretern nur ständig angestellte Richter bestimmt werden sollen. Abg. Dr. Stephan (Centr.) beantragt, vor dem Worte „Vertretern" das Wort „regelmäßigen" einzuschalten. Es entspinnt sich eine längere Debatte. Abg. Beckh (frs. Vp.) kritisirt scharf die Besetzung der Gerichte mit Assessoren, welche oft keine Gewähr bieten für objektive und unabhängige Rechtspflege. Er weist auf die Zunahme der Majestätsbeleidigungs-Prozesse hin macht der Justizverwaltung den Vorwurf, daß sie sich bei der Besetzung der Richterstellen von fiskalischen Interessen leiten lasse. Abg. v. Salisch (k.) protestirt gegen eine solche Kritik, welche geeignet sei, das Ansehen der Richter herabzusetzen. Geh.-Rath Vierhaus bittet um Ablehnung der gestellten Anträge. Für die preußische Justizverwaltung seien nicht fiskalische Rücksichten, sondern lediglich Gründe maßgebend, die auf dem Gebiete der Organisation

liegen. Der preußische Gerichtsassessor habe eine ganz andere Stellung als der Assessor in anderen Bundesstaaten, er sei richterlicher Beamter. Die Annahme, daß die Majestätsbeleidigungsprozesse zugenommen haben, beruhe übrigens auf einem Irrthum. Die Zahl dieser Prozesse habe in den Jahren 1893 bis 1897 betragen: 590, 622, 508, 561, 428. Es sei also eine Abnahme dieser Prozesse zu konstatiren. Abg. Frohme (Soz.) weist darauf hin, daß in früheren Verhandlungen das fiskalische Interesse bei der Frage der Besetzung von Richterstellen seitens der Regierungsvertreter selbst betont worden sei. Bei der Abstimmung wird der Antrag Rintelen mit dem Amendement Stephan angenommen. — § 73 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bestimmt, für welche Vergehen und Verbrechen die Strafkammern als erkennende Gerichte zuständig sind. Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.) will hier einfügen: „für das Verbrechen des Meineides in den Fällen der §§ 153, 154, 155 des Strafgesetzbuchs." Abg. Beckh (frs. Vp.) beantragt, in Nr. 1 von § 73, welcher die Strafkammern zuständig macht für die Vergehen, welche nicht zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören", hinter „Schöffengerichte" einzuschalten „oder Schwurgerichte". Hier entspinnt sich eine längere Debatte über die Judikatur in Meineids- und Unzuchtssachen. Geh. Rath Vierhaus erklärt, die preußische Justizverwaltung könne nach ihren Wahrnehmungen sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß nicht genügende Rechtsgarantien für Bestrafung des Meineids vorhanden seien. Abg. v. Salisch bezeichnet das Ausloosen der Geschworenen als ein Lotteriespiel; man habe nicht die Gewähr, daß wirklich geeignete Geschworene ausgeloost würden. Geh. Rath v. Lenthe bemerkt, die vorliegenden Anträge entsprechen den Intentionen der Regierung, er ersuche um deren Annahme. Es sei eine bekannte Thatsache, daß Meineidsprozesse sich in vielen Fällen weniger für Geschworene als für gelehrte Richter eignen. Damit solle kein allgemeines Urtheil über die Schwurgerichte und ihre Zuverlässigkeit an sich abgegeben sein. Die Intention, etwa die Schwurgerichte überhaupt abzuschaffen, liege bei der Regierung keineswegs vor. Abg. Rintelen befürwortet den Antrag Bernstorff; auch nach seiner Ueberzeugung begehen die Geschworenen sehr oft Rechtsirrthümer in Meineidsprozessen. Abg. Himburg (l.): Die Geschworenen seien meistens nicht in der Lage, in verwickelten Prozessen den Thatsachen zu folgen. Ein großer Theil der Geschworenen, besonders bäuerliche, seien ungebildete Leute und sprächen leicht frei, um ihr Gewissen nicht zu belasten, in Fällen, die ihnen irgendwie zweifelhaft erscheinen. Abg. Graf Bernstorff vertheidigt seinen Antrag mit dem Bemerken, daß er weit davon entfernt sei, gegen die Institution der Schwurgerichte an sich Stellung zu nehmen. Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) erklärt sich gegen alle Anträge, die die Kompetenz der Schwurgerichte beeinträchtigen. Er wünsche vielmehr deren Zuständigkeit zu erweitern, wenngleich auch die Sozialdemokraten üble Erfahrungen mit den Schwurgerichten gemacht haben. Er erinnert an den Fall Schröder. Aber zu den Strafkammern habe er kein größeres Vertrauen. Die Grundlage der Schwurgerichte sei zu ändern, aus Gerichten der Besitzenden, aus Klassengerichten müssen sie zu Volksgerichten werden. Das gelte auch für die Schöffengerichte und Strafkammern. Er behalte sich bezügliche Anträge für die zweite Lesung vor. Geh. Rath Tischendorf bemerkt, daß nach den letzten statistischen Nachweisungen 45 pCt. aller Meineidsprozesse mit Freisprechung enden. Die Abgg. Zehnter (Z.) und Munckel (frs. Vp.) wenden sich gegen den Antrag Bernstorff, indem sie geltend machen, der Laie könne sich besser in die Lage der Angeklagten versetzen wie der gelehrte Berufsrichter. Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages des Grafen Bernstorff mit 9 gegen 6 Stimmen. Dagegen stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten, 3 Mitglieder des Zentrums und der Antisemit Raab. Der Antrag Beckh wird darauf ebenfalls abgelehnt. Die Berathungen werden Mittwoch fortgesetzt.

Gewerbegerichts-Kommission. Die Kommission zur Vorberathung der Anträge, die Gewerbegerichte betreffend, hat sich am Dienstag konstituirt. Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Letocha (Zentrum) gewählt. Die erste Sitzung zur Berathung der gestellten Anträge findet voraussichtlich erst am Mittwoch, den 8. Februar statt. Die sozialdemokratische Fraktion ist durch die Abgg. Putzauer und Zubeil in der Kommission vertreten.

Partei-Nachrichten.

Den Entwurf zu einem Partei-Organisationsstatut für Sachsen hat das Zentralkomitee der sächsischen Sozialdemokratie veröffentlicht. Nachdem aus dem sächsischen Vereins- und Versammlungsrecht das berüchtigte Verbindungsverbot ausgemerzt worden ist, kann an die Schaffung einer einheitlicheren Organisation gedacht werden, wie sie in ähnlicher Weise in Süddeutschland besteht.

Nach dem Entwurfe des Zentralkomitees wird die Organisation der sozialdemokratischen Partei in Sachsen durch die sozialdemokratischen Lokal- und Wahlkreisvereine und die vom Kreisvertrauensmann einberufenen Parteiversammlungen gebildet.

Jeder Reichstags-Wahlkreis bildet einen Organisationsbezirk. Innerhalb eines Reichstags-Wahlkreises regeln die Partei-Organisationen ihre Angelegenheiten vollständig selbständig.

Eine Anzahl Wahlkreise bilden einen Agitationsbezirk. Agitationsbezirke giebt es vier, und zwar den Agitationsbezirk Dresden, der den 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Reichstags-Wahlkreis umfaßt, den Agitationsbezirk Leipzig mit dem 11., 12., 13. und 14. Reichstags-Wahlkreise, den Agitationsbezirk Chemnitz mit dem 10., 15., 16., 17., 19., 20. und 21. Reichstags-Wahlkreise und den Agitationsbezirk Zwickau mit dem 18., 22. und 23. Reichstags-Wahlkreise. Für jeden Bezirk besteht ein Agitationskomitee von drei Personen, dessen Sitz die den Bezirk bezeichnende Stadt ist und das durch eine Partei-Versammlung der Wahlkreise des Bezirks gewählt wird.

Für ganz Sachsen besteht ein Zentralkomitee von drei Personen. Den Sitz desselben bestimmt die Landesversammlung, die die höchste Instanz für Sachsen ist, alljährlich zusammentritt und aus den Delegirten der Wahlkreise, von denen jeder vier derselben senden kann, sowie aus den sächsischen Land- und Reichstags-Abgeordneten, dem Zentralkomitee und je einem Mitgliede der vier Agitationskomitees besteht.

Den Agitationskomitees stehen die Angelegenheiten ihres Bezirks, dem Zentralkomitee die für ganz Sachsen und die Ausführung der Beschlüsse der Landesversammlung zu. Jede finanzielle Inanspruchnahme des Parteivorstandes — zu welchem Zwecke es auch sei — bedarf der Zustimmung des Zentralkomitees. Ferner ist es von allen polizeilichen und gerichtlichen Schritten gegen Parteigenossen zu unterrichten und hat eventuell für Rechtsschutz zu sorgen. Alle Aufwendungen des Zentralkomitees sind von den Agitationsbezirken im Verhältniß zu deren Leistungsfähigkeit zu tragen.

Aus der Rheinpfalz wird uns geschrieben: Die sozialdemokratische Partei der Pfalz ist in den letzten Tagen außerordentlich regsam gewesen. In fast allen größeren Orten, darunter sehr vielen ländlichen, wurden Versammlungen abgehalten, wo man zu den Tagesfragen Stellung nahm und namentlich über eine Neuorganisation der Partei verhandelte. Die im vorigen Jahre auf dem Parteitage der bayerischen Sozialdemokratie zu Würzburg beschlossene Neuorganisation ist hier nirgends auf Widerspruch gestoßen. Man hat den Vorschlägen des Parteitages bedingungslos zugestimmt und sich mit dem Sitze in Ludwigshafen einverstanden erklärt. Es ist somit die Organisationsfrage, von welcher die Gegner gehofft hatten, daß sie zu einer Spaltung der „jenseitigen" und der pfälzischen Sozialdemokratie führen würde, auf die glücklichste Weise zum Abschluß gebracht. Von einer Differenz zwischen den Ludwigshafener und den Kaiserslauterer Parteigenossen, von welcher besonders nach dem pfälzischen Parteitage nationalliberale Blätter sehr viel zu erzählen wußten, ist gegenwärtig keine Rede mehr. Die Meinungsverschiedenheiten, die über die Frage der Gründung eines besonderen Parteiorgans für die hinterpfälzischen Genossen zwischen diesen und den Führern der vorderpfälzischen Sozialdemokratie entstanden waren, sind vollständig beigelegt. Unsere Kaiserslauterer Genossen haben sich der besseren Einsicht eben gefügt, nachdem ihnen nachgewiesen worden ist, welch enorme Opfer an Geld die Gründung und Erhaltung eines gut geleiteten und den heutigen Anforderungen entsprechenden Organs erfordert. So, in allen Fragen einig und in jeder Beziehung gerüstet, können wir den gegen Ende des ersten Halbjahres vorzunehmenden Landtagswahlen frohen Muthes entgegensehen!

Der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend hatte am Schlusse des vorigen Jahres 388 Mitglieder, davon waren 188 in demselben Zeitraum neu aufgenommen. Gegen das Jahr 1896 hat der Verein um 55 Mitglieder zugenommen. Dem Berufe nach waren 62 Mitglieder Metallarbeiter, 58 Holzarbeiter, 41 ungelernte Arbeiter, 28 Zigarrenmacher, 23 Schneider, 19 Zimmerer, 18 Schuhmacher, 10 Maurer, je 9 Müller und Hutmacher, je 8 Töpfer und Buchdrucker, je 7 Kaufleute und Böttcher ꝛc. Die Einnahme betrug (einschließlich 103,94 M. früheren Bestandes) 809,67 M., die Ausgabe 728,93 M., der Ueberschuß 80,74 M.

Der Sozialdemokratische Verein in München hat zur Zeit 1550 Mitglieder. Davon üben 294 ihren bürgerlichen Beruf selbstständig aus (darunter befinden sich 59 Kaufleute und Händler und 63 Gastwirthe). Von den im Lohnverhältniß stehenden Mitgliedern gehören 376 der Metallindustrie an, 282 der Erd-, Stein- und Farbenindustrie (darunter 155 Maurer), 218 der Holzindustrie (darunter 152 Tischler), 111 den polygraphischen Gewerben (darunter 70 Buchdrucker); nicht gewerbliche Arbeiter hat der Verein ebenfalls 111. Die übrigen Gewerbskategorien sind, mit Ausnahme der Lederarbeiter, die 75 Mann stark sind (darunter 20 Schuhmacher), mit weniger als je 50 Mitgliedern vertreten.

Todtenliste der Partei. In New-York wurde am 17. Januar im Wasser die Leiche eines Mannes aufgefunden, bei welcher sich neben anderen Papieren eine Mitgliedskarte der Brooklyner Partei-Organisation befand, die am 12. November 1898 auf den Namen des Buchbinders Gustav Saevekе ausgestellt worden war. Mit Hilfe der Polizei ermittelte man, daß der Todte mit dem Genannten identisch war. Saevekе wurde am 21. März 1848 in Berlin geboren. In Deutschland nahm er an der Arbeiterbewegung hervorragenden Antheil und redigirte längere Zeit die „Chemnitzer Freie Presse", als deren Redakteur er am 10. August 1876 in geheimer Gerichtsverhandlung wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt wurde. Diese Vergehen wurden in zwei Artikeln, überschrieben: „Corso" und „Himmelfahrt" gefunden, die in den „Chemnitzer Raketen", einer Beilage der „Freien Presse", veröffentlicht worden waren. Zwei Jahre nach Verbüßung der Strafe wurde Saevekе aus Hamburg ausgewiesen, wohin er sich gewandt hatte. Er kam dann mit anderen Opfern des Sozialistengesetzes nach Amerika und betheiligte sich hier an der sozialistischen Bewegung. Mehrere Jahre war er als Parteikolporteur thätig. Saevekе ist allem Anschein nach das Opfer eines Unglücksfalls geworden. Er hinterläßt eine Wittwe in gesegneten Umständen.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Vom „fliegenden Gerichtsstand" der Presse.** Der Graf v. Bassewitz-Behr in Lützow bei Gadebusch in Mecklenburg hatte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung", Genossen Starosson, Privatklage wegen angeblicher Beleidigung angestrengt. Das Amtsgericht in Gadebusch erklärte sich aber für unzuständig und lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, zugleich dem Grafen die Kosten auferlegend. Das Gericht begründete seinen Spruch wie folgt:

„Wie gerichtskundig, geschieht die Herausgabe der Zeitung in Rostock und wohnt daselbst auch der Beschuldigte. Der Privatkläger behauptet nun, wie es auch gerichtskundig ist, daß auch in Gadebusch die Zeitung mehrfach gehalten wird, und will hieraus die Zuständigkeit des großherzoglichen Amtsgerichts Gadebusch für die erhobene Privatklage herleiten. Es handelt sich somit um die Entscheidung der Frage über den sogenannten fliegenden Gerichtsstand der Presse. Wie bekannt, ist dieselbe eine vielfach verhandelte Kontroverse und ist insbesondere von dem Reichsgericht angenommen, daß ein Gerichtsstand als der der Begehung überall dort begründet sei, wohin die betreffende Druckschrift gelange. Das Amtsgericht schließt sich jedoch dem von vielen Rechtslehrern (so von Liszt [Lehrbuch des Strafrechts], Löwe, Strafprozeßordnung und die daselbst zitirten) vertretenen Standpunkt an, daß als Ort der Begehung nur der anzusehen sei, an welchem die Zeitung herausgegeben wird zu ihrer Veröffentlichung, indem die gegentheilige Ansicht zu der abnormen Konsequenz führen würde, daß für ein Delikt eine Unsumme von Gerichtsständen begründet sei und insbesondere auch an Orten, an welche das Preßerzeugniß zufällig, ja gegen den Willen des Redakteurs gelangt.

Ist somit von diesem Standpunkt auch das Amtsgericht Gadebusch unzuständig, so war auch seine Zuständigkeit nicht in anderer Weise begründet, da auch der Wohnsitz des Beschuldigten nicht in diesem Bezirk ist."

Gleichviel ob das Landgericht diesem Erkenntniß beipflichten würde — es ist erfreulich, daß sich ab und zu immer noch Richter finden, die den Muth haben, einer verfehlten Interpretation des Reichsgerichts entgegenzutreten.

— **Eine dreimonatige Gefängnißstrafe,** die ihm wegen Beleidigung eines Bauernguts besitzers und eines Maurermeisters zuerkannt worden ist, hat am 30. Januar der Redakteur des „Proletariers aus dem Erzgebirge", Genosse Franz Feldmann in Langenbielau, angetreten. Möge die Haft seine Gesundheit nicht schädigen!

— **Wegen Beleidigung** eines Bäckermeisters wurde Frau Steinbach in Hamburg vom Landgericht zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— **Ein originelles Strafmandat** hat die Polizeidirektion in Dresden einem Arbeiter zugesandt. Derselbe soll 20 M. bezahlen, weil er in einer Versammlung dem überwachenden Beamten Zigarrenrauch ins Gesicht geblasen und dadurch „öffentliches Aergerniß" erregt habe. Bemerkt sei, daß jener Beamte die Versammlung wegen dieser Rauchgeschichte ohne Weiteres aufgelöst hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus der Eisengießerei von Wolter berichteten wir in Nr. 24 des „Vorwärts" nach einer uns zugegangenen Mittheilung über einige Differenzen. Wir erhalten hierauf von Herrn Wolter folgende Berichtigung:

Unter der Rubrik „Gewerkschaftliches" bringen Sie einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wie die Unternehmer Vereinbarungen halten". Dieser Artikel enthält Mittheilungen über Vorgänge in meiner Fabrik, welche auf irrigen Angaben beruhen. Die Sache verhält sich wie folgt:

Am Sonnabend, den 21. cr., erschien in meinem Komptoir eine Abordnung meiner Former, welche die Forderung stellte, es solle in Zukunft jedes Stück Arbeit, welches sich erst beim Bearbeiten (also nach dem Verlassen der Fabrik) als Ausschuß herausstellte, dem Former nicht mehr abgezogen werden dürfen. Gleichzeitig forderten sie die Bezahlung zweier Ausschußstücke, welche am Tage zuvor von einem Kunden retournirt waren, an die betheiligten Former, eine Kolonne von 4 Mann.

Die erste Forderung lehnte ich ohne Weiteres ab, wegen der zweiten versuchte ich mich mit den Leuten zu einigen, da die betreffenden Stücke leider schon zerschlagen waren und sich somit die genaue Ursache des Fehlgusses nicht mehr feststellen ließ. Nachdem mir von dem Meister die Mittheilung gemacht war, daß er etwas mattes Eisen zu den beiden Stücken gegeben hätte und daher die Möglichkeit den Ausschuß darauf zurückzuführen vorhanden war, bewilligte ich am Montag, den 23. Januar, die volle Zahlung für den Ausschuß und zwar ohne die betreffenden Former deshalb zu entlassen. Die Angelegenheit war somit schon am Montag, den 23. Januar, erledigt.

Deutsches Reich.

„Streikpostenstehen — grober Unfug?" Das Oberlandesgericht in Hamburg verhandelte gegen fünf Bauarbeiter, welche aus Anlaß eines Streiks von der Lübecker Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Herrn Hoppenstedt zu je 5 Tagen Haft wegen des bekannten Reats verurtheilt waren. Drei Angeklagte erzielten eine Aufhebung des Lübecker Urtheils, also Freisprechung, bezüglich der Angeklagten Lowack und Scheel wurde auf Zurückverweisung an die Vorinstanz erkannt, um festzustellen, ob ein Menschenauflauf stattgefunden habe.

Eine recht ernste Differenz ist zwischen den Hamburger organisirten Schauerleuten und deren Arbeitgebern, den Stauern und Rhedern, wegen des von den Arbeitgebern eingerichteten Arbeitsnachweises ausgebrochen. Die Arbeiter fürchten, daß der durchaus einseitig organisirte Arbeitsnachweis ihnen ein Maßregelungs-Bureau werden dürfte. Sie dringen darauf, daß die Beschwerdekommission des Arbeitsnachweises, die nach dem von den Arbeitgebern ausgearbeiteten Statut aus je einem Rheder, Schiffsmakler und Stauer, also nur aus Arbeitgebern besteht, vermehrt wird um drei von den Arbeitnehmern gewählte Vertreter. In einer Extraversammlung der Organisation der Schauerleute, die von etwa 2000 Mitgliedern besucht war, ist mit 952 gegen 29 Stimmen beschlossen, den Arbeitsnachweis nicht anzuerkennen. Die anwesenden Schauerleute der Hamburg—Amerika-Linie und die Kohlen-Akkord-Schauerleute, die von der neuen Institution betroffen werden, durften in der Versammlung nicht mit abstimmen. Da die Stauer und der hinter ihnen stehende Arbeitgeber-Verband den Schauerleuten jedoch angedroht haben, daß vom 20. Februar nur solche Schauerleute beschäftigt werden sollen, denen Legitimationskarten vom neuen Arbeitsnachweis ausgestellt sind, und die Arbeiter nach Möglichkeit die ausgebrochenen Streitigkeiten in Güte beilegen möchten, beauftragte die Versammlung den Vorstand der Organisation, dem Verein der Stauer ein anderes Statut für den Arbeitsnachweis zu unterbreiten.

Die Differenzen der Tapezirer bei der Firma Rose u. Ko. in Dortmund sind durch Vermittelung des Gewerkschaftskartells beigelegt.

Der Verband Deutscher Buchdrucker hat mit der Organisation der Prinzipale ein Abkommen getroffen, demzufolge den Arbeitern bezüglich ihrer Zugehörigkeit zum Verbande der deutschen Buchdrucker oder auch zu der von den Prinzipalen errichteten Unterstützungskasse das freie Entschließungsrecht gewahrt werden soll. Die Vereinbarung, die bereits von den Gauvorständen des Gehilfen-Verbandes gutgeheißen ist, hat folgenden Wortlaut:

Leipzig, 12. Dezember 1898.

In gemeinsamer Sitzung der Vertretung des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes Deutscher Buchdrucker wurde heute folgendes Abkommen getroffen:

„In beiderseitigem Interesse wird es als rathsam erachtet, daß weder der Verband auf der einen Seite seinen Mitgliedern verbietet, den Prinzipalskassen anzugehören, noch auf der andern Seite der Deutsche Buchdruckerverein seine Mitglieder auffordern soll, Gehilfen nur zu beschäftigen, wenn sie zu seinen Kassen steuern, sondern daß auf beiden Seiten den einzelnen Mitgliedern beider Korporationen ihr volles freies Entschließungsrecht gewahrt bleiben soll."

Indem wir Sie bitten, den betheiligten Gehilfen hiervon sofort Kenntniß zu geben, stellen wir beiden Theilen anheim, in nochmalige Verhandlungen einzutreten.

Baensch. Bürenstein. Oldenbourg.
Döblin. Eifler. Rexhäuser.

In Liegnitz haben in der Schuhfabrik von Wieluner nunmehr sämmtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Soziales.

Ergebnisse des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.

Nach der im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung, die auf den Mittheilungen der Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten **Invalidenrenten** bis zum 31. Dezember 1897 296 452, bis zum 31. März 1898 317 095, bis zum 30. Juni 1898 339 075, bis zum 30. September 1898 360 253 und bis zum 31. Dezember 1898 381 275; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen bis zum 31. Dezember 1897 85 593, bis zum 31. März 1898 93 192, bis zum 30. Juni 1898 100 407, bis zum 30. September 1898 107 598 und bis zum 31. Dezember 1898 116 376, sodaß am 1. Januar 1898 210 859, am 1. April 1898 223 903, am 1. Juli 1898 238 668, am 1. Oktober 1898 252 655 und am 1. Januar 1899 264 899 Invalidenrenten liefen.

Die Zahl der bewilligten **Altersrenten** betrug bis zum 31. Dezember 1897 318 409, bis zum 31. März 1898 323 854, bis zum 30. Juni 1898 328 676, bis zum 30. September 1898 333 064 und bis zum 31. Dezember 1898 337 929; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen bis zum 31. Dezember 1897 114 765, bis zum 31. März 1898 120 462, bis zum 30. Juni 1898 126 046, bis zum 30. September 1898 130 980 und bis zum 31. Dezember 1898 136 600, so daß am 1. Januar 1898 203 644, am 1. April 1898 203,392, am 1. Juli 1898 202 630, am 1. Oktober 1898 202 084 und am 1. Januar 1899 201 329 Altersrenten liefen.

Beitragserstattungen sind bewilligt bis zum 31. Dezember 1897 an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 171 892 und an die Hinterbliebenen von Versicherten 41 591, zusammen 212 983, bis zum 31. März 1898 200 205 und 48 116, zusammen 248 321, bis zum 30. Juni 1898 231 601 und 44 824, zusammen 286 425, bis zum 30. September 1898 258 037 und 61 204, zusammen 319 351 und bis zum 31. Dezember 1898 293 374 und 67 361, zusammen 360 735.

Hiernach ist in der Zahl der laufenden Invalidenrenten während des Jahres 1898 wiederum eine ziemlich gleichmäßige, erhebliche Steigerung eingetreten, während die Zahl der laufenden Altersrenten weiter langsam zurückgegangen ist, dergestalt, daß sie am 31. Dezember 1898 bereits um rund 63 000 hinter der Zahl der gleichzeitig laufenden Altersrenten zurückblieb. Die Beitragserstattungen haben gegen das Jahr 1897 eine nicht unbeträchtliche Zunahme erfahren.

Gerichts-Zeitung.

Eine kleine Vorlesung, die der Pantoffelmacher Wilhelm Lindecke an einem November-Abende in seiner Stammkneipe hielt, hat ihm eine Anklage wegen Beschimpfung der christlichen Kirche zugezogen, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Der Angeklagte war im Besitze eines atheistischen Buches, aus dem er einige besonders markante Stellen verlas. Einige Denunzianten nahmen daran Aergerniß, sie brachten den Vorleser zur Anzeige. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von zehn Tagen.

Einhundertundzwanzig Expedienten der Berliner Viehkommissionäre standen gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II als Kläger dem verantwortlichen Redakteur der „Berliner Volks-Zeitung", Herrn Schriftsteller Holdheim, gegenüber. In der „Volks-Zeitung" wurde zu der Zeit, als der Mörder der Günther vergeblich gesucht wurde, eine Notiz veröffentlicht, nach welcher ein „Viehtreiber Emil Linke" der Mörder sein solle. Die Polizei hat nach demselben auch lange vergeblich gesucht. Es wurde dabei bemerkt, daß es der Polizei schwer werden würde, den Gesuchten zu ermitteln, da sich in den Kreisen der Viehtreiber jeder Verbrecher leicht verbergen könne, da diese ein eigenartiges Völkchen bilden, das umsät von Nord nach Süd, von Ost nach West

zieht, von denen jeder etwas auf dem Kerbholz habe und keiner den andern verrathe. Durch einen Druck- oder Korrekturfehler war der Notiz eine objektiv beleidigende Färbung gegeben worden. Anstatt des Satzes, daß allen Viehtreibern die „sprichwörtliche Spitzbubentreue" gemeinsam sei, war das „sprichwörtliche Spitzbubenthum" gesetzt worden. Die Einleitung des Verfahrens ist früher auf Schwierigkeiten gestoßen, denn der zuständige Amtsrichter Professor Dr. Bornhak hat die Kläger wegen mangelnder Aktivlegitimation mehrfach abgewiesen und ist erst durch Beschwerde zu einem Eingehen auf die Klage genöthigt worden. Infolge dessen wurde Dr. Bornhak in einem früheren Termin von Seiten des Vertreters der Kläger perhorreszirt. Gestern saß Dr. Bornhak wieder vor. Rechtsanwalt Dr. Lubczinski suchte als Vertheidiger des Beklagten geltend zu machen, daß den Klägern die Aktivlegitimation mangele, da dieselben nicht „Viehtreiber", sondern „Arbeitgeber der Viehtreiber" seien. Die anwesenden Kläger erklärten sämmtlich, daß sie auch schon Vieh getrieben hätten und daher die Bezeichnung „Viehtreiber" auf sich beziehen könnten und deshalb hielt der Gerichtshof (erst mit Ueberstimmung des Vorsitzenden durch die Schöffen) die Aktiv-Legitimation der Kläger für erbracht und erkannte auf 300 M. Geldstrafe. Die verkündeten Urtheilsgründe gaben dem Vertheidiger Anlaß, sofort die Berufung anzumelden.

Der Posthilfsbote Hermann Hartmann ist gestern von der zweiten Strafkammer am Landgericht II wegen Unterschlagung im Amte zu 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte in Schöneberg zahlreiche Soldatenbriefe unterschlagen und sich den aus Briefmarken bestehenden Inhalt angeeignet.

Als ein dreister „Preßpirat" hat der Handlungskommis Edmund Davidsohn, der gestern unter der Anklage des Betruges und der versuchten Erpressung stand, das Kriminalgerichtsgebäude zum Felde seiner Thätigkeit gemacht. Vor einiger Zeit ist er zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er unter der falschen Behauptung, Berichterstatter zu sein, sich an Angeklagte herangeschlängelt und von ihnen Geld herausgepreßt hat, das angeblich dazu dienen sollte, daß kein Bericht in die Zeitungen käme. Die gestern verhandelte Strafthat lag auf demselben Gebiet, spielte jedoch schon im Jahre 1897. Am 29. Oktober 1897 war ein Versicherungsbeamter H. von einer hiesigen Strafkammer wegen Betruges verurtheilt worden. Nach dem Termin machte sich der Angeklagte auf dem Korridor an ihn heran, zeigte ihm ein Buch mit Notizen, indem er sich für einen Zeitungs-Berichterstatter ausgab und legte ihm nahe, gegen eine Spende von 5 M. sich das Recht zu erkaufen, daß nur der Anfangsbuchstabe seines Namens in dem Berichte wiedergegeben würde. H. opferte zunächst drei Mark und ersuchte den „Berichterstatter", sich den Rest am nächsten Tage aus seiner Wohnung abholen zu wollen. Der Angeklagte war auch pünktlich zur Stelle und erzählte mit einer wahren Gönnermiene, daß es ihm unter großen Anstrengungen gelungen sei, den Bericht ganz zu unterdrücken. Er forderte hierfür aber nochmals 6 M., die H. zu zahlen versprach, sobald er bei Kasse sein würde. Dem Angeklagten dauerte dies zu lange und so richtete er an H. einen Drohbrief, in welchem er ihm in Aussicht stellte, den Bericht noch nachträglich zu veröffentlichen. — Der Gerichtshof hielt das ganze Gebahren des Angeklagten für ein höchst gemeingefährliches und er verurtheilte ihn deshalb zu vier Monaten Gefängniß. — Gegen derartige Preßpiraten scheinen alle Warnungen ebenso unwirksam zu sein, wie gegen Heirathsschwindler, Bauernfänger und Ringnepper. Das Publikum will getäuscht sein, sonst würde es doch wohl endlich gelernt haben, jeden, der unter der Behauptung, Berichterstatter zu sein, sich mit solchen schamlosen Offerten an die Parteien herandrängt, als Schwindler zu erkennen, dessen Festnahme im öffentlichen Interesse nothwendig ist.

Die vor einiger Zeit wegen Kuppelei zu neun Monaten Gefängniß verurtheilte Heirathsvermittlerin Hartert befindet sich, wie wir hören, schon seit einiger Zeit wegen schwerer Erkrankung in einer Privatklinik. Unter diesen Umständen ist an eine Verhandlung des zweiten Theiles ihrer Anklagesache — der Wucherfälle — in absehbarer Zeit noch nicht zu denken.

Wegen schwerer Meuterei im Gefängniß zu Potsdam hatten sich am Montag vor dem dortigen Schwurgericht der Schuhmacher Ludwig Aug. Papke, der Landarbeiter Joh. Ernst Eichelbaum, der Bäckergeselle Rich. Herm. Oertel und der Landarbeiter Paul Ceglarski, sämmtlich in Haft, zu verantworten. Papke ist ein vorbestrafter Einbrecher, der in Berlin und Umgegend Raubzüge unternommen hat. Er hat u. A. bereits eine 10jährige Zuchthausstrafe verbüßt und wurde erst kürzlich wieder zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Auch Eichelbaum ist ein gefährlicher Dieb, der gleichfalls eine mehrjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat. Die anderen beiden Angeklagten verbüßen gleichfalls wegen Diebstahls Gefängnißstrafen. Alle vier lagen im Oktober vorigen Jahres zusammen in Zelle Nr. 14 des Potsdamer Gefängnisses, aus welcher sie am 9. Oktober die Flucht bewerkstelligten, indem sie den Hilfs-Gefangenaufseher Malenz überfielen, Decken über dessen Kopf warfen, ihn an Händen und Füßen banden und mit einem Messer bedrohten. Papke war die treibende Kraft bei dem Komplot. Die Geschworenen bejahten bei Papke und Eichelbaum die Schuldfragen nach schwerer, bei den anderen Angeklagten nach einfacher Meuterei. Papke wurde zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Polizei-Aufsicht, Eichelbaum zu vier Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Polizei-Aufsicht, Oertel und Czeglarski zu je sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Frauen, die von Genossinnen und Genossen sehr zahlreich besucht war, fand am Sonntag Abend im „Kösliner Hof", Köslinerstraße, statt. Sie war von der Frau Mesch einberufen worden, die auch den Vorsitz übernahm. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Der Kampf der Frau um ihre wirthschaftliche und soziale Befreiung". Der Vortragende knüpfte an einige Worte des Reichstags-Abgeordneten Schönaich-Carolath zur Frauenfrage an, um alsdann den Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung zu schildern, der begründet sei in den Klassenunterschieden. Er erwähnte alsdann die von bürgerlicher Seite gemachten Anläufe zur Lösung der Frage, so u. A. auch die Beschlüsse der bereits im Jahre 1869 stattgefundenen Berliner Frauenvereins-Konferenz. Hieran schloß sich eine geschichtliche Schilderung der Abhängigkeit, in der sich die Frau in den verschiedensten Zeiten und Völkern befunden habe. Die kapitalistische Produktionsweise des 19. Jahrhunderts habe auch die Stellung der Frau völlig umgewandelt und es gelte heute, der Frau politische und gesellschaftliche Rechte zu erobern. Die völlige Befreiung der Frau werde erst möglich sein mit dem Siege des Sozialismus. — An den Vortrag, der mit reichem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher die Genossin Mesch die anwesenden Frauen energisch aufforderte, sich an der proletarischen Bewegung zu betheiligen. Mit einem wirkungsvollen Thatsachenmaterial wußte sie die Nothwendigkeit zu beweisen. Auch die Vorgänge im „Berliner Lokal-Anzeiger", die zu dem Streik führten, fanden die gebührende Beleuchtung. Mit einem Appell an die Frauen, nicht länger die unparteiische Presse zu unterstützen, sondern unser Parteiblatt, den „Vorwärts" zu lesen, schloß die gut verlaufene Versammlung, der alsdann noch ein längeres gemüthliches Beisammensein mit Tanzvergnügen folgte.

Der Streik im „Berliner Lokal-Anzeiger" wurde am Montag wieder in zwei Vollsversammlungen besprochen. Die eine derselben tagte im „Kösliner Hof". Der geräumige Saal dieses Lokals war schon frühzeitig gefüllt. Man schaffte die Tische hinaus, und bald war auch der so gewonnene Raum von der hereinfluthenden Volksmenge dicht besetzt. Die Versammelten gaben ihre lebhafte Entrüstung über den vom Referenten Massini gekennzeichneten Scherl'schen Terrorismus zu erkennen; sie stimmten dem Redner zu, als er ausführte, Herr Scherl sei nicht im Stande, den im „Vorwärts" dargelegten Sachverhalt zu widerlegen. Unter brausendem Beifall schloß Massini mit der Bemerkung, es werde durch die Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft gelingen, den Unternehmer Scherl zur Anerkennung des Koalitionsrechtes zu zwingen. Der Sieg komme nicht nur den Buchdruckern, sondern den gesammten Arbeitern zu gute. — Ein Redner machte den Buchdruckern, welche sich durch Unterschrift verpflichteten, dem Verband nicht anzugehören, den Vorwurf der Feigheit, worauf Massini unter allseitiger Zustimmung der Versammelten entgegnete, daß nicht der Arbeiter, welcher, der Noth gehorchend, den Revers unterschreibt, sondern daß der Unternehmer, der in protzenhaftem Uebermuth die Arbeiter zur Preisgabe ihrer Rechte zwingt, eine höchst verwerfliche Handlungsweise begehe.

Nachdem die bekannte Resolution angenommen war, schloß die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Die zweite Versammlung fand im Louisenstädtischen Konzerthause statt. Der Andrang war so stark, daß das Lokal wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt wurde. Das Referat des Buchdruckers Reißmann fand ungetheilten Beifall. Nachdem auch in der Diskussion die Sympathie für die um das Koalitionsrecht kämpfenden Buchdrucker des „Lokal-Anzeiger" zum Ausdruck gebracht worden war, wurde die Resolution angenommen.

Holzarbeiter-Verband. Die Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter nahm am 28. Januar den Jahresbericht des Obmannes entgegen. Es fanden 64 Werkstattsitzungen statt. Beschäftigt waren in diesen Werkstätten 2836 Arbeiter und es erschienen davon 1065. Im deutschen Holzarbeiter-Verband waren 715, im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter 188, im Hirsch-Duncker'schen Gewerkverein 44 organisirt. Die Kommission hielt 24 geschäftliche Sitzungen, 11 Vertrauensmänner-, 4 Branchen- und 2 öffentliche Versammlungen ab. Weiter wurden 8000 Flugblätter und 610 Handzettel vertheilt. Die Agitation war eine rege und die Arbeitslast in der letzten Zeit eine ganz bedeutende. Es war deshalb auch nicht möglich, für alle Werkstätten Sitzungen abzuhalten. Zu größeren Differenzen ist es im Berichtsjahre innerhalb der Branche nicht gekommen. Kleinere Mißstände waren jedoch in den verschiedensten Werkstätten zu erledigen, und wurden dieselben meist zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt. Der Besuch der Vertrauensmänner-Versammlungen war ein stets steigender und erreichte im 3. Quartal die höchste Besuchsziffer von 60 Theilnehmern. Ebenso waren die letzten im 4. Quartal abgehaltenen Versammlungen gut besucht. Nach einem kurzen Appell an die Kollegen, die Interessenlosigkeit abzustreifen und die neue Kommission thatkräftig zu unterstützen, wurde zur Neuwahl der Kommission geschritten. Hierauf berichteten mehrere Redner über Mißstände in den Werkstätten.

Der Verband der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 24. Januar seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende machte bekannt, daß sich das Mitglied Kempke bereit erklärt habe, für Verbandsmitglieder einen Kursus in der Stenographie abzuhalten. Nach einer Uebersicht der Thätigkeit des Verbandes im Jahre 1898 fanden 21 Versammlungen, 39 Sitzungen der Ortsverwaltung und 8 kombinirte Sitzungen statt. Der Mitgliederstand betrug 1386 männliche und 757 weibliche Mitglieder. Der hierauf gegebene Kassenbericht vom 4. Quartal weist für die Zentralkasse eine Einnahme von 6344,70 M. und eine Ausgabe von 1599,44 M. auf. In der Lokalkasse sind 1900,87 M. vereinnahmt und 1154,07 M. verausgabt. Mit einem vorhandenen Bestand beträgt das Vereinsvermögen 2600,60 M. Nach dem Bericht, den Fräulein Oppenkowsky über die Bibliothek gab, schließt diese in Einnahme und Ausgabe mit 43,60 M. ab. Es sind 660 Bände vorhanden, die im vierten Quartal 553 mal entliehen wurden. Der Bericht über den Arbeitsnachweis giebt Folgendes an: Es hatten sich im 4. Quartal 379 männliche und 231 weibliche Personen arbeitslos gemeldet. Diese vertheilen sich auf die folgenden Branchen:

Buchbinderei: 349 männliche, 208 weibliche Personen; Leder- und Papiergalanterie-Branche: 6 männliche, 5 weibliche; Luxuspapierbranche: 1 weibliche; Kartonbranche: 5 männliche, 2 weibliche; diverse Branchen: 2 männliche, 10 weibliche; vom 3. Quartal übernommen: 17 männliche, 4 weibliche Personen. Verlangt wurden in der Buchbinderei: 208 männliche, 234 weibliche; Ledergalanterie: 28 männliche, 6 weibliche; Luxuspapierbranche: 12 männliche, 12 weibliche; Kartonbranche: 8 männliche; diverse Branchen: 27 männliche, 31 weibliche; zusammen 309 männliche, 363 weibliche Personen. Eingestellt wurden in Buchbindereien: 191 männliche, 158 weibliche; Ledergalanterie: 8 männliche; Luxuspapierbranche: 9 männliche, 1 weibliche; Kartonbranche: 2 männliche; diverse Branchen: 8 männliche, 8 weibliche Personen. Zur Aushilfe bis zu 1 Tag wurden verlangt 251 männliche und 1 weibliche Person; eingestellt wurden 207 männliche Personen. Bis zu 2 Tagen wurden verlangt 2 männliche, eingestellt 2 männliche Personen. Bis zu 3 Tagen wurden verlangt: 4 männliche und 1 weibliche Person; eingestellt 3 männliche und 1 weibliche Person. Unter den eingelaufenen Stellen waren 25 von außerhalb gemeldet, wovon 12 besetzt werden konnten.

Die Ortsverwaltung setzt sich folgendermaßen zusammen: Zum Bevollmächtigten wurde Brückner, zum Stellvertreter desselben Thielemann, zum Kassirer Lemser ernannt. Zum Protokollführer Gehrhardt, zum Berichterstatter Conrad, zu Beisitzern die Mitglieder Calo, Jäger und Frau Stoppel bestimmt. Die Bibliotheks-Kommission setzt sich aus den Mitgliedern Paul Hoffmann, Kamplke, Sieber und Fräulein Oppenkowsky zusammen. Zu Hilfskassirern wurden Lenk, Engel, Schönfeld, Wissing, als Ersatzpersonen Nola, Bolt und Hartstock gewählt. Ein Antrag Christian's, die Vergnügungskommission aufzulösen, wird angenommen, ein anderer, auf Verstärkung der Ortsverwaltung um zwei Personen, dagegen vertagt.

Mit der Bekanntgabe des Resultats der Urabstimmung, die ergiebt, daß die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen für Verlegung des Versammlungstages auf Dienstag ist, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Maurer der zentralen Richtung hielten am Montag eine sehr stark besuchte Versammlung bei Keller, Koppenstraße, ab, in der zunächst Fritzsch den Geschäftsbericht der Lohnkommission vom verflossenen Jahre erstattete. Der Redner schilderte in eingehender Weise den Verlauf der vorjährigen Lohnbewegung und bezeichnete das Resultat derselben als ein nach jeder Richtung hin recht günstiges. Außer den ansehnlichen Erfolgen bei der Lohnbewegung sind auch auf dem Gebiete der Organisation erhebliche Fortschritte erzielt worden. In den Berliner Filialen des Verbandes deutscher Maurer und der nächsten Vororte sind zur Zeit 6335 Maurer organisirt. Die Betheiligung an den Sammlungen zum Streikfonds war eine sehr rege. Von der Kommission wurden insgesammt 8080 Sammelkarten verausgabt. Von diesen konnten bis jetzt ca. 6000, deren Inhaber also regelrecht gesteuert haben, mit dem Schlußstempel versehen werden. Versammlungen, die sich mit der Lohnbewegung zu befassen hatten, haben seit dem 12. Mai 10 stattgefunden. Außerdem wurden 8 Baudeputirten-Sitzungen, 16 Sitzungen der Lohnkommission und 14 größere Sitzungen zur Erledigung der Geschäfte abgehalten. In 12 Auflagen wurden Flugblätter an die Maurer verbreitet. Nach der Abrechnung, die der Kassirer C. Panser gab und die zusammen mit dem Geschäftsbericht den Versammelten gedruckt vorlag, betrugen die Einnahmen in der Zeit vom 12. Mai bis 31. Dezember 1898 inkl. 2800 M. aus dem alten Fonds insgesammt 64 324,35 M. Hierbei sind die Verbandsbeiträge, die pro 1898 eine Einnahme von 34 789,04 M. ergeben, nicht mit einbegriffen. Die Ausgaben aus dem Streikfonds betrugen seit dem 12. Mai bis 31. Dezember 1898: für Bausperren 19 584,10 M., Maßregelungen 2203,50 M., Unterstützung für die Bauarbeiter 203,65 M., Prozeßkosten und Unterstützung an die Familien Inhaftirter 3889,98 M. und für den Zentral-Streikfonds der deutschen Maurer 2000 M., insgesammt 35 925,88 M. Es war mithin am 1. Jan. ein Bestand von 28 398,47 M. vorhanden. Hierauf berichteten P. Winzler und H. Zöllner über ihre Thätigkeit als Revisoren und bekundeten, daß die Abrechnung richtig und sich beim Kassirer und bei den übrigen Beitragssammlern Alles in bester Ordnung befunden hat. Gegen den früheren Beitragssammler für den Süd-Osten, den Maurer W. Hahn, der eine Summe für kassirte Beiträge veruntreut hat, soll auf Beschluß der Versammlung gerichtlich vorgegangen werden. In die Lohnkommission wählte die Versammlung sodann für Berlin: C. Panser als Obmann, W. Schulz als Kassirer, P. Winzler und Fräderich. Als Revisoren wurden E. Lehmann und Thöns gewählt. Die Neuwahl der Beitragssammler ergab folgendes Resultat: Norden: Finger, Wedding: Fr. Schulz, Oranienburger Vorstadt: K. Strauß, Westen: Schugk, Nord-Westen: Fr. Huhoff, Osten: K. Dürre, Nord-Osten: Grabke, Süden: E. Schulz, Süd-Osten: L. Thurau, Schöneberg: K. Henkel; Friedrichsberg: W. Blankenburg.

Die Bureaustunden der Lohnkommission wurden von 8 bis 2 und 5 bis 8 Uhr festgesetzt. Jedoch werden auch innerhalb der Pause etwa dringliche Angelegenheiten von der Kommission erledigt. Das Sammeln zum Streikfonds, ebenso wie die Arbeitslosen-Kontrolle beginnt in der Woche vom 13. bis 18. Februar. Neue Sammelkarten gelangen bereits jetzt zur Ausgabe. Der wöchentliche Beitrag zum Streikfonds wurde auf 25 Pfg. festgesetzt. Nachdem beschlossen worden war, die Berathung über die einzuschlagende Taktik bei der diesjährigen Lohnbewegung und noch einige geschäftliche Angelegenheiten bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, referirte der Buchdrucker Faber über den Ausstand seiner Kollegen in der Offizin des „Berliner Lokal-Anzeiger". Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den ausgesperrten und ausständigen Buchdruckern solidarisch erklärt und das Vorgehen des Herrn Scherl auf das entschiedenste verurtheilt. Nachdem noch beschlossen worden war, den ausständigen Webern in Krefeld aus dem Streikfonds 1000 M. zu überweisen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Glasschleifer tagten am 30. Januar im Englischen Garten, um einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil über „die Gefährdung des Koalitionsrechts" zu hören. Der Referent führte eingehend die Geschichte des Koalitionsrechts vor. Er kam zu dem Schluß, daß es weniger an der Stärke des Unternehmerthums liege, wenn die großen Streiks verloren würden, als an der ungenügenden Organisation der Arbeiter. Namentlich sei die unorganisirte Arbeiterschaft der Provinz die größte Gefahr, da sie in Unkenntniß der wirthschaftlichen Verhältnisse der Großstadtarbeiter diese fortwährend unterbiete und ihr in den Rücken falle. Eine der Hauptaufgaben der Arbeiterschaft müsse also die Agitation in den Industrieorten der Provinz sein. Nach dem eindringlichen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, gab Lösch einen Bericht über die Entstehung des Streiks bei der Firma Melcher. Es sollte Schreibschrift aus zu schwachem Glas geschliffen werden. Dabei hätte es soviel Bruch gegeben, daß sie zwei bis dreimal hätte geschliffen werden müssen. Er habe dickeres Glas gewünscht, sei aber kurz abgewiesen und sammt dem Kollegen Mager entlassen worden. Darauf hätten sich die beiden anderen Arbeiter der Firma mit ihnen solidarisch erklärt. Vor der Einigungskommission sei festgestellt worden, daß Herr Melcher ihn und Mager auf jeden Fall los sein wollte, da sie auf feste Preise hielten. Die vorgelegte Arbeit sei allerdings zu schleifen gewesen; doch sei es nicht unmöglich, daß Herr Melcher inzwischen das Material gewechselt habe. Girbig meinte, daß die Unternehmer die Spitzen der Organisation aus der Arbeit drängen wollen, Herr Melcher mache nur den Anfang; darum müsse Alles aufgeboten werden, daß die beiden Gemaßregelten wieder eingestellt würden. Lösch führte an, daß nur einer zu unterstützen sei, da zwei nach außerhalb und einer hier sofort in Stellung gehen könnten. Ein Antrag, nochmals eine Verhandlung anzuknüpfen, wurde abgelehnt, da die Arbeiter dem Fabrikanten weit genug entgegengekommen seien. Einstimmig wurde beschlossen, über die Firma Melcher die Sperre zu verhängen. Zum Schluß wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die letzten Vorkommnisse endlich alle Kollegen und Arbeiter veranlassen werden, den „Lokal-Anzeiger" nicht mehr zu lesen.

Friedrichsberg. Am 24. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Richard Fischer die politische Lage besprach. In der Diskussion wies Schulze auf das Mißverhältniß zwischen den bei der Reichstagswahl für unseren Kandidaten abgegebenen Stimmen und den dem Wahlverein angehörenden Personen hin. Liepe legte der Versammlung seinen Standpunkt dem „Lokal-Anzeiger" gegenüber dar und erinnerte daran, welche Rolle das Blatt seiner Zeit nach der Versammlung der Arbeitslosen im Friedrichshain gespielt hat, wie der „Lokal-Anzeiger" überhaupt in jeder Arbeiterfrage nichtachtend urtheilt, so daß ein ehrlicher Arbeiter sich mit Abscheu von dem Blatte abwenden müsse.

Charlottenburg. Im hiesigen Verband der Maurer sprach am 22. Januar Maurer Silberschmidt über die Lohnbewegung im vorigen Jahre. Aus der Abrechnung war zu entnehmen, daß im 4. Quartal 1684,60 M. an die Hauptkasse abgesandt sind und der Ueberschuß im Quartal 311,74 M. beträgt. Die Zahl der Mitglieder ist auf 792 gestiegen. Zu Delegirten für die Brandenburger Konferenz wählte die Versammlung Schulze und Schönborn. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Buder ehrte man in der üblichen Weise. Den Krefelder Webern wurden 50 Mark überwiesen.

Spandau. Die Brauer und Brauerei-Arbeiter nahmen in einer Versammlung, die am 22. Januar hier tagte, den Bericht über das Gewerkschaftskartell entgegen. Die Gewerkschaft hat im letzten Jahre 315 M. durch freiwillige Sammlungen aufgebracht. Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung wurde Lorenz zum Delegirten und Klokow zum Stellvertreter für das Gewerkschaftskartell gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 31. Januar. (W. H.) Eine **Schneelawine** verschüttete einen Bergführer und vier Soldaten, welche das Fort auf dem Predil bei Graz verproviantiren wollten. Alle fünf Personen wurden gerettet, aber erst nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten.

Wien, 31. Januar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Nach einer etwa zweistündigen wörtlichen Verlesung der eingebrachten Interpellationen und Anträge schreitet der Präsident zum Schlusse der Sitzung. Ueber die Tagesordnung der nächsten Sitzung entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Abg. Dr. Groß nimmt den Antrag Daszinski wieder auf, wonach der Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten betreffend die Aufhebung des § 14 sofort verhandelt werden soll. Die Abgg. Dr. Kaiser und Dr. Groß erklären namens ihrer Parteien, daß die Abstimmung über den Vorschlag des Präsidenten geschäftsordnungswidrig sei, weshalb sie nicht theilnehmen könnten. Die deutsche Linke verläßt darauf den Saal.

In der Abendsitzung verhandelte das Haus über den Beschluß des Herrenhauses, nach welchem das **Dienergesetz** mit dem Tage einer Bekanntmachung in Kraft treten soll. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Minorität, nach welchem das Gesetz mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1899 an in Kraft treten soll, mit 150 gegen 149 Stimmen angenommen. Das Ergebniß der Abstimmung wurde von der Linken mit großem Beifall aufgenommen.

Budapest, 31. Januar. (W. H.) Die neue **Kabinetsbildung** wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, erst **Ende Februar** erfolgen.

Budapest, 31. Januar. (W. H.) Es verlautet, die Opposition mache neue **Schwierigkeiten,** indem sie die Revision der Geschäftsordnung nicht bewilligen will.

Warschau, 31. Januar. (W. H.) Bei den vorgestern Nacht stattgefundenen **polizeilichen Haussuchungen** wurden viele kompromittirende Schriften beschlagnahmt und mehrere Personen verhaftet. Die Paßvorschriften sind wesentlich verschärft worden.

Paris, 31. Januar. (W. T. B.) Der Senat nahm das **italienisch-französische Handelsübereinkommen** mit 248 gegen 4 Stimmen an. — Der Senat nimmt ferner den Gesetzentwurf an betreffend Genehmigung eines Uebereinkommens, durch welches mehrere Punkte des **internationalen Privatrechts** zwischen Frankreich, Deutschland, Rußland, Dänemark, Spanien, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz geregelt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

22. Sitzung, Dienstag, 31. Januar 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Frhr. v. Thielmann, Tirpitz, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des von den Abgg. Bachem (Z.), Münch-Ferber (natl.) eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die **Abänderung des Zolltarifs**: Im Interesse der Veredelungsindustrie sollen ungemusterte, taffetartige Gewebe aus Seide des Maulbeerspinners ohne jede Beimischung von Floretseide oder von Seide des Eichenspinners oder von anderen Spinnstoffen und beiderseitig mit festen Kanten gewebt, roh, auch abgekocht (gebleicht) pro 100 Kilogramm mit 300 M. verzollt werden, was eine Ermäßigung von 300 bezw. 500 M. bedeutet.

Abg. **Münch-Ferber** (natl.) begründet den Antrag in Hinsicht auf die schwere Krisis, unter der die Textilindustrie jetzt zu leiden habe; es müsse durchaus etwas geschehen, um unsere Veredelungsindustrie zu heben.

Abg. **Bachem** (Z.) spricht sich in demselben Sinne aus und hofft auf baldige Annahme des Antrags durch den Bundesrath.

Abg. **v. Kardorff** wünscht durchaus gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Aber man müsse die äußere Politik durchaus von der Wirthschaftspolitik trennen, und daher sei bei solchen Zollermäßigungen Vorsicht geboten.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Die Resolution Münch-Ferber wird angenommen, ebenso der Antrag Bachem in der darauf folgenden debattelosen zweiten Lesung.

Es folgt die zweite Etatsberathung, beginnend mit dem **Kiautschou-Etat**, der eine Höhe von 8½ Mill. aufweist (3½ Mill. mehr als im Vorjahr).

Staatssekretär Tirpitz

spricht über die Bedeutung Kiautschou's in militärmaritimer Hinsicht. Für die Verwaltung seien hauptsächlich wirthschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Hongkong habe schon 50 Jahre kolonialer Arbeit hinter sich. Kiautschou müsse sich erst seinen Platz in Ostasien erringen. Noch 18 Jahre nach der Erwerbung Hongkongs haben die „Times" gegen diesen Besitz polemisirt, jetzt aber ist dies ein Platz ersten Ranges. Wir wollen auch Kiautschou erstlinig zu einem Handelshafen machen. Dazu bedarf es aber einer gewissen Zeit; Uebereilung kann da nur schaden. Die größtmögliche Handels- und Gewerbefreiheit ist für Kiautschou gesichert; das ganze Gebiet ist ein Freihafen. Bei der von uns befolgten Landpolitik ist das fiskalische Interesse keineswegs in den Vordergrund geschoben; trotzdem sind da Reichseinnahmen nicht ausgeschlossen. Wir sind vom englischen Verfahren bei der Bodenvergebung abgewichen, und steigende Erträge sind wohl zu erwarten. Den Missionsgesellschaften gegenüber fußen wir auf dem Boden vollständiger Parität; wir überlassen ihnen unentgeltlich Schul- und Kirchenbaugründe. Auch für sanitäre Maßregeln ist viel geschehen, wenn freilich die sanitären Verhältnisse dort nicht günstig liegen. Aber Tsintau ist dem Südwestwinde ausgesetzt und günstiger gelegen, als irgend eine chinesische Stadt. Handel und Industrie sind schon reichlich in Kiautschou eingeströmt. Kiautschou ist im Wesentlichen ein Umladeplatz nach den Adern des Landverkehrs, die künftig durch Eisenbahnen werden erschlossen werden. Nach den neuesten Nachrichten sind auch in größerer Nähe, als wir angenommen hatten, größere Kohlenlager entdeckt worden. Das in Kiautschou hineingesteckte Geld wird sich jedenfalls voll rentieren, nur darf man den Erfolg nicht von heute auf morgen erwarten.

Abg. **Bebel** (Soz.):

Alles was wir von Herrn Tirpitz bisher über Kiautschou gehört haben, sieht nicht sehr Hoffnung erweckend aus. Er hat sich ja selbst über die Qualitäten der Kolonie sehr zurückhaltend ausgesprochen und man wird abwarten, ob sich die Hoffnungen erfüllen werden. Daß jene Gegenden sehr bevölkert sind, ist mir zwar bekannt; aber ich wüßte nicht, worin ihr Reichthum bestehen soll. Was haben wir denn von den handelspolitischen Verbindungen dort zu erwarten? Nach meiner Ansicht haben wir nur dann etwas zu erwarten, wenn sich dort im Lande ein prinzipieller Umschwung in den Verhältnissen vollzieht. Dann würden zweifellos die deutschen Unternehmer große Vortheile haben. Ob auch die deutschen Arbeiter, das steht auf einem anderen Blatt, durch die Unterstützung der deutschen Kapitalisten könnte dort leicht eine mächtige Konkurrenz für die Industrie des alten Europa's entstehen. Wir haben also keinen Grund, mit allzu frohen Hoffnungen der Entwickelung der Dinge dort entgegen zu sehen. — Ueber die sanitären Verhältnisse der Kolonie hat sich der Herr Staatssekretär heut etwas pessimistischer ausgesprochen, als es die Denkschrift that. Dort hieß es: Die sanitären Verhältnisse seien ziemlich günstig. Heut sagte Herr Tirpitz, sie seien nicht günstig. Erst wenn eine größere europäische Kolonie sich dort niedergelassen hat, dann könnte die damit verbundene Kulturarbeit eine Besserung der sanitären Verhältnisse herbeiführen. Danach dürfte es also ziemlich richtig sein, daß der Gesundheitszustand der dortigen Truppen keineswegs der günstigste ist und daß dort Todesfälle über das Normale heraus vorgekommen sind. — Soll die wirthschaftliche Entwickelung der Kolonie im großen Maßstabe vor sich gehen, dann müßten dort ganz andere Maßnahmen getroffen werden, als es bisher geschehen ist. Bisher hat sich auch in Kiautschou der Militarismus und Bureaukratismus übermäßig breit gemacht, während z. B. in der englischen Kolonie Wei-hei-wai sich sehr bald eine rege Bauthätigkeit entwickelt hatte, dauerte es in Kiautschou sehr lange, bis jemand überhaupt einen Bauplatz bekommen konnte. Ferner ist es sehr charakteristisch, daß eine der ersten Handlungen der dortigen Verwaltung die bekannte Hundeverordnung war. Weiter ist auch sehr mit Recht darüber gespottet worden, daß jeder Fremde dort verpflichtet ist, sich sofort polizeilich anzumelden. Natürlich erregte das bei den vielen Fremden das allergrößte und unangenehmste Aufsehen.

Schließlich möchte ich den Herrn Staatssekretär noch wegen eines Punktes um Aufklärung bitten; in den Motiven heißt es: Kiautschou soll als wirthschaftlicher und maritimer Stützpunkt dienen. Was heißt maritimer Stützpunkt? Dieser Begriff scheint mir etwas sehr dehnbar zu sein. Soll maritimer Stützpunkt nur bedeuten, daß es sich hier um eine Flottenstation handelt, auf der die deutschen Kriegsschiffe Reparaturen vornehmen und Kohlen einnehmen sollen, oder ist beabsichtigt, daß sich Kiautschou allmälig zu einem **Kriegshafen** entwickelt? Gegen die erstere Annahme spricht schon die gegenwärtige Besatzung, die für einen solchen Zweck viel zu groß ist. Zur Zeit besteht dieselbe aus 2150 Mann, für die eine zweijährige Ablösung vorgesehen ist. Die Unterhaltungskosten für diese Mannschaften sollen fast eine Million betragen. Das ist eine ganz gewaltige Summe! Und wenn die Garnison doch den einzigen Zweck haben soll, um etwaige Aufstände der Eingeborenen niederzuschlagen, so genügen nach den Erfahrungen, die wir bisher mit der chinesischen Besatzung gemacht haben, dazu 400—500 Mann. Wenn übrigens Kiautschou vernünftig verwaltet wird, und auch die einheimischen Kolonisten anständig behandelt werden, dann wird die eingeborene Bevölkerung gar keine Neigung verspüren, gegen die deutschen Besatzungen zu revoltiren. Soll aber die Kolonie vielleicht eine Art Ausfallsthor werden, um gegebenenfalls noch weitere Unternehmungen ähnlicher Art zu begünstigen, dann genügt wieder die gegenwärtige Besatzung nicht. Auch in etwaigen Verwickelungen zwischen England und Rußland in Ostasien, an die ich zwar nicht glaube, wird sich eine solche Besatzung wohl hüten, eine Rolle zu spielen, in einem solchen Falle käme es für sie nur darauf an, allerstrengste Neutralität zu wahren. Weiter kommt Folgendes hinzu: Sollte Kiautschou als Kriegshafen gemacht sein, dann würden wir dort weit mehr Soldaten und Schiffe brauchen. Und da die erst vor Kurzem bewilligte Schlachtflotte bekanntermaßen die Hauptaufgabe haben soll, die Ost- und Nordseeküste gegen einen herbeieilenden Feind zu schützen, würden wir auf diese Weise sofort wieder in die Lage kommen, eine zweite, nunmehr eine Hochsee-Schlachtflotte zu bewilligen. Der Reichstag hat also alle Ursache, nach dieser Richtung hin sich vor Ueberrumpelungen zu sichern und von der Regierung klare Auskunft zu verlangen, welchen Zwecken Kiautschou dienen soll. Der ganze deutsche Flottenverein hätte doch gar keinen Sinn, wenn nicht hinter den vorhandenen Flottenplänen noch weitere steckten. Und gerade an die Erwerbung von Kiautschou knüpfen sich diese Flottenpläne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Tirpitz:

Herr Bebel meinte, Kiautschou könne der Industrie Europa's gefährlich werden. Ich bin nicht im Stande, darauf zu antworten. Ich betone nur, daß, wenn wir Kiautschou nicht genommen hätten, andere Staaten dies gethan hätten. Man braucht ferner nur auf die Entwickelung Englands zu sehen. England ist wie wir vorgegangen und ist dadurch in seiner Wohlhabenheit erstarkt. Ob es gerade zeitgemäß ist, zu beanspruchen, daß alle Vortheile unmittelbar in die Taschen der Arbeiter fließen sollen, und ob es nicht richtiger ist, sich damit zu begnügen, daß auf indirekte Weise die Lebenshaltung unserer Arbeiter verbessert wird, möchte ich der Beurtheilung des hohen Hauses anheim geben. Ich glaube, daß Kiautschou auch einer der Faktoren sein wird, welche die Wohlhabenheit Deutschlands heben werden. Wir müssen das Alles nur weiteren Zeiträumen überlassen.

Nun will ich noch auf einige Spezialpunkte erwidern. Herr Bebel bemängelte das Maulkorbgesetz. Aber wenn die Hunde toll werden, so müssen sie einen Maulkorb bekommen. Was die polizeilichen Anmeldungen anlangt, so hat diese Maßregel sich lediglich auf die Zeit vor Eröffnung des Hafens erstreckt, und da auch lediglich gegen Kneipenbesitzer, die die günstige Gelegenheit ausnutzen wollten und dem Gouvernement unbequem wurden.

Was die Frage anlangt, ob Kiautschou einen Ausgangspunkt für die Weltpolitik abgeben soll, so kann ich darüber gar keine Auskunft ertheilen. Es handelt sich hier einfach um ein Augenblicksbedürfniß, **das zeigt ja schon die maßvolle Art unseres Vorgehens.**

Abg. Graf **Oriola** (nat.-lib.):

Herr Bebel wird hier im Reichstage ja keine Wirkung ausüben; vielleicht aber wird er seinen Zweck erreichen, die Massen draußen gruselig zu machen. Fehler werden überall gemacht, aber selbst wenn Herr Bebel Gouverneur von Kiautschou geworden wäre, so hätte er nicht alle Fehler vermeiden können, zumal bei seiner bekannten Abneigung gegen Zöpfe. Man darf nicht zu viel auf die Berichte beliebiger Globe-Trotter geben; die amtlichen Mittheilungen müssen uns maßgebend sein. Die Marineverwaltung ist völlig frei von Bureaukratismus; im Grunde hat auch Herr Bebel nichts gegen sie vorbringen können. Sonst heißt es immer: Das Kapital soll sich an unseren Kolonien betheiligen, hier, wo das geschieht, heißt es: Alles geschieht nur für das Kapital. Durch eine hämische Kritik mindern wir nur das Ansehen Deutschlands im Auslande. Kiautschou kann durch Hebung unseres Exports, vornehmlich an Maschinen, unserer heimischen Industrie sehr nützlich werden. Was die Konkurrenz gegen unsere Arbeit anlangt, so ist Kiautschou uns doch lange nicht so gefährlich wie Japan.

Welch' eine treffliche Erwerbung wir an Kiautschou gemacht haben, das beweist am besten der Umstand, daß sich die großen Firmen um den Kauf von Land dort drängen. Die müssen doch wissen, wo etwas zu holen ist. Die Kohlennachrichten sind außerordentlich günstige. Ich finde es erstaunlich, wie man dort in so kurzer Zeit so viel hat leisten können in Bezug auf Anlegung von Straßen 2c. Einer sich so redlich mühenden Verwaltung sollte man keine Hindernisse in den Weg legen. Nach den Schilderungen des Herrn Staatssekretärs haben wir dort ein wahres Paradies an Gewerbefreiheit. In Bezug auf die Größe der Besatzung habe ich mehr Vertrauen zum Herrn Staatssekretär als zu Herrn Bebel.

Abg. **Bebel** (Soz.):

Der Herr Vorredner hat sich vornehmlich darüber aufgehalten, daß ich an die Verwaltung von Kiautschou Kritik angelegt habe. Ich denke, wir als Vertreter des Volkes sind hier dazu da, um zu kritisiren. Wenn wir nur Hurrah! Hoch! zu schreien haben, dann könnten wir auch ruhig zu Hause bleiben.

Die Widersprüche, die mir Herr Graf Oriola aufweisen zu müssen glaubt, beruhen einfach darauf, daß er meine Ausführungen nicht verstanden hat. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß es nach meiner Meinung ein politischer Irrthum ist, wenn man glaubt, daß auch unsere Arbeiterwelt einmal einen großen Gewinn aus der dort geschaffenen Position haben wird. Könnten Sie es fertig bringen, binnen drei Jahren das ganze chinesische Reich zu der industriellen Entwickelung Deutschlands zu bringen, dann wäre ich der Erste, der Ihnen Beifall klatschte und zwar deshalb, weil durch diese rapide ökonomische Entwickelung des chinesischen Reiches mit seinen 350 bis 400 Millionen Einwohnern das ganze Angesicht der gesammten bürgerlichen Welt mit einem Schlage sich verändern würde und unser sozialdemokratischer Weizen sehr rasch seiner Blüthe entgegen ginge. (Aha! bei den Nationalliberalen.)

In unserer Parteipresse ist gesprochen worden von der drohenden Kuligefahr, die die Entwickelung der Dinge in China mit sich bringt. So ganz und gar in der Luft schweben doch diese Dinge nicht, wie Graf Oriola meinte. Selbst agrarische Blätter sprachen es gleich nach der Besitzergreifung Kiautschou's aus, daß das ungeheure Reservoir von chinesischen Arbeitskräften für die deutsche Landwirthschaft nutzbar gemacht werden könnte. Und wenn es wahr ist, daß auf Drängen des polnischen Großgrundbesitzes die russische Regierung ernsthaft mit der Erwägung umgehe, die Auswanderung russisch-polnischer Arbeiter nach Deutschland mit allen Mitteln hintanzuhalten, wenn also notorisch die deutsche Landwirthschaft hierdurch vor eine Lebensfrage gestellt wird wegen Mangels an Arbeitskräften, dann wollen wir abwarten, ob nicht die Frage des Kuli-Imports ernsthafte Erwägung findet.

Daß wir, weil die sanitären Verhältnisse dort schlechte sind, konsequenter Weise verpflichtet wären für den Bau guter Kasernen zu stimmen, ist falsch. Diejenigen, die die Soldaten nach Kiautschou geschickt haben, tragen auch die Verantwortung für Leben und Gesundheit derselben. Wir haben in dieser Sache von vornherein Nein gesagt und werden das bei allen weiteren Forderungen thun.

Der Herr Staatssekretär meinte, auf die Ausführungen bezüglich der Weltpolitik könne er keine Auskunft geben. Das glaube ich ihm gern, er weiß eben von diesen Dingen nichts, und wenn er etwas wüßte, würde er es aus sehr naheliegenden Gründen auch nicht sagen.

Der Herr Staatssekretär sowohl wie auch Herr Graf Oriola sprachen sehr verächtlich von den Globe-Trotters, von den Zeitungsschreibern, die allerhand falsche Berichte ins Land tragen. Ich glaube, wir haben diesen Globe-Trotters sehr viel zu verdanken. Sie haben durch ihre Beobachtungen manchen wunden Fleck berührt und so die Regierung in die Lage versetzt, zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen. Wenn der Herr Staatssekretär sodann auf die geschichtliche Entwickelung Englands hingewiesen hat, so vergißt er, daß diese sich über drei, vier Jahrhunderte erstreckt. Und ferner: Die Herren meinen, daß, wo ihre Kanonen nicht hinreichen, auch der deutsche Handel keinen Fuß fassen könne. Die ganze überseeische Entwickelung des deutschen Handels, des deutschen Verkehrs beweist das gerade Gegentheil. Ich erinnere daran, daß es sehr langer und nachdrücklicher Ermunterung bedurft hatte, ehe überhaupt in den deutschen Seestädten die nöthige Begeisterung für unsere neue Flottenvorlage zu stande kam.

Es hat mich da sehr gefreut, die Meinung eines Mannes zu lesen, mit dem ich sonst sehr differire, ich meine die Aeußerungen, die Karl Schurz in Chicago gethan. Die Vereinigten Staaten stehen jetzt vor der Frage der Annexion der Philippinen, und es giebt dort eine starke Partei, die gegen jede Annexion, gegen jede Weltmachtspolitik in dem Sinne, daß da eine ganz gewaltige Rüstung zu Wasser und zu Lande als nothwendige Folge sich ergäbe, entschieden Front macht, und da fragt Herr Karl Schurz: Wollen wir von der Ansicht barbarischer Nationen ausgehen, daß wir die Länder besitzen müssen, mit welchen wir Handel treiben wollen? Dann hörten ja der Krieg und die Störungen nicht auf. Dann fährt er fort: Der Handel folgt nicht der Flagge, sondern der besten Waare; er hängt nicht von der größeren Zahl der Kanonen, sondern der Fähigkeit der Kaufleute ab. Doch die Meinung fängt an in Deutschland förmlich zu einer Epidemie zu werden, daß bei Ausbreitung des Handels für Deutschland unbedingt nothwendig sei, auch eine große Flottenmacht zu entfalten. Sehen Sie sich doch einmal die Handelsentwickelung der letzten Jahre an; nach Ihrer Meinung ist der Umfang der Flotte ein ganz minimaler und trotzdem sehen wir, daß der deutsche Handel eine ganz bedeutende Ausdehnung erhalten hat und auch in Ländern, wohin wir niemals irgend ein Schiff oder eine Kanone werden schicken müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Staatssekretär Tirpitz:

Ich will einige Bemerkungen über den Krankheitszustand in Kiautschou machen. Es sind acht Todesfälle vorgekommen, das sind sechs pro Mille, das kann man keinen ungünstigen Zustand nennen, wenn man bedenkt, daß bei der europäischen Bevölkerung die Sterblichkeit 16 pCt. pro Mille beträgt. Bebel's Bemerkungen über den Schutz des Handels durch die Marine entsprechen nicht den Thatsachen. Ich wünschte, Herr Bebel machte einmal eine Reise um die Welt, er würde andere Ansichten bekommen. (Heiterkeit.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Herr Bebel hat ganz recht, wenn er neue Flottenforderungen mit Kiautschou in Verbindung bringt. Was hätten sonst die Flotten-Vereine für einen Zweck und die kaiserlichen Telegramme, die zwar nicht im „Reichsanzeiger" zu finden sind, aber an deren Authentizität doch niemand zweifelt. (Heiterkeit.) Das Verhältniß von Flottenstärke und Handel besteht nicht entfernt in dem Maaße, wie es Herr Tirpitz darstellt. Durch seinen Beruf wird er dazu verführt, der Flotte allzu große Bedeutung beizumessen. Dem Grafen Oriola erwidere ich, Japan ist für unseren Handel viel wichtiger wie China. Am liebsten scheint Graf Oriola ganz China beherrschen zu wollen. Wir haben daran aber gar kein Interesse, sondern wollen nur Geld von den Chinesen haben. (Heiterkeit). Es sind also nur wirthschaftliche Beziehungen in Frage. Wir wünschen, daß sich für die neue Kolonie potente Kapitalisten finden, wir haben aber keinen Grund, sie besonders dazu anzureizen. Denn wir haben gerade jetzt kaum genügend Kapital für die Entwickelung der heimischen Industrie. Theoretisch läßt sich gegen die Grundsätze der Verwaltung nichts sagen. Nachdem der Assessor und der Leutnant des Landheeres in Afrika Fiasko gemacht haben, müssen wir es nun mit dem Marineoffizier versuchen. Wir sagen: abwarten, und sprechen den Wunsch aus, daß uns die neue Kolonie nicht allzu große Opfer kostet. (Beifall links.)

Abg. Graf **v. Arnim** (Rp.):

Bei Herrn Bebel haben wir volles Verständniß für die neue Kolonialpolitik nicht erwartet. Es geht ein frischer Zug durch das deutsche Volk. Die Zeit der Nasenstüber ist vorüber. Zur Entwickelung werden wir eine starke Flotte brauchen, die je nach der Steuerkraft des Volkes auszubauen ist. Herr Richter hat sich heute unserem kolonialen Standpunkt genähert. (Heiterkeit.) Er wird sich ihm noch mehr nähern müssen. (Widerspruch des Abg. Richter; Heiterkeit.) Was die Betheiligung des Kapitals anlangt, so begrüße ich es mit Freuden, daß endlich das deutsche Kapital nach englischem Muster ins Ausland geht. Man hätte es nur eher thun sollen und nicht deutsches Geld in Mexikanern verlieren sollen. Wäre das Geld für die Kolonien nutzbar gemacht, wir wären weiter. Herr Bebel scheint die Kapitalbetheiligung in Kiautschou für keinen berechtigten Erwerb zu halten. Aber wir leben ja noch nicht im Liebknecht'schen Zukunftsstaat, den dieser in der „Kosmopolis" geschildert hat, wo alle Verkehrsmittel kostenfrei sind. Vorläufig kostet Kiautschou Geld und es muß Geld hineingesteckt werden. Die Kolonie wird Früchte tragen. Gewisse Dinge müssen Zeit haben. (Beifall rechts.)

Abg. **Frese** (frs. Vgg.)

— auf der Tribüne schwer verständlich — ist befriedigt darüber, daß wir in Kiautschou festen Fuß gefaßt haben. Auf Kiautschou treffe jedenfalls der Einwand nicht zu, daß uns das Ausland die besten Gegenden vorweg genommen.

Abg. Graf **Oriola** (natlb.):

Leute, die sich 14 Tage lang in Kiautschou aufgehalten haben, seien nicht berechtigt, in hämischer Weise über die deutsche Verwaltung zu schreiben. Engländer und Franzosen würden nicht in solcher Weise ihr Vaterland herabziehen. (Unruhe links.)

Abg. **Oertel** (k.):

Meine agrarischen Freunde verschließen sich gewissen Bedenken nicht. Unserer einheimischen Industrie kann in China infolge der günstigen Arbeiter- und Valutaverhältnisse eine gefährliche Konkurrenz erwachsen. Dagegen befürchte ich den Kuli-Import nicht.

Abg. **Liebknecht** (Soz.):

Graf Oriola fand, die Kritik meines Freundes Bebel sei zu scharf, im Auslande würde man sie nicht dem Vaterlande gegenüber üben. Das beweist blos, daß Graf Oriola vom Ausland und seiner Presse gar keinen Begriff hat. Die Preßfreiheit ist der Barometer der freiheitlichen Zustände in einem Lande überhaupt. In Ländern, wo die Presse geknebelt wird, wie in Rußland, wird das Land nur gelobt, in Ländern, wo sie so ziemlich geknebelt ist, wie in Deutschland (Widerspruch rechts, sehr richtig! links) — freilich Sie drüben bekommen keine Prozesse — in Deutschland also haben wir uns an eine auf unsere Freiheit und politische Bildung sehr schlechtes Licht werfende Schönfärberei gewöhnt. Es wird mit einem wahren Byzantinismus über die inneren Zustände gesprochen, es fehlt der Luftzug der Oeffentlichkeit. Dafür ist eine gewisse hysterische Nervosität vorhanden, die gleich aus dem Häuschen geht, wenn einmal etwas scharfe Kritik kommt. Die englische Kritik ist viel schärfer. Unser Reichstag aber ist ja beinahe in den Ruf gekommen, daß er — wie soll ich sagen — eine Art gemüthliches Kaffeekränzchen ist. (Große Heiterkeit.) Spricht man von Schreckgespenstern, so wird unter einem Hinweise, der allerdings etwas verdächtig ist, weil er gewisse Andeutungen machen läßt, die fast majestätsbeleidigend wären, wenn man den Gedankengang weiter verfolgt, sogar dieser Ausdruck Schreckgespenst verboten. Auch andere Ausdrücke sind hier verboten. Für das, was in England klipp und klar ohne Verhüllung in jeder Sitzung des Parlaments von allen Parteien ausgesprochen wird, werden wir in Deutschland uns demnächst von unserem Präsidium ein förmliches Lexikon für die Ausdrücke geben lassen müssen, die wir zu wählen haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte den Herrn Redner, hier nicht die Geschäftsführung des Präsidiums zu kritisiren. (Bravo! rechts.)

Abg. **Liebknecht** (fortfahrend): Der Herr Präsident bestätigt durch diese Bemerkung wieder, was ich sagte: sogar in diesem Reichstage können wir uns nicht einmal klar aussprechen . . (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich rufe den Herrn Redner zur Sache. Wir berathen über Kiautschou. (Bravo! rechts.)

Abg. **Liebknecht** (fortfahrend):

Ich knüpfte an eine Aeußerung an, die in der Berathung gefallen war; ich habe diese Aeußerung zurückzuweisen und

werde mir das Recht dazu nicht nehmen lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die englische Kritik ist wie gesagt in Flottenangelegenheiten weit schärfer als die deutsche. So hat Plimsoll seiner Zeit von der englischen Flotte gesagt, es wären todte Schiffe, alte Fässer, alte Bütten. Es ist ein Dienst, den man seinem Vaterlande leistet, daß man die Wahrheit sagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Arnim hat einen Aufsatz von mir aus der „Cosmopolis" zitirt. Es handelt sich um den Artikel „Zukunftsstaatliches". Aus diesem Aufsatz sind während der letzten Wahlbewegung in einer Flugschrift oder von irgend einem Korrespondenzbureau sogenannte Auszüge gemacht worden und da werde ich hingestellt als einer, der dem Volke einen glänzenden Zukunftsstaat vormalt. Aber diejenigen, die das geschrieben haben, haben meinen ganzen Artikel nicht gelesen, sondern sind einfach auf den Titel hineingefallen. Der ganze Artikel richtet sich ja gerade gegen die Möglichkeit, einen Zukunftsstaat vorzuzeichnen. Er zeigt ja gerade, daß der Zukunftsstaat sich aus dem Gegenwartsstaat natürlich entwickelt und daß ein rasches Hineinspringen mit beiden Füßen aus der Gegenwart in die Zukunft, daß dieses ganze Gerede einfach Unsinn ist. Ich habe also genau das Gegentheil gesagt von dem, was mir untergeschoben wird und ich bitte den Grafen Arnim doch erst meinen Artikel zu lesen, dann wird er finden, daß mir Unsinn imputirt worden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **v. Arnim** (Rp.):

Ich wundere mich, daß Herr Liebknecht sein eigenes Kind verleugnet. Professor Adolf Wagner, Rudolf Sohm und Eduard Bernstein haben den Artikel als eine Utopie des Herrn Liebknecht bezeichnet. Die Herren stehen mir sonst nicht nahe, aber in dieser Frage stimme ich mit ihnen überein. Wenn diese Herren von Träumereien des Abg. Liebknecht sprechen, muß es doch wahr sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.):

Ich kann nur erneut sagen, daß Graf Arnim meinen Artikel nicht gelesen haben muß, was er zitirt hat, sind Stellen aus Artikeln von politischen Gegnern. In England, wo man objektiver zu denken gewohnt ist, als es unseren Professoren möglich ist, hat man über meinen Artikel anders geurtheilt. Wenn Graf Arnim sagt, ich habe den Zukunftsstaat in diesem Artikel gemalt, so ist das gerade Gegentheil der Fall.

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) verliest eine aus dem Zusammenhang gerissene Stelle des Artikels, in der Liebknecht von dem baldigen Verschwinden der Kasernen, Zuchthäuser und Kirchen und von dem baldigen Eintreten einer besseren Zukunft für die Arbeiter spricht.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Der Herr Graf hat hier aus einem Aufsatz vorgelesen, der vielleicht vierzig Seiten Großformat enthält. (Zwischenruf des Grafen Arnim: Soll ich denn hier den ganzen Artikel verlesen? Heiterkeit.) Ihr Lachen beweißt, daß Sie von der ganzen Sache, um die es sich handelt, nichts begriffen haben. Daß Sie in Aufregung gekommen sind, kommt daher, daß ich gesagt habe, daß im Zukunftsstaat, der hoffentlich nicht mehr zu lange dauert (Lachen rechts), die Arbeiter auf dem Lande nicht mehr in Hütten wohnen, die, verglichen mit den Hundehütten, reine Löcher sind. (Lachen und Zurufe rechts.) Wollen Sie die Zustände erhalten? Hier ist von Uebelständen die Rede, die beseitigt werden müssen, und Sie haben Ihre Liebe zu den Löchern, in die Sie Ihre Leute verbannt haben, bewiesen. (Lebhafte Zurufe rechts.) Die Art, wie Sie meinen Artikel „zitiren", erinnert an die Praxis Fouché's, der bekanntlich gesagt hat: „Wenn ich nur drei Zeilen von dem Mann habe, kann ich ihn damit hängen." Sie haben die Sache völlig entstellt — sehr ehrenhaft ist das nicht. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Wegen dieses letzten Ausdrucks rufe ich den Abg. Liebknecht zur Ordnung.

Damit schließt die Diskussion; der Etat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Präsident Graf **Ballestrem** schlägt Vertagung und folgende Tagesordnung für morgen vor: 1. Antrag Hompesch (Jesuitengesetz); 2. dritte Berathung des Antrages Bachem; 3. Antrag Rickert auf Aenderung des Wahlgesetzes; 4. Antrag Heyl auf Einsetzung einer Reichskommission für die mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen; 5. Antrag Liebermann von Sonnenberg, betr. Schächtverbot.

Zur Geschäftsordnung macht

Abg. **Singer** (Soz.) den Präsidenten darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung Gesetzentwürfe, deren Berathung man begonnen hat, die Priorität vor neuen haben, daß daher der Antrag Kinckowström, betr. die Geheimhaltung von Aktenstücken auf die Tagesordnung zu setzen sei.

Präsident: Eine Verpflichtung hierzu kann ich nicht anerkennen; doch steht es Herrn Singer frei, einen bezüglichen Antrag einzubringen.

Abg. **Singer** erklärt hierzu keinen Anlaß zu haben, macht aber den Präsidenten nochmals auf den klaren Wortlaut der Geschäftsordnungs-Bestimmung aufmerksam. Vielleicht aber haben die Herren Antragsteller ihren Antrag zurückgezogen und der Präsident macht uns hierüber Mittheilung. Der **Präsident** kann auch aus diesen Ausführungen keine Verpflichtung entnehmen, den Antrag Kinckowström auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag Liebermann wird auf Wunsch des Antragstellers von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluß 5¼ Uhr.

Lokales.

An die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes!

Der Staat, die Euch und die Euren ausbeutende Kapitalistenklasse, beabsichtigt einen weiteren Ausbau des Militarismus. In einem neuen Militärgesetz fordert die Regierung mehr Soldaten und mehr Millionen für Heereszwecke. An den neuen Gut- und Blutsteuern, die damit dem Volke zugemuthet werden, habt gerade Ihr Frauen schwer zu tragen. Mehr Eurer Söhne und Brüder sollen jahrelang dem Erwerbsleben entzogen und in den Kasernen gedrillt werden. Mehr der Steuergroschen noch, die Ihr Euch abdarben müßt, sollen für den Bau von Kasernen, für Anschaffung von Kanonen, für Paraden und Manöver verausgabt werden. Und dieses, während Euere Kinder der Bildungsmittel ermangeln, ja vielfach des Brotes, und während für Euere Alten nicht in genügender Weise gesorgt ist. Zu welchem Zwecke Euch, dem werkthätigen Volke, diese Opfer? Es ist Euch genügend, oft von einflußreichen Persönlichkeiten gesagt worden: „Nicht nur zur Abwehr des äußeren Feindes, sondern auch gegen den inneren Feind.

Genossinnen, Frauen und Mädchen des Proletariats! Vertheidigt diese Eure Interessen, gebt Euren Willen kund. Kommt aus Eurem ärmlichen Heim, aus der dumpfen Werkstatt, aus der weiten Fabrik, um zu zeigen, wie Ihr über die neue Militärvorlage denkt und was Ihr fordert. Besucht alle die Versammlung, welche Donnerstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, in Aliem's Volksgarten, Hasenhaide 14/15, stattfindet und in welcher Genossin Zetkin über die neue Militärvorlage und die Frauen referiren wird. Die Vertrauensperson.

Unser Parteigenosse Paul Jahn ist gestern auf vier Monate nach Tegel gegangen, wo er wegen angeblicher Beleidigung und Gotteslästerung insgesammt vier Monate Gefängniß zu verbüßen hat. Wir wünschen unserem Parteigenossen, der, wie bekannt, seit Jahren überaus häufig die Qualen des deutschen Kerkerdaseins durchkosten mußte, daß er auch diesmal die Strafe ohne allzu große Schädigung überstehen möge.

Verkehrswesen. Die städtische Verkehrsdeputation hat der Großen Berliner Straßenbahn bezw. der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft die Genehmigung zur Errichtung des elektrischen Oberleitungsbetriebes auf den Bahnanlagen in der Breslauer-, der Koppen- und der Madaistraße (Haltestelle) genehmigt. Die Leitungsdrähte werden nur von den an den Häusern befestigten Rosetten getragen, so daß die Aufstellung der Masten daselbst unterbleibt. — Der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg ist nunmehr die Genehmigung zur Ausführung der elektrischen Straßenbahn Berlin (Waßmann und Weberstraßen-Ecke durch die Landsbergerstraße 2c.)—Hohen-Schönhausen seitens der städtischen Verkehrsdeputation ertheilt worden.

Der Vorstand des Vereins der Liqueurfabrikanten und Branntwein-Interessenten Deutschlands hielt gestern eine außerordentliche Sitzung ab, um in Sachen des Spiritusringes Stellung zu nehmen. Es wurde nach längerer Debatte einstimmig der Beschluß gefaßt, entschieden gegen die Durchführung des Ringprojektes, welches nur auf einseitige Vortheile zugeschnitten sei, Front zu machen. Zu diesem Zweck soll eine Gegenvereinigung gebildet, auch sollen sonstige Abwehrmittel beschlossen werden. Auf nächsten Montag ist eine außerordentliche Versammlung der Vereinsmitglieder und derjenigen Spiritushändler einberufen worden, deren Gesinnung sich gegen den Ring richtet.

Die städtische Gasdeputation hat endgiltig beschlossen, den Betrieb der Gasanstalt I auf dem Stralauerplatz einzustellen. Ferner beschloß die Deputation, für die II. und III. Anstalt Koaks-Brechmaschinen einzuführen, da die Nachfrage nach gebrochenem Koaks sich fortdauernd steigert.

Ueber Herrn v. Egidy und den deutschen Kaiser berichtet die „Berl. Ztg.": In der Gedächtnißrede, welche Pfarrer Ziegler am Sonntag dem leider zu früh verstorbenen Oberstlieutnant v. Egidy widmete, kam auch die Thatsache zur Sprache, daß es ein Herzenswunsch des Verewigten gewesen sei, einmal vor den Kaiser hintreten und ihm seine „ernsten Gedanken" offenbaren zu dürfen. Es ist eine bisher unbekannt gebliebene Thatsache, daß Moritz v. Egidy in der That im Jahre 1894 eine Audienz bei dem Kaiser nachgesucht hat, und zwar durch Vermittelung des Prinzen Heinrich, der Egidy außerordentlich hochschätzte. Egidy hatte gehofft, daß der Kaiser auf die Anregung seines Bruders hin die Audienz gewähren würde, aber er hatte sich getäuscht. Die Sache ging den vorschriftsmäßigen Instanzenweg, d. h. an das Zivilkabinet, und Herr v. Lucanus ließ Herrn v. Egidy mittheilen, daß das Gesuch um eine Audienz gewährt werden würde, wenn er bei dem Zivilkabinet ein Gesuch stellen und schriftlich mittheilen würde, was er dem Kaiser zu sagen habe. Daß ein Mann wie Egidy hierfür nicht zu haben war, ist selbstverständlich. Er hat nie wieder den Versuch gemacht, sich dem Kaiser zu nähern.

Eine freie Vereinigung Berliner Buchdruckereibesitzer hat sich gestern konstituirt. Sie soll in erster Reihe dazu dienen, der Bildung einer Zwangsinnung mit allen Kräften entgegenzuarbeiten, und falls die Zwangsinnung ins Leben treten sollte, den Herrschaftsgelüsten der Zünftler geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Als Vorsitzender wurde Herr Pormetter, zu dessen Stellvertreter Herr Messenzihl gewählt, zum Schriftführer Herr Radke, zum Kassirer Herr Louis Ullstein, zu Beisitzern die Herren A. Hermann und Friedrichs. Zunächst wird die Vereinigung gegen die vom „Bunde Berliner Buchdruckereibesitzer" für die Zwangsinnung angenommenen Statuten Protest einlegen. Wie in der Versammlung festgestellt wurde, enthalten diese Statuten verschiedene ungesetzliche Bestimmungen.

Vom Hilfsarbeiter-Kriegsschauplatz. Auf dem Umwege über den Oberpräsidenten hat jetzt der Bureau-Hilfsarbeiter Auersch seine Bestätigung als Gemeindebeamter erhalten. Auersch hatte gegen den Magistrat die Forderung auf Rückerstattung der gezahlten Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung erhoben, war aber durch Entscheidung des Magistrats vom 28. März 1898 abgewiesen worden. Auf erhobene Beschwerde an den Oberpräsidenten hat dieser unterm 24. Januar d. J. dahin erkannt, daß jener Magistratsbeschluß von ihm aufgehoben sei. Da A. nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts lebenslänglich angestellter Beamter sei und daher auch Pensionsberechtigung besitze, müsse er nach § 4 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes als nicht versicherungspflichtig angesehen werden. — Merkwürdig an dieser Sache ist, daß A. vom Magistrat noch keinerlei Bestätigung seiner Anstellung erhielt. Im Gegentheil ist ihm wiederholt versichert, daß er auf Anstellung nicht zu rechnen habe.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einem Pferdebahnwagen, bei welchem eine Person getödtet wurde, fand Montag Abend in der Königgrätzerstraße, dicht am Halle'schen Thor, statt. Vor dem Hause Königgrätzerstraße 71 ist seit Ende vorigen Jahres eine Weiche angelegt, auf welcher die elektrischen Straßenbahnwagen des Halbringes Oranienburger Thor—Halle'sches Thor umlegen. Da bei den elektrischen Straßenbahnwagen die Umstellung der Weichen durch den Wagenführer erfolgt und sie infolgedessen nicht wieder zurückgestellt wird, so ist beim Befahren derselben durch die Pferdebahnwagen eine besondere Vorsicht von Röthen und der Kutscher muß auf die Stellung der Weiche genau achten. Diese Vorschrift wurde jedoch häufig überschritten. Montag Abend 5 Min. nach 7 Uhr passirte der Pferdebahnwagen Nr. 342 der Linie Rixdorf-Moabit das Halle'sche Thor. Da der Wagen einige Verspätung hatte, so trieb der Kutscher desselben die Pferde scharf an und bemerkte zu spät, daß die Weiche nicht richtig stand. Der Wagen sauste infolgedessen nach dem linken Geleise hinüber, auf welchem aus entgegengesetzter Richtung ein Akkumulatorenwagen der Ringbahnlinie Nr. 1342 herangefahren kam. Wiewohl beide Kutscher sofort bremsten, der Führer des Pferdebahnwagens, der Kutscher K., die Pferde bei Seite riß, konnte der Zusammenstoß nicht mehr verhindert werden. Der Anprall erfolgte mit so großer Gewalt, daß der Pferdebahnwagen noch eine kurze Strecke zurückgeschleudert wurde. Die Plattform der Pferdebahn wurde ebenso wie die sämmtlichen Scheiben des Wagens völlig zertrümmert und auch die Plattform des Motorwagens stark beschädigt. Die Passagiere wurden im Innern des Wagens theils zu Boden geschleudert, zum Theil stürzten sie von der Plattform auf das Straßenpflaster. Alle erhoben sich jedoch wieder mit Ausnahme eines anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden, etwa dreißigjährigen Mannes, der besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße geschafft, wo jedoch nur der infolge Bruch des Rückgrats eingetretene Tod des Unglücklichen konstatirt werden konnte. Man schaffte die Leiche später nach dem Schauhause. Außerdem erlitten noch sieben Personen Verletzungen unerheblicher Natur. Der Führer des Pferdebahnwagens, dem die Schuld an dem Unglück beigemessen wird, hat eine Quetschung am Zeigefinger der rechten Hand und eine Rißwunde am Halse davongetragen. Die Frau des Kaufmanns H. erlitt eine Verletzung am Kopfe; eine andere Frau durch Glassplitter herbeigeführte Wunden an der rechten Wange; ein Kaufmann eine blutende Stirnwunde. Andere Personen erlitten unerhebliche Kontusionen. Die schwerer Verletzten erhielten Verbände auf der Unfallstation, konnten sich jedoch dann nach ihren Wohnungen begeben. Die beiden Straßenbahnwagen wurden aus dem Betrieb gezogen.

Der Verunglückte ist gestern als der in der Rostockerstraße 13 wohnhaft gewesene Arbeiter Anton Gorni festgestellt worden. Der Unglückliche stand in den Diensten der hiesigen Kohlenhandlung Schlebel u. Co. und hatte mit einem Kollegen, dem Arbeiter Salomon, Kohlen in der Camphausenstraße abgeliefert. Auf dem Rückweg benutzten beide die Pferdebahn Rixdorf—Birkenstraße. Während Salomon mit leichten Verletzungen davon kam, ereilte den Arbeiter Gorni ein unvermutheter Tod. Für die Hinterbliebenen ist es ein schwerer Schlag. G. war 49 Jahre alt und hinterläßt eine Wittwe mit fünf unversorgten Kindern. Ob die reiche Pferdebahn-Gesellschaft sich ihrer Pflichten gegen die Familie erinnert?

Die zahlreichen Unglücksfälle im Straßenbahn-Betriebe sollten unsere Stadtverwaltung zu schleunigen Erwägungen darüber veranlassen, ob nicht die Straßenbahn-Direktion zur Verkürzung der Arbeitszeit ihrer überaus angestrengten Angestellten und zu anderen Vorkehrungen, die eine größere Sicherheit des Betriebes gewähren, zu veranlassen sei. Soweit wir unterrichtet sind, gestaltet sich der Straßenbahn-Betrieb in anderen Städten unter weit ungünstigeren Bedingungen auch nicht entfernt so gefahrvoll wie in Berlin.

Der deutsche Offiziersverein hat den Geburtstag des deutschen Kaisers nicht allein durch Beflaggen und Illuminiren seines Geschäftshauses, sondern auch durch völlige Arbeitsruhe begangen. Leider vergaß der patriotische Verein bis jetzt, die dadurch empfindlich mitgenommenen Arbeiter pflichtgemäß für den Lohnausfall zu entschädigen. Die betroffenen Arbeiter hoffen, daß die Veröffentlichung dieses Falles die in Betracht kommenden Personen veranlassen wird, nunmehr recht bald ihrer Pflicht zu genügen.

Zu äußerst stürmischen Auseinandersetzungen kam es vorgestern Abend im Sparverein „Nordwest", der in den Arminhallen in der Bredowstraße seine diesjährige Generalversammlung abhielt. Als nach Erstattung des Verwaltungsberichts der Vorsitzende die Entlastung für die Kassenverwaltung beantragte, erhob sich ein ungeheurer Tumult. Die Anwesenden verlangten einen eingehenden Kassenbericht, und da sich der Tumult immer wieder erneuerte, so mußte der Vorsitzende nachgeben und einen detaillirten Kassenbericht verlesen lassen. Der Lärm wiederholte sich, als aus dem Bericht konstatirt wurde, daß die Verwaltungskosten sich nahezu auf 13 000 M. beziffern. Die Abstimmung über den Antrag auf Dechargeertheilung ergab, daß nur 2 von den ca. 600 Anwesenden für den Antrag waren. Aufs neue erhob sich der Sturm, als der Vorsitzende dem Herrn Kunz, dem Vorsitzenden des Vereins der selbständigen Gewerbetreibenden Moabits, das Wort vorenthielt mit der Begründung, daß Herr K. doch nur gegen den Sparverein reden wolle. Es fielen allerlei wenig schmeichelhafte Aeußerungen über den Vorstand, und als der Vorsitzende angesichts der Unmöglichkeit, Ruhe zu stiften, die Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung schloß, erhob sich ein ungeheurer Tumult. Alles stürzte zu dem Vorstandstisch, um gegen den Schluß der Versammlung zu protestiren. Mittlerweile hatte der Vorstand polizeiliche Hilfe erbeten und unter polizeilicher Bedeckung verließ er den Saal.

Verhaftet wurde der Mann, welcher am Montag früh den Kutscher Kennig im Pferdestall Simonstraße 10 durch einen Messerstich verletzte. Der Verhaftete, „Schinder-Max" genannt, hatte erst am Sonnabend eine sechsmonatige Strafe wegen Hunde-Diebstahls verbüßt.

Zu der Verhaftung des Rechtskonsulenten Deter wird noch berichtet: Deter, welcher wegen Unterschlagungen zu einer längeren Gefängnißstrafe verurtheilt worden war, hatte scheinbar die Flucht ergriffen. Thatsächlich hielt er sich aber in Moabit auf und benutzte seine Freiheit, um, unterstützt von seinen beiden noch im Jünglingsalter stehenden Söhnen, Betrügereien in großem Stile auszuführen. Er ließ Lieferungen von Wein-, Zigarren- und Delikatessenhändlern viele Monate hindurch effektuiren, ohne einen Pfennig zu bezahlen, und machte Schulden nach Tausenden von Mark. Ein in der Nähe seiner Wohnung etablirter Wein-Großhändler ist allein um 1700 Mark geschädigt. Die herausgelockten Waaren verkaufte Deter an dritte Personen zum Spottpreise und sind diese Käufer wegen Hehlerei zur Haft gebracht worden. Die beiden Söhne Deter's waren ebenfalls verhaftet, doch ist einer derselben wieder freigelassen worden. Die Verhaftung Deter's, von dessen Anwesenheit in Moabit man Kenntniß erlangt hatte, konnte nur mit Anwendung von Gewaltmaßregeln erfolgen. Deter hatte sich in seiner Wohnung eingesperrt und verbarrikadirt und die Kriminalbeamten mußten die Thür zu Deter's Wohnung gewaltsam aufsprengen lassen. Ein Theil des von Deter zahlreichen Kaufleuten zugefügten Schadens dürfte gut gemacht werden, da festgestellt worden ist, daß Deter ein Depot in der Deutschen Bank besitzt und auf dasselbe Beschlag gelegt wurde. In dieser Betrugssache stehen noch weitere Verhaftungen unmittelbar bevor.

Von einem Wagen der Ringbahn, der den Prenzlauer Berg passirte, fiel gestern Mittag um 2 Uhr ein älterer Herr herab und zerschlug sich das Gesicht so gefährlich, daß er von einem Schutzmann nach der Unfallstation gebracht werden mußte.

Erhängt hat sich der 56 Jahre alte Tischler Hermann B. aus der Reichenbergerstraße 119a. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist nichts bekannt.

Der 3. Vortragsabend des Vereins „Berliner Presse", der am nächsten Donnerstag, den 2. Februar, pünktlich 8 Uhr Abends im Architektenhause beginnt, wird wiederum eine dramatische Neuheit bringen. Frau Klara Viebig gedenkt statt des zuerst angekündigten Aktes aus „Barbara Holzer", den ersten Akt einer soeben erst vollendeten Komödie „Pharisäer" vorzulesen. Vorher wird Frau Anna Ritter den Abend durch eine Reihe „neuer Lieder" eröffnen. Den Schluß des Programms bildet die von der Verfasserin, Frida Freiin von Bülow vorgetragene Kolonialnovelle: „Das Kind". Billette zu diesem Vortrag sind in den Buchhandlungen von Amelang, Lazarus, Speier u. Peters und Trautwein zu haben.

In der Urania hielt der Oberleutnant Walter Wensky am Montag einen interessanten Vortrag über seine Reise ins Goldland Klondyke. Wie ein Märchen nahm sich manches aus seinen Erlebnissen aus, und die Beschreibung der unerhörten Strapazen und Entbehrungen, die sich die Menschen zu vielen tausenden auferlegen, um schnell zu Reichthümern zu kommen, hätten dem modernen Kulturmenschen schier unglaublich geklungen, wenn sie nicht durch das Zeugniß photographischer Aufnahme unmittelbar dem Auge veranschaulicht worden wären. Herr Wensky trat seine Reise im Frühjahr 1898 an und wählte den Landweg über den Chilkootpaß, der alle Qualen einer winterlichen Alpenbesteigung in sich schließt, und, wenn er glücklich überwunden ist, erst die Pforte zu neuen ärgeren Gefahren und Mühseligkeiten bildet. Die wochenlangen Fahrten über Stromschnellen, die der Reisende anschaulich schilderte, gaben ein anziehendes Bild von menschlicher Energie, aber auch von menschlicher Rohheit und Rücksichtslosigkeit. Hat man endlich Dawson City, den Mittelpunkt des Goldlandes erreicht, so soll nach Herrn Wensky verhältnißmäßig sicher darauf zu rechnen sein, daß man unter energischer, unermüdlicher Arbeit zu stattlichem Gewinn komme. Der Goldreichthum des unwirthlichen Landes ist nach den gestern gehörten Schilderungen fabelhaft und erst zu einem winzigen Theile in planlosem Raubbau ausgebeutet worden. Freilich gehört nicht allein verwegene Abenteurerlust, sondern auch ein Kapital von etlichen tausend Mark dazu, um nach Klondyke zu gelangen. Und daher ist es auch ziemlich überflüssig, die deutschen Arbeiter vor einer unüberlegten Reise ins neue Goldland zu warnen.

Theater. Das Schiller-Theater hat das Aufführungsrecht des nach einem Zwischenspiel des Cervantes von Emil Gött bearbeiteten Lustspiels „Verbotene Früchte" erworben. Dieses Lustspiel soll mit Björnson's „Die Neuvermählten" Mitte nächsten Monats in Szene gehen. In der heutigen Vorstellung wird die Gesangsposse „Ehrliche Arbeit" wiederholt. — Wilhelm Müller, dem Dichter der Griechenlieder, dem die Franz Schubert'schen Kompositionen Weltruf geschaffen haben, wird der nächste Dichterabend des Schiller-Theaters gewidmet sein, der am Sonntag, den 5. Februar, im Bürgersaale des Rathhauses stattfindet.

Aus den Nachbarorten.

Auf die heute in Charlottenburg, Bismarckshöhe (Wilmersdorferstr. 39), stattfindende Volksversammlung machen wir unsere Leser aufmerksam.

In Schöneberg stand die letzte Sitzung der Stadtverordneten im Zeichen der sozialen Frage. Wie es in einer Gemeinde, wo Protzenthum und beschränkte Kleinbürgerlichkeit miteinander an Einfluß wetteifern, ja ganz selbstverständlich ist, fiel das Resultat der Verhandlungen im arbeiterfeindlichen Sinne aus. Immerhin waren die Meinungskämpfe interessant genug, um von uns erwähnt zu werden. Es handelte sich in der Sitzung um eine Erhöhung der Entschädigungen für die Gewerbegerichts-Beisitzer und um Anerkennung des Buchdruckertarifs.

Der Petitionsausschuß hatte beantragt: „Die Petition der Beisitzer des hiesigen Gewerbegerichts wegen Erhöhung ihrer Gebühren von 3 resp. 4 M. auf 6 M. pro Sitzung, entsprechend dem in Berlin giltigen Satze; des ferneren die Wahl eines Ausschusses analog der Einrichtung an dem Berliner Gewerbegericht zu genehmigen. Der Berichterstatter Stadtv. Schink erklärt, daß man den Beisitzern nicht zumuthen könne, einen ganzen Tag Arbeit zu versäumen und die dadurch bedingte finanzielle

Schädigung auf sich zu nehmen. Stadtrath Heyl, der Vorsitzende des Gewerbegerichts, bat dringend, die Petition abzulehnen. Abgesehen davon, daß Charlottenburg, dessen Finanzverhältnisse bessere seien, als die Schönebergs, den Beisitzern nur eine feste Entschädigung von 4 M. zahle, trotzdem die Sitzungen dort noch einmal so lange als in Schöneberg dauerten, solle man nicht Alles Berlin nachmachen. Sehr häufig komme es vor, daß das Klage-Objekt geringer sei, als die Kosten einer solchen Sitzung. Wo solle denn das Geld herkommen? Der Wahrheit entspreche es nicht, wenn der Referent behaupte, daß sich die Sitzungen bis in die Nachmittagsstunden hineinziehen. Stadtv. Lulay widersprach der Behauptung, daß den Beisitzern ein Tag verloren gehe. Jeder Arbeiter solle seines Lohnes werth sein, aber auch nicht mehr. (?!) In energischen Worten kennzeichnete Genosse Obst die Haltlosigkeit der Behauptungen des Stadtraths. Er bedauerte, daß die Nützlichkeit dieser Gerichte hier vollständig verkannt werde. Wenn die Stadtverordneten eine Ahnung davon hätten, wie einem Arbeiter zu Muthe sei, wenn er sein Geld nicht erhalte, würden sie anders urtheilen. Wo solle die Schaffensfreudigkeit der Beisitzer herkommen, wenn man ihnen zumuthet, in Erfüllung öffentlicher Pflichten schwere finanzielle Opfer zu bringen? Tausende von Mark würden zu anderen Zwecken weggegeben und hier zeige man sich bei einer kleinen Summe halsstarrig. Nach langer Diskussion wurde die Petition, unter Annahme des zweiten Punktes, abgelehnt. Es folgte die Petition der Schöneberger Buchdrucker, der „Magistrat wolle in Zukunft Druckarbeiten nur an solche Druckereien vergeben, welche sich dem allgemeinen Tarif der deutschen Buchdrucker unterworfen haben". Der Dezernent, Stadtrath Rudolf, erklärte, daß der Magistrat sich in einer stürmischen Sitzung mit diesem Punkt beschäftigt habe. Er spreche hier jetzt als „Magistratsmitglied" und bittet, diese Petition abzulehnen. Der Berichterstatter Direktor Dr. Bartels schilderte den Zweck der Tarifabmachungen. Hunderte von Behörden hätten sich diesen Bedingungen unterworfen und somit dazu beigetragen, die in diesem Gewerbe besonders auftretende Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. „Seien wir doch froh, daß bei den heutigen sozialen Gegensätzen, derartige Abmachungen zwischen Unternehmern und Arbeitern getroffen werden." Schweren Herzens habe soeben der Stadtrath den Standpunkt des Magistrats dargelegt und wenn man aufmerksam gefolgt habe, so komme man zu dem Resultat, daß der Stadtrath ein Anhänger solcher Abmachungen sei. Auch den ablehnenden Standpunkt des ersten Bürgermeisters verstehe er nicht. Wenn man meine, die Stadtverordneten-Versammlung könne bei Annahme dieser Petition „gehörig reinfallen", weil dann auch andere Branchen mit gleichem Verlangen kommen würden, so erkläre er, daß er nichts Besseres herbeiwünsche, als daß in allen Gewerben eine anständige Basis der Lohnentrichtung platzgreife. Auch brauche man nicht ängstlich zu sein, daß mit Annahme dieser Petition der Sozialismus nunmehr Einzug in den städtischen Körperschaften halte. Stadtv. Saalmeyer, Fabrikbesitzer seines Zeichens, kann nicht verstehen, wie man einer derartigen Petition das Wort reden kann. Man müsse an die Konsequenzen eines solchen Beschlusses denken. Bewillige man hier, so kann es sehr leicht kommen, daß 3 oder 4 Zimmer-, Maurer- oder sonstige Meister mit ihren Arbeitern einen Tarif festsetzen und von der Stadt eine Entlohnung nach diesem Tarif verlangen. (Auch ein denkender Stadtvater!) Trotzdem der Berichterstatter nochmals in warmer Weise für Annahme der Petition eintrat, wurde sie gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk im Bezirk der Gemeinden Steglitz, Lankwitz, Friedenau, Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf, Zehlendorf, Gr.-Lichterfelde, Mariendorf, Marienfelde, Tempelhof, Lichtenrade, Waßmannsdorf und Dahlen soll in die Wege geleitet werden. Aeußerungen für oder gegen die Errichtung müssen bis zum 15. Februar an den Landrath des Teltower Kreises gerichtet werden.

Geheizt werden jetzt täglich die Anhängewagen auf den elektrisch betriebenen Linien der Charlottenburger Straßenbahn. In den Akkumulatorenwagen ist die Heizung noch nicht nothwendig, da schon durch die elektrischen Batterien eine genügende Wärme erzeugt wird. — Wann wird sich endlich die „Große" dazu entschließen, ihre Wagen zu heizen? In diesem Winter wohl nicht mehr.

Die neue Ringbahnstation Rixdorf—Hermannstraße ist heute um Mitternacht eröffnet worden. Durch die Einlegung dieser Station sind die 10 Pfennig-Fahrkarten, die bisher zur Fahrt vom Potsdamer Bahnhof bis Stralau-Rummelsburg berechtigten, nur noch bis Treptow benutzbar.

Aufhebung der Sonntagsruhe. Aus Spandau wird uns geschrieben: Damit die nach Eintritt des Frostes alsbald in Angriff genommene Eisernte beschleunigt werden konnte, ist das Eishauen und Eiseinfahren mit Genehmigung der Behörden in der Umgegend von Berlin auch am Sonntag bewerkstelligt worden. Die Spandauer Bergbrauerei hat seit Sonnabend bereits 3000 Zentner Eis von den Spreewiesen geholt.

Auf Pichelswerder ist am Sonnabend die Leiche eines gut gekleideten jungen Mädchens gelandet; die Todte ist von der Spree in die Havel getrieben worden.

Das Neueste aus Adlershof ist eine Haussuchung, die gestern im Lokal von Schmauser stattfand. Es handelte sich um ein drolliges Plakat, welches kürzlich auf einem Maskenball von einer Maske getragen wurde. Das staatsgefährliche Garderobenstück trug die Inschrift: Das Ausschlachten von Gastwirthen wird prompt besorgt. Taxe 50 M. u. s. w. Die Beamten fanden das Plakat, lasen es genau und ließen es dann merkwürdigerweise liegen. — Zum Amtsjubiläum des Herrn v. Oppen wollen die Gastwirthe Lindenhahn und Schmauser, wie verlautet, eine Ausstellung von solchen Strafmandaten veranstalten, die dieser um die Sozialdemokratie so hoch verdiente Amtsvorsteher zu Unrecht erlassen hat.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung für Studenten fand Montag, den 30. Januar, Abends, in der Brauerei Friedrichshain statt. Durch besondere, an der Universität und den anderen Hochschul-Instituten vertheilte Flugblätter waren die Studenten zum Besuch der Versammlung aufgefordert worden, und sie hatten dieser Aufforderung entsprochen. Das etwa 1800—2000 Personen starke Publikum bestand vorwiegend aus Akademikern männlichen und weiblichen Geschlechts. Auch die Herren der deutsch-nationalen Verbände waren vollzählig erschienen; wenn sie aber gehofft hatten, die Versammlung zu sprengen oder zu byzantinischen Kundgebungen zu veranlassen, so sahen sie sich schmählich getäuscht.

Um 8½ Uhr ergriff Klara Zetkin das Wort zu ihrem Vortrage: Der Student und das moderne Weib. Die Vortragende gab zunächst ein Bild von der Entwickelung der modernen Frauenbewegung, die die Folge der wirthschaftlichen und technischen Umwälzungen ist, durch welche die Frau aus der Gemeinschaft der Familie hinausgedrängt wird. Jetzt handelt es sich darum, der Frau die soziale Bewegungsfreiheit zu geben, damit sie sich als weiblicher Vollmensch entfalten und ausleben kann. In Literatur, in Wissenschaft, in den freien Berufen, überall tritt uns die Frau als suchende, ringende, vielfach unterliegende, irrende, aber immer als kämpfende entgegen. Sie hat den sozialen, den Klassenkampf gegen die bevorrechtigte Stellung des männlichen Geschlechts zu führen und dazu muß sie freie Bildungsmöglichkeit und freie Berufsthätigkeit fordern, um eine wirthschaftliche Existenz führen zu können, und volle politische Gleichberechtigung, um auf dem Wege der Gesetzgebung die sozialen Schranken und Hindernisse wegzuräumen.

Diesem Ringen und Streben der Frau als Einzelpersönlichkeit und den Kämpfen des weiblichen Geschlechts als Klasse stellt die Vortragende nun die studirende und die studirte Welt entgegen. Da ist nicht die kühle unbefangene Ruhe des Forschers, der die geschichtlichen Zusammenhänge, die gesellschaftlich treibenden Kräfte erfaßt, sondern der Dünkel der zünftigen Gelehrsamkeit, die Härte und Zähigkeit des Egoismus und ganz besonders die Furcht vor der Konkurrenz. Während die klassenbewußte Arbeiterschaft die Frau als Mitarbeiterin, als Mitkämpferin betrachtet, sieht der Studirende in ihr nur die Konkurrentin, die aus ihren natürlichen Schranken tritt und die Kultur nicht fördert, sondern schädigt.

Die Studirenden sollten eine höhere Aufgabe suchen, als die ihnen von Herrn Du Bois-Reymond zugewiesene, die Leibgarde der Hohenzollern zu sein. Das Recht der freien Persönlichkeit vor allem helfen Sie uns erstreben, das Allerheiligste, das der Sozialismus erstrebt. Die Geister sind erwacht, es ist eine Lust zu leben, deshalb vorwärts im Kampfe, in dessen Entwickelung die Lösung der Frauenfrage eine Etappe ist, für den aber das Endziel heißt: Befreiung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, Ausleben der Persönlichkeit als eines Vollmenschen.

Stürmischer, nicht endenwollender Beifall folgte der Rede. Der Eindruck derselben war ein so gewaltiger, daß anfangs niemand Lust verspürte, noch etwas zu sagen. Es mußte eine Pause von 5 Minuten angesetzt werden, um überhaupt Wortmeldungen zu ermöglichen.

In der Diskussion fand Frau Zetkin nun freilich keine ebenbürtigen Gegner. Der Verein Deutscher Studenten zog es vor, zu schweigen, obwohl zahlreiche Mitglieder desselben anwesend waren. Eine eigentliche Debatte kam somit überhaupt nicht zu stande. Die meisten Redner standen durchaus auf Seiten der Vortragenden. Ein Herr Dr. Roesemeyer, der sich als Langeaner bezeichnete, brachte einige schlagende Belege für unsere akademische Freiheit der Aera Stumm-Kanitz und forderte die anwesenden Studenten auf, nicht den Anweisungen der Tintenkulis vom Schlage der „Post" zu folgen, die ja, wie ein Redakteur der „Post" selbst einmal gestanden, nichts weiter sind als „Dienstboten bei Champagner". Das Volk der Dichter soll nicht eine Nation der Reservelentnants werden.

Der folgende Redner, Herr cand. phil. Wangemann, wollte offenbar das Aussichtslose dieses Wunsches demonstriren. In schnarrendem Offizierstone erklärte der Herr, daß die Angriffe der Frau Zetkin nicht „fein" gewesen seien. Den Höhepunkt aber erreichte Herr Wangemann, als er die eigentlichen Nachtheile, die der sozialistische Zukunftsstaat dem Studenten bringen würde, in die Worte zusammenfaßte: „Wo haben Sie denn die größere Freiheit, in der sozialistischen Gesellschaft, wo jeder 8 Stunden arbeiten muß, oder jetzt, wo Sie garnicht zu arbeiten brauchen?" — Außer diesem Herrn trat als Gegner nur noch auf ein Student, Herr Medenwald. Er vertrat die höchsten Güter der Nation, das nationale und das monarchische Prinzip.

An der Diskussion nahmen dann noch der cand. techn. Rosenstein, Dr. Franz Oppenheim und Michelsohn theil, worauf Frau Zetkin ihre Darlegungen noch einmal in einem kernigen Schlußworte zusammenfaßte, in dem sie auch die Forderung der Wissenschaft und Kunst durch unser Staatsoberhaupt prachtvoll illustrirte. Ihre Rede, die mit einem Hoch auf die Entfaltung der freien Persönlichkeit endete, übte eine faszinirende Wirkung auf die Zuhörerschaft aus. Selbst die Widerstrebenden wurden mit fortgerissen. Nicht einmal die Deutschnationalen wagten es, ihr Gejohle fortzusetzen.

Die Bäcker hielten am Dienstag Nachmittag eine gut besuchte Versammlung im Feenpalast ab. Die Vertreter der Gesellen berichteten über die Verhandlungen, die sie wegen ihrer Forderungen mit den Meistern gehabt haben. Die Verhandlungen haben stattgefunden mit dem Vorstand der Innung „Germania" und wurde darüber folgender Bericht gegeben: Zu der Forderung: Kost und Logis im Hause des Meisters abzuschaffen, verhält sich der Innungs-Vorstand bis jetzt ablehnend, er würde aber allenfalls geneigt sein, nur den verheiratheten Gesellen diese Forderung zu bewilligen. Von einer anderweitigen Regelung des Arbeitsnachweises, dessen Verwaltung die Gesellen für eine parteiische halten, wollen die Meister nichts wissen. Zu der dritten Forderung: Bezahlung der Ueberstunden, welche im Rahmen der Bundesraths-Verordnung zulässig sind, haben sich die Meister noch nicht definitiv geäußert. Getheilt waren die Meinungen im Innungsvorstand über das Verlangen der Gesellen, ihnen an den drei hohen Festen einen Tag frei zu geben. Der Bewilligung eines Feiertages war man nicht abgeneigt, nur war man darüber verschiedener Ansicht, welcher Tag frei gegeben werden solle. — Mit dem Vorstand der Innung „Konkordia" haben noch keine Berathungen stattgefunden, jedoch haben die Vorstände beider Innungen in einer gemeinsamen Sitzung am Montag sich mit den Forderungen der Gesellen beschäftigt; über das Resultat der Verhandlung ist aber den Vertretern der Gesellen noch nichts bekannt, so daß sie also bis jetzt nicht wissen, welche Stellung die Innungen definitiv einnehmen werden. — Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erachtet die Zugeständnisse, welche der Innungsvorstand gemacht hat, für geeignet, die Forderungen der Arbeiter illusorisch zu machen. Die Altgesellen werden beauftragt, nur die aufgestellten Forderungen vor der Innung zu vertreten. Die Anwesenden sind entschlossen, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten." — Hierauf wurde Wicke in die Lohnkommission und Bütschow als Revisor gewählt. — Den streikenden Krefelder Webern bewilligte man 50 M.; ferner wurde zur Unterstützung des Kampfes gegen den „Lokal-Anzeiger" aufgefordert.

In dem Bericht über die letzte Versammlung der Gewerkschafts-Kommission ist infolge eines Druckfehlers unter den nicht anwesenden Delegirten auch der der Lithographen genannt. Es muß heißen Xylographen.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. „Gleichheit", abends 8½ Uhr, Stramm, Ritterstr 123. — „Heine", Rixdorf, abends 8½ Uhr, Prinz Handjerystr.-60. — „Einigkeit", abends 8½ Uhr, Zeige, Tritstr. 1. — „Morgenroth", abends 9 Uhr, Diele, Lothringerstr. 67. — „Sozialdemokr. Agitationsklub Osten", abends 8½ Uhr, Jauer, Fruchtstr. 52. — „Freigeist Altona", abends 8 Uhr, Wesener, Arkonaplatz 3. — „Friedrich Engels Norden", 9 Uhr abends, Aeihen, Voltastr. 34.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, p. 2 Tr. **Mittwoch.** Uebungsstunde abds. 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Liedesfreiheit I", Nebelin, Langestr. 108. — „Norddeutsche Schleife", Lübbke, Melchiorstr. 15. — „Freya I" (Gemischter Chor), Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Lorbeerkranz", Späth, Weinstr. 28. — „Liederlust I (1865)", Roll, Adalbertstr. 21. — „Spandau", in Spandau, Radtke, Neumeisterstr. 5. — „Deutsche Eiche I", Zimmermann, Grüner Weg 29. — „Allegro", Engelke, Wienerstr. 64. — „Freiheit I", Püschel, Bülowstr. 51. — „Freier Männerchor „Nord-West", Lautsch, Stephanstr. 31. — „Kupferschmiede", Feind, Weinstr. 11. — „Gleichheit I", Hirte, Brunnenstr. 160. — „Schneeglöckchen I", Rixdorf, Köpke, Hermann- und Karlsgartenstraßen-Ecke. — „Hoffnung III", Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstr. 25. — Arbeiter-Gesangverein „Britz" in Britz, Dorn, Bürgerstraße 4. — „Seeger'scher Männerchor", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Maiengruß II", Charlottenburg, Bartsch, Seelenheimerstr. 11. — „Heimathklänge", Köpenick, Meyer, Rosenstr. 101. — „Wacht auf I", Lautbeck, Danzigerstr. 71. — „Vorwärts X", Nauen, Hobusch, Marktstr. 16. — „Treu und Fest", Schmücker, Grüner Weg 110. — „Bruderbund", Fickinger, Usedomstr. 22. — „Ost- und Westpreußen", Englischer Garten, Alexanderstr. 27c. — „Osten", Metallarbeiter, Pippke, Grüner Weg 13. — „Rosalie", Plaen, Königsbergerstr. 34. — „Keramit", Charlottenburg, Prestel, Osnabrückerstr. 1. — „Zaget nicht", Steglitz, Schwarzer Adler, Albrechtstraße 125. — „Froh-Hoffnung", Fauer, Pallasstraße 16. — „Liedeslust II", Potsdam, Voigt, Spandauerstr. 33. — „Weltenruf", Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Enterbten", Schmidt, Swinemünder- und Ramlerstraßen-Ecke. — „Frohe Stunde", Schulz, Manteuffelstr. 72. — „Melodia", Rixdorf, Thomas, Bergstraße 162. — „Treu und Fest II", Schöneberg, Krahann, Grunewaldstr. 116. — „Zukunft II", Nieder-Schönhausen, Setteborn, Lindenstr. 1. — „Vorwärts I", Roll, Adalbertstraße 21. — „Linde", Schedera, Schönhauser Allee 65. — „Hoffnung I", Weißensee, Flohr, Prenzlauer Allee 78. — „Eichenkranz II", Knoblich, Soldinerstr. 36. — „Friedrichshagener Sängerchor", Friedrichshagen, Conrad, Friedrichstr. 138. — „Weltenfriede", gem. Chor, Jehrat, Auguststr. 20. — „Frisch auf III", Bornim b. Potsdam, Fährnrich, Mittelstr. 12.

Für **Dienstag** ist nachzutragen: Gesangv. des „Verbandes deutscher Gastwirthsgehilfen", Mörschel, Jüdenstr. 35. — „Kreuzberg", jetzt bei Eckhardt, Mariendorferstr. 5. — „Myrthenblätter", jetzt bei Spät, Georgenkirchstr. 65.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch: Skatklub „Revolution", Golz, Grünauerstr. 3. — Gesell. Verein „Hoffnung", Dieseler, Lebuserstr. 14. — Artisten-v. „Vereinte Kraft", Zepke, Plan-Ufer 9a, Mittwoch abends und Sonntag vormittags. — Athletenv. „Atlas", Dale, Brunnenstr. 152. — Gesell. Verein „Türkische Pfeife", Hansen, Danzigerstraße 93. — Tambourv. „Froh-Frei", Bolz, Wiesenstr. 27, Mittwochs und Sonnabends. — Schachkl. „Norden", Mandel, Seestr. 25. — Musikverein „Knaatsch", Genz, Kolbergerstr. 2. — Pfropfenv. „Nord-Ost", Jonas, Elbingerstr. 9. — Rauchkl. „Schmoke's Werke", Hegener, Krausstr. 39. — Gesangv. „Sangestreue", Spreeterrasse an der Jannowitzbrücke. — Gesangv. „Lerche", G. Gerber, Schönhauser-Allee. — „Vereinigung der Turnfreunde", Demminerstr. 56/57, 8½—10½ Uhr abds. — Turnv. „Osten", Männerabth., Blumenstr. 63a, 8½—10 Uhr abds. — Musikv. „Vorwärts", Nebelin, Langestr. 108. — Zitherkl. „Alpenglöckchen-Edelweiß", Gipsstr. 11. — Theaterv. „Proletariat", Pritsch, Skalitzerstr. 30. — Skatkl. „Pique Bube", Jost, Adalbertstr. 99. — Artistenkl. „Freiheit", Schulz, Dunckerstr. 90, Mittwochs und Sonnabends. — Skatkl. „Naturstock", Wittwer, Markusstr. 31, Mittwochs und Sonnabends. — Skatkl. „Namenlos", Gumlich, Reichenbergerstr. 149. — Theaterv. „Freier Wille", Märkischer Hof, Admiralstr. 18c. — Anglerverein „Freundschaft", jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. Vereinslokal Wilhelmstraße 27. — Skatklub „Oller ehrlicher Seemann", Dieke, Ackerstr. 123. — Theaterverein „Violetta 1886", Linder, Danzigerstr. 23.

Arbeiter-Turnerbund. Mittwoch: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. von 8—10 Uhr: 1. Männer-Abth. Friedenstr. 37. 3. Männer-Abth. Böckstraße 21. 8. Männer-Abth. Höchstestr. 36/37. 2. Lehrlings-Abth. Skalitzerstraße 55/56. 4. Lehrlings-Abth. Stephanstraße 3. — „Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz", 2. Schüler-Abth. von 6½—8½, 2. Männer- und Lehrlings-Abth. von 8½—10½ Uhr abds., Bethge in Britz, Chausseestr. 39. Schülerinnen-Abth. von 6½—8½, Frauen-Abth. von 8½—10½ Uhr abds., Wiersing, Knesebeckstr. 113. — „Freie Turnerschaft Johannisthal", abds. 8—10 Uhr, Senftleben. — „Arbeiter-Turnv. Adlershof", Uebungsstunde von 8½—10½ Uhr abends, Schmauser, Bismarckstr. 16. — „Turnerschaft d. W. Nerens", Lehrlings-Abtheilung von 8—10 Uhr, Reichenbergerstr. 131/132.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Herm. Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2. Hof. **Mittwoch:** „Arkona", Armer Konrad, Reichenbergerstr. 16. — „Sumatra Süd-Ost", Manegold, Liegnitzerstr. 18. — „Waldesgrün", Kunze, Forsterstraße 36. — „Virginia", Schnieder, Admiralstr. 21. — „Frei Weg", Schöneberg, Klein, Merseburgerstr. 7. — „Fidele Raucher", Rixdorf, Hedderoth, Panierstr. 3. — „Intelligenz", Liebisch, Mantenffelstr. 66. — „Granate", Engel, Forsterstr. 58. — „Fidele Brüder", Friedrichsfelde, Lohse, Luisenstraße 30. — „Frohsinns-Heimath", Schebora, Eudenerstr. 12. — „Deutscher Michel", Pankow, Griffel, Kaiser Friedrichstr. 15. — „Oblauer", Rixdorf, Elias, Berlinerstr. 14. — „Abguß I", Gorn, Markusstr. 23. — „Die Dampfenden", Jeratsch, Reichenbergerstr. 160. — „Weiße Nelke", Felske, Lausitzerstr. 26. — „Zufriedenheit", Rixdorf, Karras, Kopf- und Lessingstr.-Ecke. — „Apfelblüthe", Schmidt, Pankstr. 3b. — „Fliederduft", Kutsch, Fruchtstr. 61. — „Weichselduft", Görlitz, Stargarderstr. 17. — „Alter Hussit", Zimmer, Jasmunderstr. 4. — „Kein Ton", Neckel, Rykestr. 13. — „Rothe Fahne", Steyert, Görlitzerstr. 50. — „Kornblume I", Menzel, Gneisenaustr. 71. — „Einigkeit II", Penkert, Köpnickerstraße 38. — „Guter Zug", Prell, Oderbergerstraße 34. — „Kräftiger Zug", Fürstenau, Reichenbergerstr. 39 b. — „Alter Stamm", Ruppel, Böckstr. 49. — „Volldampf", Werder a. H., Martin, Kugelweg 58. — „Lebensblüthe", Hoffmann, Kleine Markusstr. 8. — „Fidelibus", Zimmermann, Petersburgerstr. 56. — „Rothe Nelke", Neu-Weißensee, Matzewski, Sedanstr. 1. — „Ohne Furcht", Schmidt, Wienerstr. 44. — „Einfach", Betz, Cuvrystr. 27. — „Frisch gewagt", Häußler, Memelerstr. 61. — „Flotte Raucher", Rixdorf, Engelhardt, Jägerstr. 64. — „Kolumbus S.-O.", Löwert, Oppelnerstr. 19. — „Veilchenduft", Gandt, Hussitenstr. 24. — „Verzaget nie", Schöneberg, Kreyer, Sedanstraße 48. — „Pfeifendeckel", Tichter, Fruchtstr. 69. — „Vorwärts", Görlitzerstraße 65. — „Bulgarien", Weidenweg 12. — „Eintracht", Franke, Zorndorferstraße 9.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an E. Brakte, Schulstr. 24. **Mittwoch:** Schwimmverein „Nord". Uebungsstunde abends 7½ Uhr im Admiralsgartenbad, Friedrichstr. 102. Damen-Abth. abends 7 Uhr Bad der Wasserfreunde, Kommandantenstr. 7/8.

Freie Vereinigung der Badeuser zu Berlin. Heute, abends 8½ Uhr, Dragonerstr. 15 bei Lange: Versammlung.

Handlungsgehilfen! Heute, Mittwoch, abends 8½ Uhr, spricht im „Alten Schützenhause", Linienstr. 5, Reichstags-Abgeordneter Rosenow über: „Wer vertritt die Interessen der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen?"

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 19. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Preußische Eroberungspolitik. — Friedrich Engels und das Milizsystem. Von Max Schippel. I. — Materialismus oder Kantianismus. Von G. Plechanow. — Der Plan einer Monistre-Genossenschaft in Hamburg. Kritisirt von Adolf Braun. — Berliner Theater. Von F. Mehring. — Notizen: Haltbare Glühkörper. Von F. M. Greupe. — Feuilleton: Vor Gericht. Von Alexander Budischtschew. Uebersetzt von Wladimir Czumikow.

Vermischtes.

Flüchtig ist der Kaufmann und Agent Herm. v. Naumann aus Forst in der Lausitz. Er hat auf Wechseln die Namen dortiger Kaufleute gefälscht, und zwar so geschickt, daß ihm die Papiere von der Reichsbank diskontirt wurden. Es sollen bis jetzt drei Fälle dieser Art festgestellt sein, in welchen es sich um Beträge von 600 bis 1500 M. handelt.

In Köln wurde der Oberleutnant v. Keudel vom Deutzer Kürassierregiment erschossen in seiner Privatwohnung aufgefunden. Die Beweggründe zum Selbstmord sind unbekannt.

Ostelbisches. In Siminovitz bei Kattowitz erschoß im Streite bei der Lohnauszahlung der Ziegelmeister Juriget den Ziegelarbeiter Nasura.

Aus Hamburg wird berichtet: Bei der Ankunft des Dampfers „Lesbos" der deutschen Levante-Linie im Hamburger Hafen wurden sechs Matrosen der kaiserlichen Marine von Polizeibeamten in Empfang genommen und der Militärbehörde übergeben. Die Leute waren aus Hang nach Abenteuern (?) bei Gelegenheit der Palästinareise des Kaisers in Chios von den Schiffen, die zum kaiserlichen Geschwader gehörten, desertirt, hatten sich eine Zeit lang umhergetrieben und sich schließlich, als sie nichts mehr zu leben hatten, dem deutschen Konsul in Chios gestellt, der sie als Gefangene auf dem Dampfer „Lesbos" nach Deutschland zurückschickte.

Die Hamburger Polizeibehörde ist telegraphisch benachrichtigt worden, daß der 45jährige Rechtsanwalt Alexander Younger Peattie aus Glasgow entflohen ist, nachdem er amerikanische Papiere im Werthe von 40 000 Pfund Sterling (800 000 Mark) unterschlagen hat.

Die Pest in Ostafrika. Wie aus Saint-Denis auf der Insel Reunion gemeldet wird, soll in Sansibar die Beulenpest ausgebrochen sein. — Amtliche Depeschen aus Madagaskar konstatiren eine sehr erhebliche Abnahme der Pestepidemie. Dieselbe ist auf Tamatave beschränkt. In der Zeit vom 16. bis 24. Januar wurden nur sieben neue Fälle festgestellt. Die Gesammtzahl der Erkrankungsfälle seit dem Auftreten der Epidemie beträgt 285, von denen 194 tödtlich verliefen. Unter den Gestorbenen befindet sich nur ein Europäer.

Das „Militär-Wochenblatt" hat ausgerechnet, daß das zwanzigste Jahrhundert am ersten Januar 1900 anfange. Für das „Militär-Wochenblatt" beginnt also die christliche Aera mit einem Jahre 0. Was wohl in diesem Jahre 0 geschehen ist? Die Geschichte weiß nichts davon zu erzählen. Das Räthsel erklärt sich wohl dadurch, daß das „Militär-Wochenblatt" mit seiner Vorliebe fürs Mittelalter sich um 500 Jahre geirrt hat, und daß es hat sagen wollen: am nächsten Januar treten wir in das Fünfzehnte Jahrhundert. Auf dem geraden Weg ins Fünfzehnte Jahrhundert sind wir allerdings.

Witterungsübersicht vom 31. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	755	WSW	3	wolkig	−1	Haparanda	742	N	2	bedeckt	−8
Hamburg	756	W	2	Nebel	−2	Petersburg	742	W	2	Schnee	−1
Berlin	757	SW	2	Nebel	−4	Cork	756	O	3	bedeckt	4
Wiesbaden	756	SO	1	bedeckt	−0	Aberdeen	756	W	2	wolkig	2
München	755	O	3	Nebel	−5	Paris	754	ONO	2	bedeckt	−1
Wien	758	—	—	bedeckt	−1						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. Februar 1899.

Etwas wärmer, ziemlich trübe und nebelig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

C., Spittelmarkt 16-17.

A. JANDORF & Co.

SW. Belle-Alliance-Strasse 1-2.

Ausnahme-Preise der Wäsche-Abtheilung.

Damen-Hemden.

Achselschluss u. Priesenform Stück 90 Pf., 1.20 M.
Passenform . . . . . Stück 1.35 M.
Passenform mit Stickerei . . . . . 1.75 M.

Damen-Beinkleider.

Langes Façon Hemdentuch mit Stickerei St. 70 Pf., 1.10 M. 1.30 M.
Langes Façon Diagonal Barchend mit Trimming 1.05 M.
Kniefaçon Croisé Barchend mit Stickerei 145 Mk.

Damen-Nachtjacken.

Dimiti mit Trimming-Besatz . . . . . 80, 1.25 M.
Gemustert Piqué Barchend mit Trimming 1.00 M.
Croisé Barchend mit Stickerei . . 1.55 M.

Weisse Damen-Unterröcke.

Hemdentuch mit Stickerei-Volant 2.10 M. 2.60 M. 3.50 M.
Louisiana mit eleg. Stickerei-Volant 4.25 M. 5 Mk.
Piqué-Barchend m. Languette . . . 1.75 M.
" " mit Stickerei . . . 2.35 M.

Bett-Bezüge.

Kopfkissen aus Hemdentuch 60, 70, 80 Pf.
Deckbetten aus Hemdentuch 1.75 M. 2.25 M. 2.65 M.
Züchen in vielen Mustern, Kopfkissen 70, 80, 90 Pf.
" " in vielen Mustern, Deckbetten 2.35 M. 2.75 M. 3.10 M.
Bettlaken in bester Ausführung à Stk. 90 Pf. 1.05 M. 1.85 M. 2.10 M.

Inletts, gebrauchsfertig.

Kopfkissen grau-roth gestreift 75, 90 Pf.
Oberbett " " " . . 2.75 M. 3.15 M.
Unterbett " " " . . 2.35 M. 2.60 M.

Roth Köper Inlett gebrauchsfertig.

Kopfkissen	Oberbett	Unterbett
1.20 M. u. 1.60 M.	4.35 M. u. 5.60 M.	3.85 M. u. 4.80 M.

Bettfedern.

Echt chines. Mandarinendaunen Pfd. 2.40 M.
Weisse feine Halbdaunen Pfd. 2.90 M.
Weisse daunenreiche Rupffeder Pfd. 1.75 M.
Weisse Daunen füllkräftig nur Pfd. 3.90 M.
Polsterbettstellen mit Spiralboden, schöner Gobelinbezug nur 7.90 M.

Hemdentuch Meter 25 Pf., 33 Pf., 35 Pf.
Hemdentuch (20 Meter Coupon) . . 5.25 M.
Louisiana (20 Meter Coupon) . . . . . 7.25 M.
Bett-Satin für Kopfkissen Meter 38 Pf., 48 Pf.
" " für Deckbetten " 60 Pf., 75 Pf.

Uni roth und roth gestreifte Inlettstoffe.

für Kopfkissen Mtr. 45 Pf., 55 Pf., 65 Pf.
" Deckbetten . . Meter 85 Pf., 1 M.
Küchenhandtücher Dtz. 3.20 M. 4.30 M. 4.70 M.
Stubenhandtücher Dtz. 4.50 M. 5.20 M. 6.20 M.
Rolltücher . Stück 42 Pf., 70 Pf., 85 Pf.
Staubtücher . . Dutzend 80 Pf., 1.25 M. 1.40 M.
Wischtücher " 1.40 M. 2.10 M. 2.90 M.

Futterstoffe.

Jaconet, weiches Rockfutter, Meter 23 Pf., 25 Pf.
Köper-Rockfutter Mtr. 20, 30, 40 Pf.
Rauschfutter und Moiré, Meter 28 Pf., 32 Pf.
Reversible, 2seitiges Taillenfutter, 26 Pf., 33 Pf., 45 Pf.
Kleider-Satin in allen Schattirungen Meter 55 Pf.
Schwarz Alpacca für Stoss u. Rockfutter 28 Pf., 40 Pf., 55 Pf.
Patent-Stoss Meter 8 Pf., 14 Pf., 16 Pf.

Neu eingetroffen: Frisch gebrannter

„Jandorf-Kaffee" 1 Pfd. 80 Pfg., 1 Mk., 1.20 Mk., 1.40 Mk., 1.60 Mk.
½ " 40 " 50 Pfg., 60 Pfg., 70 Pfg., 80 Pfg.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Schnelle, gründliche Heilung

bei **Bleichsucht, Blutarmuth, Gicht, Rheumatismus, Herz-, Lungen-, Nieren-, Leber-, Magen- und Nervenleiden etc.,** auch bei sog. unheilbaren Leiden durch **unser Naturheilverfahren** mit besonderer Berücksichtigung der Pflanzenkur. Beseitigung von Sommersprossen, Leberflecken, Haarausfall, Frostschäden, Nasen- und Gesichtsröthe 2c.

Naturheilanstalt „Sanitas",
(Direkt.: Otto Zeppenfeld), **Berlin C., Scharrenstr. 23** an der Breitenstraße.

Straßenbahn- und Omnibusverbindung nach allen Richtungen.
Sprechstunden 12½—5 Uhr. Sonntags 12½—3 Uhr. 8079*
Kurzer aber genauer Krankheitsbericht erforderlich.

Süddeutscher Bock.

Der Anstich beginnt

Sonnabend, den 4. Februar,

in unseren sämmtlichen Ausschanklokalen.

Süddeutsche Brauerei
Carl Kintz & Co.,
Aktiengesellschaft. 8189*

Import. Export. **Cigarren** Engros. Versand.

Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, **für mässige Preise gute Qualitäten** zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:

100 Stück Mk. 2,80. **Goldonkel No 4.**

100 Stück Mk. 3,50. **La Belleza**

100 Stück Mk. 4,50. **Edelweiss**

Besondere Spezialitäten.

Ausschuss No. 60	Mk. 2,50	Blitzmädel	Mk. 4,—	Mexico-Ausschuss	Mk. 5,—
Marke Tip Top .	" 3,—	dieselbe, 300 St. frko.	" 11,—	La Cubana	" 5,—
Suprema	" 3,50	Senior	" 4,50	La Siesta	" 6,—
Marke Pikfein . .	" 3,50	Sumatra Felix unsort.	" 4,50	Imperia ff. Mexico .	" 8,—

Cigarillos zu Mk. 1,50 per 100 Stück, hiervon 500 Stück Mk. 7,— franko; ferner 100 Stück zu Mk. 2,—, 2,50, 3,30, 4,50.

Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei. Bei 1000 Stück 5 % Rabatt. **Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.**

Cigaretten zu 70 Pf., Mk. 1,—, 1,20, 1,50, 2,—, 2,40, 3,— per 100 Stück, mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franko.

Für Wiederverkäufer

bewährte Qualitäten zu Mk. 23,—, 25,—, 28,—, 30,—, 33,—, 35,—, 40,— etc. per Mille.

Rauscher & Fabisch, Engros-Lager Berlin NW. 7.

Friedrichstrasse 94, Fabrikgebäude Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Rohtabake!

Tadellos brennende Decken, Umblatt und Einlagen. 5619*
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Sämmtl. Fabrikations-Bedarfsartikel.
Zweig-Geschäft I:
Vertreter: S. Groebel,
11. Brunnenstraße 11.
L. Cohn & Co.
Hauptgeschäft: Georgenkirchstr. 64.

Theilzahlung monatlich 10 Mk., liefere elegante Herren-Garderobe nach Maaß (auch baar Kasse, billigste Preise). Fertige Garderobe wird zum Selbstkostenpreise ausverkauft. Tomporowski, Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden

---

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider 2c. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Maskenball-

Schuhe und Stiefel werden verliehen **Sonnenstr. 25.** [6412*

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.*

Hoffmann-Pianos

neukreuzig., Eisenbau, mit größt. Tonfülle, in Schwarz od. Nußbaum, lief. a. Fabrikpr. unt. 10jähr. Garantie, gegen Theilz. mit Mk. 20 schon Preisverh. nach ausweis. Preis. Probe (Referenzen u. Katal. gratis)
Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 50.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

An die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Gewerkschafts-Ausschuß hat beschlossen, daß am Montag, den 8. Mai 1899 der

Dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

in Frankfurt a. M.-Bockenheim, in dem Lokale „Pfälzer Hof", Schloßstr. 32, stattfindet.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate u. s. w.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Berathung der Anträge, betreffend a) Agitation; b) Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission; c) Streikunterstützung und Streikstatistik; d) „Correspondenzblatt".
3. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.
4. Die Gewerbe-Inspektion.
5. Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe.
6. Die Arbeitsvermittelung.
7. Arbeitersekretariate.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschafts-Organisation Deutschlands.
9. Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge, welche auf die Tagesordnung kommen sollen, oder auf die vorstehend genannten Tagesordnungs-Punkte Bezug haben, sind bis zum 25. März 1899 an die Generalkommission einzusenden. Sämmtliche bis dahin eingegangene Anträge werden veröffentlicht; damit sie in den Gewerkschaften diskutirt werden können.

Der Kongreß wird am 8. Mai 1899, Morgens 9 Uhr, eröffnet werden und dürfte voraussichtlich fünf Tage dauern.

Die Wahlen der Delegirten werden nach den untenstehenden, von dem zweiten Gewerkschaftskongreß gegebenen Bestimmungen von den Zentralvereinsvorständen ausgeschrieben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Hamburg 6, Marktstr. 15.

Die Delegation zu den Gewerkschafts-Kongressen.

Der zweite Gewerkschafts-Kongreß, der vom 4. bis 8. Mai 1896 in Berlin tagte, beschloß bezüglich der Vertretung auf den Gewerkschafts-Kongressen Folgendes:

„Zur Theilnahme an diesen Kongressen sind sämmtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, welche verhindert sind, sich zentral zu organisiren. In Zweifelfällen entscheidet der Gesammtausschuß. Ausgeschlossen von der Theilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegirten zu wählen. Kleinere Gewerkschaften wählen einen Delegirten. Wichtige Anträge entscheidet die Zahl der durch die Delegirten vertretenen Mitglieder."

Die Quartals-Beitragszahlung an die Generalkommission erfolgt am Schlusse des Quartals, weil nicht nach der Zahl der Listenmitglieder, sondern der Mitglieder, welche ihre Beiträge an die Organisation voll bezahlt haben, die Quartalsbeiträge berechnet werden. Es haben deshalb zu dem Kongreß alle an die Generalkommission angeschlossenen Organisationen Zutritt, welche ihre Quartalsbeiträge bis zum 1. Juli 1898 entrichtet haben.

Die Generalkommission.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

G. B. 30. Turnverein „Fichte": Die erste Damenabth. übt Freitags Abends von 8—10 Uhr, Mariannen-Ufer 1a; die zweite Damenabth. übt Donnerstags, ebenfalls von 8—10 Uhr Abends in der Turnhalle Ackerstr. 67, dort können Sie sich zur Aufnahme melden.

Former. Von einem Streik ist auch in der Notiz keine Rede, deshalb der Widerruf überflüssig.

R. G., Hollmannstraße. a) Frankreich hat Tabakmonopol. b) Kgl. Taubstummen-Anstalt, Elsasserstr. 86/88; Städtische Taubstummen-Anstalt, Markusstr. 49. Tüchtige Taubstummenlehrer sind Herr Dr. Guttmann und Herr Dr. Liedmann.

Neugierig. wissen wir nicht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 1. Februar.

Opernhaus. Die weiße Dame. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Julius Cäsar. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Zeche. Unter blonden Bestien. Ein Ehrenhandel. Liebesträume. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Gewittermacht. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen-Kontrolleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Westen. Fra Diavolo. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Wildes Blut. All Heil! Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Um eine Kleinigkeit. Sein altes Konto. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang ½8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Onkel Toms Hütte oder: Sklavenleben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Berliner Mädel. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Johann Bückler (Schinderhannes), der Räuberhauptmann am Rhein. Anfang 7½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde".
Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch 8 Uhr: **Ehrliche Arbeit.**
Donnerstag 8 Uhr: **Die Leibrente.**
Freitag 8 Uhr: Zum 1. Mal: **Die Bürgermeisterwahl. Unter vier Augen.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 39. Male: **Der Brandstifter**
Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Okonkowsky. Musik von L. Hall. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.
Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.**
Sonntag Nachmittag: Wilhelm Tell.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Heute Mittwoch: Zum 34. Male: **Die kleinen Michu's.**
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf: **Die Engelsjäger.**
Tanzpoëm in 14 Bildern von H. Regel und J. Bayer.
Morgen und folgende Tage: Die kleinen Michu's und Die Engelsjäger.
Sonnabend, den 4. Februar: Grosses Berliner **Carneval-Ballfest.** (Maskenball).

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel **Emil Thomas**
Schiddebold's Engel.
Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von demselben. Kouplets von Alfred Bender.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturgeß. Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: Die schöne Helena. Operette in 3 Akten von J. Offenbach.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Novität! Zum 1. Male: Novität!
Wildes Blut.
Lebensbild in 3 Akten von M. Schwab.
Hierauf: Zum 1. Male:
All Heil.
Schwank in 1 Akt von Meo Breo.
Donnerstag: Kean oder Genie und Leidenschaft.
Freitag: Wildes Blut. Hierauf: All Heil.

Quarg's Spezialitäten-Theater,
im Grand Hôtel Alexanderplatz.
Neues Februar-Programm!
Frieda Schwarz. Louis Höhn.
Neue Bilderserie des Micrograph etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.
Avis! Die Fest- und Konzertsäle des Grand Hôtel Alexanderplatz sind unter konkanten Bedingungen zu **Versammlungen, Privatfestlichkeiten** ꝛc. zu vermiethen.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Zum Schluß:
Frauen-Emanzipation
Neuestes Ensemble von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Entree (Saal durchweg) 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Logen 1 M., Orchesterlogen 1,50, Fremdenl. 2 M.
Tageskasse von 11—1 Uhr.

CIRCUS BUSCH
Mittwoch, den 1. Februar 1899.
Zum 80. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer.
Außerdem: Contre-danse zu Pferde, Schulquadrille geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulpferden.
Zum 1. Male: Auftreten der berühmten Akrobaten **Delanys.**
Auftreten der hervorragenden Klowns der Gesellschaft Mr. Danielß, Boganowsky, Cavallini ꝛc. Direktor Busch mit seinen neuen Freiheitsdressuren.
Morgen Abend 7½ Uhr: Persien.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Prof. Dr. Müller: „Die Grenzen der Naturreiche". (Biologie III.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**

Passage-Panoptieum.

Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Nur noch kurze Zeit:
40 Krieger des Mahdi.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre variété.
Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia".
Die berühmten „lebenden Bilder".
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Olympia
Spezialitäten-Theater
Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
Heute: Eröffnung der
Spezialitäten-Saison
zu volksthümlichen Preisen.
Gastspiel Josef
Strohschneider.
Hanlon
Cleo Hanlon
die Adler der Lüfte.
Bergère-Quartett
und das übrige kolossale
Spezialitäten-Programm.
Zum 141. Male:
Mene Tekel.
Rauchen im ganzen Theater gestattet.
Parquet 1,25, Galerie 30 Pf. etc.
Jeden Sonntag Nachm. 3½ Uhr:
Dornröschen.
Preise wie bekannt. 1 Kind frei.
Anfang ½8 Uhr.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
mit stets wechselndem Programm.
Sonnabend, den 4. Februar: Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen: Karnevalistisch. Ulk-Abends mit neuen Ueberraschungen.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
C. Peters.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue großartige Februar-Programm.
Neu! Berliner Neu!
Konfektioneusen.
Gesangsposse von W. Gerike. Ritzeberg aus Kalau: Direktor Fröbel.
Durchweg neue Spezialitäten.
Felicitas Truppe. Beo Ba. Gebrüder Alfredo. Osadasan. Roberty Trio. Teo Pilotti. Marietta Berndt. Helene Voss.
Lebende Photographien das Interessanteste der Neuzeit.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Billet-Vorv. Vorm. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Sensationell! Hochinteressant!
Neu! Neu!
Der beste Mimiker der Jetztzeit
Carl Jörgensen,
unerreicht in seinem Bismarck-Zyklus: Bismarck vom Jüngling bis zum Greise.
Großer Erfolg der urkomischen Wasserposse
Die Kneippkur.
Täglich wechselndes hochorigin. **Spezialitäten-Programm.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.

Apollo-Theater.
Direktion E. Waldmann.
10 neue Debuts.
Me. Carmen Faur
The black Troubadours
Mr. Segommer Geschw. Alexia
!! Prolongirt !!
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Sonnabend, den 4. Februar 1899:
Me. Yvette Guilbert.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 10—1 Uhr u. beim „Künstlerdank", „Unter den Linden 69.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich Vorstellung.
Täglich:
„Unser Helgoland."
Otto Gregor a. G.
Auftreten sämmtlicher Spezialitäten.
Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Mittwoch, den 1. Februar:
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's
Quartett u. Humoristen

Mittwoch zum Schluß: Guten Morgen Herr Fischer.
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag: Guten Morgen Herr Fischer.
Sonnabend: Geschlossen.

Restauration zu verk. Näh Weberstr. 64 im Lokal. 481b

Beim **Monatswechsel** empfehlen sich folgende
Partei-Speditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **80.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Gräunthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Albrechtstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Gockel, Baumschulstr. 32 v. III.
Außerdem sind sämmtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**
Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.
Bitte ausschneiden!

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in 6262*
Filz- und Seidenhüten, Schirmen
in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Auklamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Für 30 Mark
fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 30 Mk. fertige feine Sommer-Paletots nach Maß. **Riesenstofflager** 8229*
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Vereins-Restaurant abreisehalber für 650 M. verkäuflich. Näheres bei Kalotschke, Holzmarktstr. 40. [487b

Klavier-, Violin-, Piston-Unterricht, Theorie monatl. 3 M., Oranienstraße 118, Brennecke's Musikschule.

Maskenanzüge, neu, schön und billig, Restergeschäft **Mickenau,** Sommerstr. 30, part. 485b

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger,** Steglitzerstr. 65.

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten, Tabake
Gerichtstr. 28, Bahneingang part.

Möbel auf Theilzahlung. **J. Kellermann,** Neue Jakobstr. 26.

5—6000 M. auf erste Hypothek sof. od. bis 1. April auf ein ländliches Grundstück gesucht.
Off. an **Karl Schwericke,** Teetz a. H. erbeten.

Ein Regal billig zu verkaufen. Spring, Bremerstr. 49, Hof 1 Tr.

Elegantes Herrenzimmer zu verm. b. Sitz, Prinzenstr. 11. v. 2 Tr.

Frdl. Schlafst., sep., Sebastianstr. 66, 3 Tr. r. 400b

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.
Bei der Firma Carl Lutze (Adlershof) haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit eingestellt 76/20
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Sekretariat Mannheim.
Die Mannheimer organisirte Arbeiterschaft beabsichtigt per 1. Mai d. J. ein Arbeiter-Sekretariat zu errichten. Hierbei ist die Stelle eines
Sekretärs
zu besetzen. 7849*
Geeignete Bewerber wollen Offerte bis spätestens 15. Februar mit kurzer Angabe des Lebenslaufs, Referenzen und Gehaltsansprüchen an J. Trautwein, Mannheim, S 4, 1 III einsenden.

Stellenlose Personen
können durch den Vertrieb eines gut gehenden Saison-Artikels bei festem Gehalt und hoher Provision reichliches Einkommen erlangen. Näheres Prinzenstr. 89 im Laden links. 346b

Tüchtigen Beleger (Presser) für Goldleisten verlangt 452b Probst, Köpnickerstr. 37.

Linirer, zuverlässige, auf Leipziger Maschinen, wollen sich melden bei Riefenstahl, Zumpe & Comp., Geschäftsbücherfabrik, Holzmarktstr. 67.

Gesangverein sucht ein. **Dirigenten** für Freitag. **Dreher,** Rixdorf, Mahlowerstr. 32, 3 Tr. 474b

Kinderkleidch.-Arbeiterinn. b. Schröder, Pankow, Kaiser Friedrichstr. 19. [440b

Mamsells auf gute Jaquets verl. Sommerfeld, Bionskirchstr. 18, 3 Tr.

Ein vermögender Kaufmann sucht einen besonders tüchtigen u. erprobten **Handwerksmeister aus der Metallbranche,** um mit diesem zusammen eine Fabrik zu begründen. Strengste Diskretion zugesichert. Ausführliche Offerten unter D. 9 a. d. Ztg. erbeten. 472b

Hosenstepperin u. Handnäherin verl. sof. Biermann, Prenzlauer Allee 32, Stff.

Schürzen-Näherin verl. Zühlke, Kastanien-Allee 56, Quergeb. 3 Tr.

Mamsells u. Verschnürerinnen auf Damenjackets verl. Rosenberg, Kommandantenstr. 27. 488b

Unterrockarbeiterinnen, auch auf Säumchen, verlangt Arnold, Strausbergerstr. 7, Hof III. 483b

Arbeiterinnen auf weiße Beinkleider, in u. außer d. Hause, verl. Funk, Höchstestr. 12, Hof pt. [482b

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 1. Februar cr., Abends 8½ Uhr:

Versammlung

im Lokal „Märkischer Hof", Admiral-Strasse 18c.

Tages-Ordnung:

1. „Die sozialpolitischen Debatten im neuen deutschen Reichstag." Referent: Reichstags-Abgeordneter **Baudert**-Apolda. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. Rege Betheiligung erwartet

Der Vorstand.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 2. Februar 1899,
Abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

in „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Der Ausstand der Buchdrucker im „Berliner Lokal-Anzeiger". (Herr **Scherl** und das Koalitionsrecht.) Referent: Buchdrucker **Albert Massini**-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

35/7 **Der Einberufer.**

Mittwoch, den 1. Februar, Abends 8½ Uhr:

Große öffentl. Versammlung

im „Alten Schützenhause", Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow**: „Wer vertritt die Interessen der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen. 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 477b

Der Vertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.

Wie kann ich meine Stellung verbessern?

Auf dem **Gebiet der Elektrotechnik** liegt heute die Zukunft. Tüchtige **Elektromonteure, Installateure, Maschinisten, Zeichner** werden jederzeit gesucht und erhalten nach Absolvirung unserer Abendkurse durch unsere Vermittelung und Zeugnisse.

Stellung.

Ein neuer Abend-Kursus

beginnt am **3. Februar cr.** und dauert 6 Monate. **Honorar monatlich 6 Mark.** Gründliche, für jeden Laien verständliche Lehrmethode. **Keine Vorkenntnisse** nöthig. 50 pCt. Arbeiter bestanden die letzte Schlussprüfung. Praktische Ausbildung in den Werkstätten. Bei dem großen Andrang beschleunige man die **Anmeldungen**, jederzeit, auch Sonntags, im Bureau

„Elektra" (G. m. b. H.)

Älteste Anstalt Berlins. Wissenschaftliches Institut I. Ranges.

Prinzen-Strasse 55 I.

Man vermeide **Verwechselungen** und verlange Prospekte und Stundenplan. **(Gratis.)**

Telephon Amt IVa 6006.

Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28

Ecke Wörtherstraße.
Inh.: **Gustav Brochnow.**

Große und kleine Säle für Vereine und Versammlungen. Vereins-Zimmer. 2 Kegelbahnen noch zu vergeben. 429L*

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Verein für Frauen und Mädchen.

Sonntag, 5. Februar. Nachm. 6 Uhr. **Achtes Stiftungsfest.** Cohn's Festsäle, Beuthstr. 19.

Vokal- und Instrumental-Konzert, Humoristisches. Tanz. (U. gütl. Mitwirkung d. M.-G.-V. „St. Urban", M. d. A.-S.)

Klempner.

Mittwoch, den 1. Februar 1899, Abends 8½ Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20 (großer Saal):

Oeffentl. Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Hoch** über: **Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung des Bauhandwerkerschutzes.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sämmtliche Baukleempner sowie die Kollegen folgender Firmen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen: **Puppel & Scholz, Thielemann, Fauter und Baade, Moosdorf & Hochhäusler, Mulack, F. Peters Nachfl., Heinrich, Geisler, Quand, Kunitz, Vogt & Urpmann, Dresler, Pletschmann, Karney.**

115/3 **Der Vertrauensmann.**

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118).

Sonntag, den 5. Februar, Vormittags Punkt 10 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 2. Abrechnung des Kassirers vom 4. Quartal 1898 sowie Revisionsbericht. 3. Wahl des ersten Hauptkassirers, des zweiten Vorsitzenden, von drei Beisitzern und vier Ersatzmännern. 4. Wahl des Ausschusses sowie vier Ersatzmänner. 5. Innere Kassenangelegenheiten. 38/1

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimirt.

Der Vorstand. J. A.: Heinrich Netzke, Eberswalderstr. 19.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Versammlung der Platz-Deputirten

am Donnerstag, den 2. Februar 1899, Abends 8 Uhr, bei Lange, Dragonerstraße Nr. 15.

Das Erscheinen sämmtlicher Vertreter ist nothwendig.

256/1 **Die Lohnkommission.**

Achtung, Maurer!

Donnerstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gröppler, Bergstr. 147:

Große öffentliche Versammlung der Maurer von Rixdorf und Britz.

Tages-Ordnung:

1. Der Bauarbeiter-Kongreß und seine Bedeutung für die Erstrebung eines Arbeiterschutz-Gesetzes. 2. Wahl der Delegirten zu demselben. 3. Verschiedenes. 131/7

Hierzu ladet alle Kollegen ein **Der Einberufer.**

Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.

Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . „ 40 Pf. [558L*

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Für 3 Mark

Reste, sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste, so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager
14. Kranzenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [228L*

Maskengarderobe von Otto Runge

Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075 empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Gr. Lager von Karneval-Aufzügen.

Achtung! Vereine.

Zwei Zimmer, 30 u. 40 Personen fassend, empfiehlt **Ernst Lier,** Alte Jakobstraße 119. *

Wo speisen Sie?

Im Speisehaus v. Max Kreutz, Rungestraße 19, part. 8002*

Kräftiger Mittagstisch m. Bier od. Kaffee 50 Pf. Reichh. Frühstücks- u. Abendtisch v. 30 Pf. an. Extrazimmer zur Verfügung.

Neu-Weißensee, Wörthstr. 24 ist die

Bäckerei

billig sofort zu vermiethen. Bis zum 1. April d. J. ist die Bäckerei **miethfrei.** — Näheres beim Verwalter Nerger. 44/18

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145

Strickwolle per Pfund Pa. 1,95 M., Extra-Pa. 2,35, Socken 22—30—35 Pf. Unterröcke 2c. billig. Leiern des „Vorwärts" 5 pCt. [799L* **Eberhardt,** Stralauer Platz 6/7 pt.

Unserem Vereinswirth 4703

Alfred Kuttula

zu seinem heutigen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Rixdorf, den 1. Februar 1899.

Der Pflanzerverein „Ost-Elbien".

Verband der Buchbinder 2c.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder

Gust. Schnitter

am Sonntag verstorben ist. 23/10

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag den 2. Februar, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des **Petri-Kirchhofes, Friedenstr. 84** aus statt.

Um zahlreiche Betheiligung bittet

Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 28. Januar verstarb unser Kollege, der Tischler 4715

Ferdinand Hellmuth.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuen Zwölf Apostel-Kirchhof in Schöneberg von der Halle aus statt.

Die Kollegen der Hof-Pianoforte-Fabrik von A. Grand.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des 160/5

Vereins deutscher Schuhmacher

zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Josef Apostel,

am Montag Abend, im Alter von 34 Jahren, der Proletarierkrankheit erlegen ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Februar, Nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofs in Rixdorf (Hermannstraße) aus statt. Um rege Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Nachruf!

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Berlin III.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied 4845

Friedrich Fischer

am 23. Januar 1899 in der königlichen Charitee verstorben ist.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die rege Betheiligung und vielen Kranzspenden am Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Restaurateurs **Leopold Mabel,** sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 4755

Die trauernden Hinterbliebenen.
Marie Mabel geb. **Hörnicke** nebst Kindern.

Streng feste Preise.

M. Grünberg Nachf.

Reelle zuvorkommende Bedienung.

Inh. Cohn & Lindemann

Müllerstr. 181 **BERLIN am Wedding-Platz.** **Müllerstr. 181**

Beim Herannahen der **Confirmations-Festlichkeiten** erlauben wir uns auf unsere Special-Abtheilung für

Vorstellungs- und Einsegnungskleider

ergebenst aufmerksam zu machen. Da wir das gesammte Waarenlager der Firma **M. Grünberg Nachf.** Inh. **Ad. Jacob** unter sehr günstigen Bedingungen käuflich erworben haben, so sind wir in der Lage, dem geehrten Publikum aussergewöhnliche Vortheile bieten zu können und empfehlen zu

noch nie dagewesenen billigen Preisen:

Schwarze Fantasiestoffe in reizenden Effekten, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	3,75
Schwarz Cheviot, schwere Qualität, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	2,90
Schwarz Seiden-Alpacca in gefälligen Mustern, vollständige Robe, 6 Meter	3,90
Schwarz Crêp, vollgriffige Waare, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	5,10
Schwarz Cachemire, vollständige Robe, 6 Meter	3,50
Farbige Vorstellungskleider, schwere Qualit., reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	3,50
Farbige Fantasiestoffe, staunend preiswerth, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	2,90
Crêp-Cheviot, solide im Tragen, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	5,70
Costüm-Loden, aussergewöhnlich preiswerth, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	2,40
Beige-Stoffe, melirt und gemustert, 20 Farben, reine Wolle, vollständige Robe, 6 Meter	3,60

Priesen- u. Schulterschluss-Hemd aus schwerem Madapolam, **Confirmanden-Beinkleider** mit breitem Ansatz — Beachtenswerth! Jedes Stück **98 Pf.**

Stickerei-Hemd, handgestickte Passe . . . Stück	1,15
Shirting-Röcke mit breitem Volant . . . . „	1,50
Barchend-Röcke mit Languette, aus weissem Cöperbarchend „	1,25
Confirmanden-Corsetts mit Gürtel und 18 Stangen „	1,25

Fertige Einsegnungs-Costüme.

Einsegnungs-Capes. Schuhwaaren.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.